

## **Beteiligtentransparenzdokumentation**

### **Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

**Einbringer:**                      **Fraktion DIE LINKE**  
   **Fraktion der SPD**  
   **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**(Drucksache 7/2285)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 15. April 2021

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**

### **Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

#### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Um die Auswirkungen der ersten Welle der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 abzumildern, wurden durch das Thüringer Gesetz zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277) finanzielle Hilfen des Landes in Höhe von 185 Millionen Euro zum Ausgleich einbrechender kommunaler Einnahmen vor allem im Bereich der Steuern und pandemiebedingt gestiegener Ausgaben für das Jahr 2020 auf den Weg gebracht. Durch das Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 23. November 2020 (GVBl. S. 563) wurden weitere 82,5 Millionen Euro für die Thüringer Kommunen bereitgestellt. Die derzeit stark steigenden Infektionszahlen, verbunden mit den vor kurzem auf den Weg gebrachten Einschränkungen des öffentlichen Lebens, werden sich auch im kommenden Jahr 2021 negativ insbesondere auf die kommunalen Steuereinnahmen auswirken, so dass weitere Zuweisungen des Landes erforderlich sind, um das Einnahmenniveau der Kommunen zu stabilisieren.

Des Weiteren sieht das Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277) zahlreiche für die Dauer des Jahres 2020 befristete Sonderregelungen im Bereich des kommunalen Haushaltsrechts vor, die mit Blick auf die steigenden Infektionszahlen mindestens einer Verlängerung bis zum Jahr 2021 bedürfen.

Gleiches gilt für Sonderregelungen im Bereich des Hochschulrechts, die bisher nur für das Jahr 2020 beziehungsweise für die Sommersemester 2020 und das Wintersemester 2020/2021 gelten.

#### **B. Lösung**

Das Land gewährt den Gemeinden Zuweisungen in Höhe von 80 Millionen Euro zum pauschalen Ausgleich ihrer rückläufigen Steuereinnahmen.

Erlass eines Änderungsgesetzes, durch das befristete Sonderregelungen für die Dauer des Jahres 2021 beziehungsweise für die kommenden Semester verlängert werden.

**C. Alternativen**

Im Rahmen des Regelungsziels keine

**D. Kosten**

Durch die Finanzgarantie 2021 entstehen dem Land Mehrkosten in Höhe von 80 Millionen Euro.

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen  
im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1  
Änderung des Thüringer Gesetzes  
zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen**

Das Thüringer Gesetz zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen in der Fassung vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 563), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 2 wird folgender § 2 a eingefügt:

**"§ 2 a  
Steuerstabilisierungszuweisung 2021**

(1) Thüringer Gemeinden erhalten im Jahr 2021 Steuerstabilisierungszuweisungen in Höhe von 80 Millionen Euro zum Ausgleich der Verluste der kommunalen Steuereinnahmen im Jahr 2021 im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

(2) Die Höhe der individuellen Steuerstabilisierungszuweisung entspricht dem gemeindeindividuellen Anteil der gemeindlichen Gesamtsteuereinnahmen des Jahres 2019 an der Summe der gemeindlichen Gesamtsteuereinnahmen aller Gemeinden in 2019 bezogen auf 80 Millionen Euro. Gesamtsteuereinnahmen sind Realsteuern abzüglich Gewerbesteuerumlage, Gemeindeanteile an Einkommen- und Umsatzsteuer sowie sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen. Maßgeblich für die gemeindlichen Gesamtsteuereinnahmen des Jahres 2019 ist die Kassenstatistik des Thüringer Landesamts für Statistik.

(3) Der Auszahlungsbetrag mindert sich um den nach § 4 Abs. 1 Satz 2 festgesetzten Betrag, soweit die Rückzahlung noch nicht erfolgt ist. Nach § 4 Abs. 1 Satz 5 nicht erhobene Beträge werden nicht mindernd nach Satz 2 berücksichtigt."

2. § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Die Festsetzung der Zuweisungen nach §§ 1 bis 2 a erfolgt durch das für den kommunalen Finanzausgleich zuständige Ministerium von Amts wegen. Zuweisungen nach §§ 1 und 2 sollen innerhalb von zwei Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgezahlt werden. Zuweisungen nach § 2 a sollen bis zum 30. Juni 2021 ausgezahlt werden."

3. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Satz 2 werden folgende Sätze 3 und 4 eingefügt:

"Eine Rückzahlung entfällt in der Höhe, in der Zuweisungen nach § 2 a festgesetzt werden. Das für den kommunalen Finanzausgleich zuständige Ministerium weist einen verbleibenden zurückzuzahlenden Betrag gesondert aus."

- b) Der bisherige Satz 3 wird Satz 5.

#### **Artikel 2**

##### **Änderung der Thüringer Kommunalordnung**

§ 62 a der Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"Ausnahmeregelungen für die Jahre 2020 und 2021"

2. In Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 wird die jeweilige Datumsangabe "31. Dezember 2020" jeweils durch die Datumsangabe "31. Dezember 2021" ersetzt.
3. In Absatz 2 werden die Worte "für das Haushaltsjahr" gefolgt von der Jahresangabe "2020" gestrichen.
4. Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushalts-sicherungskonzeptes nach § 53 a entfällt, wenn die Gemeinde den Haushaltsausgleich unter Anwendung von § 22 Abs. 4 ThürGemHV sichern kann und im Finanzplanungszeitraum von einer ordnungsgemäßen Haushaltswirtschaft auszugehen ist."

#### **Artikel 3**

##### **Änderung des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik**

§ 40 b des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik vom 19. November 2008 (GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"Ausnahmeregelungen für die Jahre 2020 und 2021"

2. In Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 wird die jeweilige Datumsangabe "31. Dezember 2020" jeweils durch die Datumsangabe "31. Dezember 2021" ersetzt.

#### **Artikel 4**

##### **Änderung der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung**

In § 23 Abs. 3 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung vom 23. Mai 2019 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 563), werden nach dem Wort "Haushaltsjahres" mit der Jahresangabe "2020" die Worte "und des Haushaltsjahres" gefolgt von der Jahreszahl "2021" eingefügt.

#### **Artikel 5**

##### **Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes**

Im Thüringer Personalvertretungsgesetz vom 23. Januar 2020 (GVBl. S. 1, 111), zuletzt geändert durch Artikel 8 des

Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277), wird in § 37 Abs. 5 die Angabe "2020" durch die Angabe "2021" ersetzt.

**Artikel 6**  
**Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen**  
**der Corona-Pandemie im Hochschulbereich**  
**(ThürCorHG)**

§ 1  
Satzungsermächtigung

Die Hochschulen können von bestehenden Satzungen abweichende Regelungen fach- und themenübergreifend in einer zu befristenden Satzung (Rahmensatzung) treffen, wenn und soweit diese zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie erforderlich sind; diese Satzungen bedürfen nicht der Genehmigung des Ministeriums. Die Rahmensatzung nach Satz 1 darf auch Abweichungen von prüfungsrechtlichen Bestimmungen vorsehen, die in Rechtsverordnungen des Freistaats Thüringen getroffen wurden.

§ 2  
Sonderregelung zum Berichtswesen

(1) Abweichend von § 10 Abs. 2 des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 128 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731), ist der Jahresbericht der Hochschulen nach § 10 Abs. 1 ThürHG für das Jahr 2020 dem Ministerium bis zum 31. Juli 2021 vorzulegen.

(2) Abweichend von § 13 Abs. 2 Satz 2 des Thüringer Studierendenwerkgesetzes (ThürStudWG) in der Fassung vom 9. März 2006 (GVBl. S. 68), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Juli 2016 (GVBl. S. 226), hat das Studierendenwerk den Bericht über die im vorhergehenden Kalenderjahr gebildeten und aufgelösten Rücklagen zum 1. September vorzulegen.

§ 3  
Sonderregelungen zum Jahresabschluss

(1) Abweichend von § 14 Abs. 8 Satz 4 ThürHG ist der geprüfte Jahresabschluss für das Jahr 2020 dem Ministerium bis zum 31. Juli 2021 vorzulegen.

(2) Abweichend von § 14 Abs. 8 Satz 5 ThürHG ist der festgestellte Jahresabschluss für das Jahr 2020 dem Ministerium bis zum 31. Oktober 2021 vorzulegen.

(3) Abweichend von § 11 Abs. 5 Satz 1 ThürStudWG sind der Jahresabschluss und der Lagebericht innerhalb von acht Monaten zu erstellen.

§ 4  
Amtszeit der Vertreter in Organen und Gremien  
der Hochschule und der Studierendenschaft

(1) Verzögert sich die Wahl der Vertreter oder der Zusammentritt der zentralen Organe, verlängert sich abweichend von § 24 Abs. 1 Satz 3 ThürHG die Amtszeit der Vertreter in den zentralen Organen bis zu einem Jahr.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Amtszeit der Vertreter in den sonstigen Organen und Gremien auch ohne Grundlage in der Grundordnung der Hochschule, für die Vertreter in den Organen der Studierendenschaft auch ohne Grundlage in der Satzung nach § 80 Abs. 2 ThürHG.

#### § 5 Sitzungen und Beschlüsse von Hochschulorganen und -gremien

(1) Sitzungen der Organe und Gremien der Hochschulen können auch elektronisch einberufen werden. Ladungsfristen können in besonders dringlichen Fällen auf bis zu 48 Stunden verkürzt werden; in diesem Fall sind die Tagesordnung, die Beschlussvorlagen und erläuternde Unterlagen dem verkürzten Verfahren entsprechend anzupassen. Die Begründung der Dringlichkeit ist in der Niederschrift festzuhalten.

(2) Sitzungen der Organe und Gremien der Hochschulen können als Telefon- oder Videokonferenz stattfinden, sofern nicht die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder innerhalb einer vom Vorsitzenden zu setzenden Frist widerspricht. In der Niederschrift zur Sitzung ist die Sitzungsform zu vermerken und eine Übersicht der Sitzungsteilnehmer beizufügen.

(3) Eine Beschlussfassung auch im Zusammenhang mit einer Wahl ist schriftlich, elektronisch oder per Telefon- oder Videokonferenz möglich, auch wenn dies in der Geschäftsordnung des jeweiligen Organs oder Gremiums oder in den sonstigen Satzungen der Hochschule nicht ausdrücklich zugelassen ist, sofern nicht die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder innerhalb einer vom Vorsitzenden zu setzenden Frist widerspricht. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend. In den Fällen des Satzes 1 ist abweichend von § 25 Abs. 1 ThürHG für die Beschlussfähigkeit nicht die Anwesenheit, sondern die Mitwirkung der Mitglieder im schriftlichen Verfahren oder in der Telefon- oder Videokonferenz maßgebend.

(4) Die Bild- und Tonübertragung von öffentlichen Sitzungen der Organe und Gremien ist zulässig. Sofern eine solche nicht möglich ist, sichert die Hochschule durch geeignete Maßnahmen, dass die Öffentlichkeit über den Sitzungsinhalt und Beschlüsse in geeigneter Weise informiert wird.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten für die Organe der Studierendenschaft entsprechend, sofern die Organe deren Anwendung beschließen.

#### § 6 Nachholung von Studien- und Prüfungsleistungen

Studierende, die im Wintersemester 2020/2021 das letzte Fachsemester ihres Studiums absolvieren oder das Studium zum Sommersemester 2021 an einer anderen Hochschule fortführen, können auf Antrag nach den Studien- und Prüfungsordnungen erforderliche Studien- und Prüfungsleistungen, deren Erbringung ihnen aufgrund von

Einschränkungen zur Eindämmung der Ausbreitung der Corona-Pandemie durch die nach dem Infektionsschutzgesetz zuständigen Behörden oder durch die Hochschule im Wintersemester 2020/2021 nicht möglich war, bis zum 30. September 2021 ohne Studierendenstatus nachholen, sofern die Zulassung zu den entsprechenden Lehrveranstaltungen im Wintersemester 2020/2021 fristgerecht erfolgt ist; darüber hinausgehende Regelungen in den Studien- und Prüfungsordnungen der Hochschule bleiben unberührt.

#### § 7

##### Weitergewährung von Stipendien der Thüringer Graduiertenförderung

Unterbricht ein Stipendiat sein Promotionsvorhaben oder künstlerisches Entwicklungsvorhaben aufgrund von Einschränkungen zur Eindämmung der Ausbreitung der Corona-Pandemie durch die nach dem Infektionsschutzgesetz zuständigen Behörden oder durch die Hochschule für einen Zeitraum von mehr als einem Monat, kann auf Antrag ein nach der Thüringer Graduiertenförderungsverordnung vom 14. März 2011 (GVBl. S. 56), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), in der jeweils geltenden Fassung gewährtes Stipendium für diese Zeit weitergezahlt und der Bewilligungszeitraum um die Zeit der Unterbrechung verlängert werden. Die Weiterzahlung des Stipendiums und Verlängerung des Bewilligungszeitraums nach Satz 1 kann einmalig für bis zu sechs Monate erfolgen. Im Antrag ist glaubhaft zu machen, dass die Fortführung des Promotionsvorhabens oder des künstlerischen Entwicklungsvorhabens aufgrund der in Satz 1 genannten Einschränkungen verhindert oder wesentlich verzögert wurde, ohne dass der Stipendiat dies zu vertreten hat.

#### § 8

##### Sonderregelungen zu Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung

(1) Die Gebührenpflicht nach § 4 Abs. 1 des Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes (ThürHGEG) vom 21. Dezember 2006 (GVBl. S. 601) in der jeweils geltenden Fassung wird für die Dauer des Sommersemesters 2020 und des Wintersemesters 2020/2021 hinausgeschoben.

(2) Die Gebühr nach § 4 Abs. 1 ThürHGEG wird für das Sommersemester 2020 und das Wintersemester 2020/2021 erlassen. Dies gilt nur, sofern die Gebührenpflicht nicht bereits nach Absatz 1 hinausgeschoben wurde.

#### § 9

##### Kontaktnachverfolgung der Hochschulen und des Thüringer Studierendenwerks

(1) Die Hochschulen sind berechtigt, zur Kontaktnachverfolgung zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 die Kontaktdaten von Mitgliedern und Angehörigen sowie Gästen und Besuchern auch elektronisch zu erfassen, die sich in geschlossenen Räumen der Einrichtungen der Hochschulen aufhalten. Erfasst werden

1. Name und Vorname,
2. Wohnanschrift oder Telefonnummer,
3. Datum, Beginn und Ende der jeweiligen Anwesenheit.

- (2) Die Hochschule hat die Kontaktdaten
1. für die Dauer von vier Wochen aufzubewahren,
  2. vor unberechtigter Kenntnisnahme und dem Zugriff Dritter zu schützen,
  3. für die unteren Gesundheitsbehörden nach § 2 Abs. 3 Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Infektionsschutzgesetz vom 2. März 2016, zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 21. September 2020 (GVBl. S. 501) in der jeweils geltenden Fassung vorzuhalten und auf Anforderung an diese zu übermitteln sowie
  4. unverzüglich nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist nach Nummer 1 datenschutzgerecht zu löschen oder zu vernichten.

Die Kontaktdaten dürfen ausschließlich zu infektionsschutzrechtlichen Zwecken verarbeitet werden; eine Weiterverarbeitung zu anderen Zwecken ist unzulässig. Im Übrigen bleiben die datenschutzrechtlichen Bestimmungen unberührt.

- (3) Für das Studierendenwerk Thüringen gelten die Absätze 1 und 2 bezogen auf dessen Einrichtungen entsprechend.

#### § 10

##### Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils für alle Geschlechter.

#### Artikel 7

##### Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes

Das Thüringer Hochschulgesetz vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 128 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731), wird wie folgt geändert:

1. § 11 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Nr. 1 werden nach den Worten "Zulassung zu" die Worte "und Durchführung von" sowie nach dem Wort "Prüfungen" die Worte "auch in elektronischer Form und elektronischer Kommunikation" eingefügt.
  - b) In Absatz 5 wird nach der Verweisung "den Absätzen 1" ein Komma und die Verweisung "2" eingefügt.
2. Dem § 55 Abs. 2 werden die folgenden Sätze angefügt:

"Sofern Prüfungen in elektronischer Form oder in elektronischer Kommunikation durchgeführt werden, müssen die Prüfungsordnungen ein datenschutzkonformes Prüfungsverfahren gewährleisten, bei dem für alle Prüfungskandidaten vergleichbare Bedingungen herrschen. Hierfür müssen die Prüfungsordnungen zusätzlich zu Satz 1 und 2 insbesondere Regelungen

  1. zur Sicherung des Datenschutzes,
  2. zur eindeutigen Identifikation der Prüfungskandidaten,

3. zur Dokumentation des Prüfungsgeschehens,
4. zur Sicherung der Authentizität und Unveränderlichkeit des Prüfungsergebnisses,
5. zur Verhinderung von Missbrauchs- und Täuschungsversuchen und
6. zum Umgang mit technischen Störungen enthalten."

#### **Artikel 8**

##### **Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes**

§ 10 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 563), wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 5 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
- b) Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 6 angefügt:

"6. der gemäß § 2 a Abs. 2 ThürStaKoFiG festgesetzten Steuerstabilisierungszuweisung 2021."

2. Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 4 wird das Wort "sowie" durch ein Komma ersetzt.
- b) In Nummer 5 wird der Punkt durch das Wort "sowie" ersetzt.
- c) Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 6 angefügt:

"6. festgesetzte Steuerstabilisierungszuweisungen gemäß § 2 a Abs. 2 ThürStaKoFiG."

#### **Artikel 9**

##### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten Artikel 6 und 7 am 1. April 2021 in Kraft; gleichzeitig mit dem Inkrafttreten tritt das Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) außer Kraft.

(3) Artikel 6 §§ 1, 3 bis 6 und 9 treten mit Ablauf des 30. September 2021 außer Kraft.

(4) Artikel 6 § 2 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

(5) Artikel 6 § 7 und 10 treten mit Ablauf des 31. Mai 2025 außer Kraft.

**Begründung:****Zu Artikel 1**

Das Land gewährt den Thüringer Gemeinden im Rahmen der Kommunalen Finanzgarantie eine Steuerstabilisierungszuweisung in Höhe von 80 Millionen Euro zum Ausgleich von Rückgängen bei den Gesamtsteuereinnahmen im Jahr 2021 aufgrund der Corona-Pandemie.

**Zu Nummer 1**

Zum pauschalen Ausgleich von Verlusten bei den gemeindlichen Steuereinnahmen (netto) stellt das Land den Gemeinden 80 Millionen Euro bereit. Die Gesamtsteuereinnahmen setzen sich zusammen aus den Realsteuern abzüglich der Gewerbesteuerumlage, den Gemeindeanteilen an Einkommens- und Umsatzsteuer sowie sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen. Dies entspricht den Einnahmen aus den Gruppen 00 bis 03 abzüglich der Untergruppe 810 (Gewerbesteuerumlage) des Gruppierungsplans gemäß den Vorschriften über die Gliederung und die Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden (Verwaltungsvorschriften über die Haushaltssystematik, ThürStAnz 46/2017 S. 1369) in der Fassung vom 2. August 2019 (ThürStAnz 34/2019 S. 1307).

Von den 80 Millionen Euro Steuerstabilisierungszuweisung entfallen - entsprechend dem Verhältnis der Gewerbesteuern (netto) zu den gemeindlichen Gesamtsteuereinnahmen von 40,4 vom Hundert - 32,3 Millionen Euro zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen. Da jedoch auch weitere gemeindliche Steuereinnahmen durch die Corona-Pandemie gemindert werden, erfolgt, eine Anregung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen aufgreifend, ein pauschaler Ausgleich über die Gewerbesteuermindereinnahmen hinausgehend anhand der gemeindeindividuellen Anteile an den Gesamtsteuereinnahmen zur Gesamtsumme der Gesamtsteuereinnahmen aller Gemeinden jeweils des Jahres 2019 bezogen auf 80 Millionen Euro.

Von dem so ermittelten gemeindeindividuellen Zuweisungsbetrag werden aufgrund der in § 4 Abs. 1 vorgesehenen Spitzabrechnung der Soforthilfen für das Jahr 2020 festgesetzte Rückzahlungsbeträge abgezogen, soweit diese noch nicht geleistet worden. Unberücksichtigt bleibt hierbei der Kleinstbetrag nach § 4 Abs. 1 Satz 5.

**Zu Nummer 2**

Geregelt wird die Zuständigkeit für die Festsetzung der Zuweisungen nach § 2 a. Hierfür wird erneut das für den kommunalen Finanzausgleich zuständige Ministerium vorgesehen, das die Auszahlungen bis zum 30. Juni 2021 vornehmen soll.

**Zu Nummer 3**

Zur Vereinfachung der praktischen Umsetzung werden etwaige Rückzahlungsbeträge von Gewerbesteuerausgleichsbeträgen für das Jahr 2020 mit Ansprüchen auf Zahlungen nach § 2 a verrechnet.

**Zu Artikel 2****Zu Nummer 1**

Die Überschrift wird angepasst.

**Zu Nummer 2**

Die bisher nur bis zum 31. Dezember 2020 geltenden Sonderregelungen, nach denen notwendige Ausgaben zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung aus Gründen des öffentlichen Wohls auch abweichend von den §§ 58 und 60 ThürKO geleistet werden dürfen und abweichend von § 64 Abs. 4 eine Genehmigung der Rechtsgeschäfte nach § 64 Abs. 1 bis 3 ThürKO erteilt werden kann, wenn diese Rechtsgeschäfte zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung aus Gründen des öffentlichen Wohls notwendig sind, werden bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.

**Zu Nummer 3**

Die bisher nur für das Haushaltsjahr 2020 geltende Sonderregelung, wonach Gemeinden ohne in Kraft getretene Haushaltssatzung notwendige Ausgaben zur Sicherung der Aufgabenerfüllung aus Gründen des öffentlichen Wohls, insbesondere der Daseinsvorsorge und Gesundheitsversorgung sowie für Zuschüsse und Zuweisungen an Dritte, die für die Gemeinde Aufgaben auf sozialem, kulturellem oder sportlichem Gebiet erbringen, leisten dürfen, werden für das Haushaltsjahr 2021 verlängert.

**Zu Nummer 4**

Die Ergänzung ist erforderlich, um Gemeinden, die einen Ausgleich des Verwaltungshaushalts aufgrund der Pandemie nur durch die, übergangsweise befristet, erleichterten Möglichkeiten durch Zugriff auf Rücklagen bewerkstelligen, von der derzeit zwingenden Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu befreien.

**Zu Artikel 3**

Der Artikel regelt die in Artikel 2 dargestellten Änderungen entsprechend im Thüringer Gesetz über die kommunale Doppik.

**Zu Artikel 4**

Die Sonderregelung, nach welcher Fehlbeträge des Haushaltsjahres 2020 spätestens im vierten, im Fall einer Haushaltssatzung für zwei Jahre spätestens im fünften dem Haushaltsjahr folgenden Jahr zu veranschlagen sind, findet durch die Änderung auch für das Haushaltsjahr 2021 Anwendung.

**Zu Artikel 5**

Die Möglichkeit der Beschlussfassung mittels Umlaufbeschlussverfahren, elektronischer Abstimmung oder Telefon- und Videokonferenz soll über den 31. Dezember 2020 hinaus verlängert werden, da die Bewältigung der Corona-Pandemie auch für die nächsten Monate maßgeblich das Handeln prägen wird. Eine abschließende Regelung sollte erst nach Auswertung der praktischen Erfahrungen im Umgang mit dieser Übergangsregelung und einer Abwägung der Erfordernisse erfolgen.

**Zu Artikel 6****A. Allgemein**

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie und damit verbundener, weiterhin bestehender Einschränkungen für Studierende, Lehrende, Forschende und Mitarbeitende der Hochschulen sollen die zum 1. Ap-

ril 2020 in Kraft getretenen und überwiegend bis zum 31. März 2021 befristeten Regelungen des Thüringer Gesetzes zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) zum 1. April 2021 durch entsprechende, bis zum Ende des Sommersemesters 2021 (30. September 2021) geltende Regelungen abgelöst werden.

#### B. Zu den einzelnen Bestimmungen

##### Zu § 1

In § 1 wird die Satzungsermächtigung des § 1 Thüringer Gesetz zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) für coronabedingte Sonderregelungen der Hochschulen übernommen. Aufgrund der Corona-Pandemie war und ist es weiterhin erforderlich, verschiedene Satzungen der Hochschulen wie etwa Studien- und Prüfungsordnungen an die Herausforderungen der Pandemie anzupassen. Da es sich nur um einen vorübergehenden Anpassungsbedarf handelt, müssen die bestehenden Regelungen nicht zwingend geändert werden; ausreichend sind Sonderregelungen, die nur befristet Abweichungen davon vorsehen. Zur Klarstellung wird daher eine dementsprechende Satzungsermächtigung aufgenommen, die zur Vereinfachung und Beschleunigung ausdrücklich auch die Zusammenfassung von auf unterschiedlichen Satzungsermächtigungsgrundlagen beruhende Regelungen fach- und themenübergreifend in einer Rahmensatzung zulässt. Der Beschleunigung dient auch der Verzicht auf ein Genehmigungserfordernis durch das Ministerium, das etwa bei Immatrikulationsordnungen ohne diese Regelung gelten würde. Zudem besteht ein praktisches Bedürfnis dafür, dass die Hochschulen die Möglichkeit erhalten, auch von in Rechtsverordnungen des Landes enthaltenen prüfungsrechtlichen Regelungen abweichen zu können.

##### Zu § 2

In § 2 werden die Regelungen des § 2 Thüringer Gesetz zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) auf das Berichtsjahr 2021 übertragen.

Absatz 1 regelt die Verschiebung der in § 10 Abs. 2 Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149) in der jeweils geltenden Fassung festgelegten Frist zur Vorlage der Jahresberichte der Hochschulen für das Jahr 2020 auf den 31. Juli 2021. Damit erhalten die Hochschulen auch im Jahr 2021 mehr Zeit für die Erstellung der Jahresberichte.

In Absatz 2 wird die in § 13 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Studierendenwerkesgesetz in der Fassung vom 9. März 2006 (GVBl. S. 68), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Juli 2016 (GVBl. S. 226) festgelegten Frist zur Vorlage des Berichts über die im vorhergehenden Kalenderjahr gebildeten und aufgelösten Rücklagen um zwei Monate verlängert. Dadurch erhält das Thüringer Studierendenwerk eine Entlastung bei der derzeit parallel laufenden Abarbeitung von Alltagsgeschäft und Krisenmanagement.

##### Zu § 3

In § 3 werden die Sonderregelungen des § 3 Thüringer Gesetz zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) auf den Jahresabschluss für das Jahr 2020 übertragen.

Absatz 1 regelt eine Verschiebung der in § 14 Abs. 8 Satz 4 ThürHG festgelegten Frist zur Vorlage des geprüften Jahresabschlusses der Hochschulen auf den 31. Juli 2021. Dadurch erhalten die Hochschulen und die Wirtschaftsprüfer einen längeren Zeitraum für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses.

Absatz 2 regelt eine Verschiebung der in § 14 Abs. 8 Satz 5 ThürHG festgelegten Frist zur Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses der Hochschulen auf den 31. Oktober 2021.

Absatz 3 gibt dem Studierendenwerk Thüringen gegenüber der in § 11 Abs. 5 Satz 1 ThürStudWG enthaltenen Frist einen Aufschub von zwei Monaten zur Erstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts.

Zu § 4

In § 4 werden die Regelungen des § 4 Thüringer Gesetz zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) übernommen.

Mit Absatz 1 soll die Kontinuität der Mitgliedschaft in den zentralen Hochschulorganen sichergestellt werden. Für den Fall, dass sich die Wahl eines Nachfolgers für ein ausscheidendes Mitglied oder der Zusammtritt der neu gewählten Mitglieder des Organs pandemiebedingt verzögert, ist angesichts der fortbestehenden Einschränkungen durch die Corona-Pandemie vorübergehend eine über § 24 Abs. 1 Satz 3 ThürHG hinausgehende Amtszeitverlängerung bis zu einem Jahr erforderlich.

Absatz 2 überträgt die in Absatz 1 getroffenen Festlegungen auf die Amtszeit der Vertreter in den sonstigen Organen und Gremien der Hochschule sowie auf Vertreter in den Organen der Studierendenschaft. Dies gilt unabhängig von Satzungsregelungen der Hochschule.

Zu § 5

In § 5 werden die Regelungen des § 5 Thüringer Gesetz zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) übernommen.

Mit Absatz 1 werden Erleichterungen für die Ladung zu den Sitzungen von Hochschulorganen und -gremien getroffen. Satz 1 erlaubt Ladungen in elektronischer Form, d. h. auch per E-Mail. Diese bereits bislang übliche Ladungsform soll ohne Rücksicht auf bereits vorgesehene Regelungen in den Geschäftsordnungen der Hochschulorgane und -gremien vorübergehend generell erlaubt werden. Satz 2 ermöglicht eine Verkürzung von Ladungsfristen zum Zwecke der Beschleunigung von Entscheidungsprozessen. Um eine Befassung der Gremienmitglieder mit den Beschlussvorlagen vor der Durchführung der Sitzung zu ermöglichen, sind bei der Aufstellung der Tagesordnung und der Erstellung der Beschlussvorlagen die verkürzte Ladungsfrist zu berücksichtigen (Anpassung des Umfangs der Tagesordnungspunkte/Beschlussvorlagen). Zu Nachweiszwecken ist die Protokollierung der Dringlichkeit erforderlich (Satz 3).

Absatz 2 ermöglicht Erleichterungen für die Durchführung von Sitzungen der Hochschulorgane und -gremien. Zur Vermeidung von Präsenzsitzungen können Sitzungen auch als Telefon- oder Videokonferenz durchgeführt werden, sofern nicht widersprochen wird (Satz 1). Für einen wirksamen Widerspruch bedarf es der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Organs oder Gremiums. Um rechtzeitig Klarheit

über die Sitzungsform zu erlangen, ist festgelegt worden, dass der Widerspruch nur innerhalb einer vom Vorsitzenden zu setzenden Frist erfolgen kann. Satz 2 sieht vor, dass in der Sitzungsniederschrift zu Nachweiszwecken auch die Sitzungsform zu vermerken und eine Übersicht der Sitzungsteilnehmer beizufügen ist.

Absatz 3 regelt in Satz 1, dass Beschlussfassungen von Hochschulorganen und -gremien auch ohne eine Regelung in den Geschäftsordnungen (vergleiche § 25 Abs. 3 ThürHG) oder in anderen Satzungen der Hochschule schriftlich, elektronisch (per E-Mail) oder durch Abstimmungen in Telefon- oder Videokonferenzen möglich sind. Dies gilt auch für Beschlussfassungen im Zusammenhang mit Wahlen etwa von Präsidiums- (vergleiche § 30 Abs. 4, § 32 Abs. 2, § 36 Abs. 1 ThürHG), Dekanats- (vergleiche § 39 Abs. 3 ThürHG) oder Klinikumsvorstandsmitgliedern (vergleiche § 105 ThürHG) und so weiter. Gleichzeitig wird klargestellt, dass auch Beschlüsse nicht gegen den Willen der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder in anderer Form gefasst werden können. Durch den Verweis in Satz 2 auf Absatz 2 Satz 2 wird klargestellt, dass in der Sitzungsniederschrift zu Nachweiszwecken u.a. die Beschlussform zu vermerken ist. Satz 3 dient der Klarstellung, dass die Beschlussfähigkeit in den Fällen der schriftlichen oder elektronischen Beschlussfassung oder der Beschlussfassung per Telefon- oder Videokonferenz abweichend von § 25 Abs. 1 ThürHG nicht anhand der physischen Anwesenheit der Mitglieder, sondern aufgrund deren Mitwirkung bei der Beschlussfassung festzustellen ist.

Absatz 4 trägt dem Öffentlichkeitsgrundsatz unter Berücksichtigung der durch die Corona-Pandemie veränderten Bedingungen Rechnung.

Absatz 5 ermöglicht durch die entsprechende Anwendung der in den Absätzen 1 bis 4 für die Hochschulorgane und -gremien vorgesehenen Regelungen Verfahrenserleichterungen auch für die Sitzungen und Beschlussfassungen der Organe und Gremien der Studierendenschaften nach § 79 ff. ThürHG. Mit der Regelung wird gewährleistet, dass die Organe der Studierendenschaft selbst darüber entscheiden können, ob sie von den Regelungen des § 5 Abs. 1 bis 4 Gebrauch machen oder auf die Regelungen in ihren Satzungen zurückgreifen möchten.

Zu § 6

In § 6 werden die Regelungen des § 7 Thüringer Gesetz zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) mit Wirkung für das Sommersemester 2021 übertragen.

§ 6 enthält die Klarstellung, dass Absolventen oder auch Studierende, die zum Sommersemester 2021 an eine andere Hochschule wechseln, die Möglichkeit zur Nachholung fehlender Studien- und Prüfungsleistungen im Sommersemester 2021 haben, obwohl sie nicht mehr an der Hochschule eingeschrieben sind. Voraussetzung ist, dass die Zulassung zu den entsprechenden Lehrveranstaltungen im Wintersemester 2020/2021 gemäß den Satzungsregelungen der Hochschulen, d. h. fristgerecht erfolgt ist und damit ein Prüfungsrechtsverhältnis begründet worden ist. Nach ständiger Rechtsprechung endet ein Prüfungsrechtsverhältnis im Regelfall erst mit dem Bestehen oder endgültigen Nichtbestehen der entsprechenden Prüfung, nicht hingegen z. B. mit der Exmatrikulation.

Zu § 7

In § 7 werden die Regelungen des § 8 Thüringer Gesetz zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) wortgleich übernommen.

Mit § 7 wird neben den bestehenden Verlängerungstatbeständen in § 63 Abs. 3 ThürHG die Möglichkeit geschaffen, die Förderungsdauer einmalig um bis zu sechs Monate zu verlängern, wenn Stipendiaten aufgrund von Einschränkungen (z.B. Quarantäne, Kontaktverbot, Schließung von Forschungseinrichtungen oder Rechercheeinrichtungen) im Zuge der Eindämmung der Corona-Pandemie nicht an ihrem Fördervorhaben weiterarbeiten können oder sich der Fortschritt des Fördervorhabens wegen der Einschränkungen wesentlich verzögert. Der Stipendiat muss diese Verzögerungen in seinem Antrag auf Verlängerung der Förderung glaubhaft darlegen. Verlängert wird nur die Zeit der tatsächlichen, durch die Pandemie bedingten Einschränkung beziehungsweise Verzögerung, die über eine Bagatellgrenze von einem Monat hinausgeht. Die Verlängerung kann lediglich einmalig und für maximal sechs Monate gewährt werden. Der Stipendiat darf die pandemiebedingte Verzögerung nicht zu vertreten haben (z.B. durch eine privat veranlasste Reise in ein bekanntes oder ihm fahrlässig nicht bekanntes Risikogebiet mit sich daraus ergebender dortiger Quarantäne oder anschließender Quarantäne nach Rückkehr).

Zu § 8

§ 8 dient der Berücksichtigung von pandemiebedingten Einschränkungen für Studierende bei der Gebührenpflicht für Regelstudienzeitüberschreitung nach § 4 des Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes (ThürHGEG) vom 21. Dezember 2006 (GVBl. S. 601) in der jeweils geltenden Fassung und dehnt den Anwendungsbereich des § 9 Thüringer Gesetz zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283), der sich auf das Sommersemester 2020 beschränkte, auf das Wintersemester 2020/2021 aus.

Der Regelung liegt die Annahme zugrunde, dass aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen für alle Studierenden Verzögerungen im Studienverlauf des Sommersemesters 2020 und Wintersemesters 2020/2021 eintreten. Daher wird mit der Regelung in Absatz 1 pauschal für alle Studierenden die Gebührenpflicht für Regelstudienzeitüberschreitungen für die Dauer des Sommersemesters 2020 und des Wintersemesters 2020/2021 hinausgeschoben. Die Möglichkeiten des Hinausschiebens der Gebührenpflicht nach § 4 Abs. 4 ThürHGEG bleiben unberührt.

Absatz 2 regelt den Erlass von Gebühren für das Sommersemester 2020 und das Wintersemester 2020/2021 für Studierende, die bereits Schuldner von Gebühren nach § 4 Abs. 1 ThürHGEG sind. Satz 2 schließt eine Mehrfachanrechnung auf die Gebührenpflicht nach § 4 Abs. 1 ThürHGEG aus.

Zu § 9

Die Hochschulen realisieren den Studienbetrieb ab dem Wintersemester 2020/2021 durch eine Mischung aus Präsenz- und digitalen Lehrformaten. Um die insbesondere für Studienanfänger und Studierende kurz vor dem Abschluss wichtigen Präsenzangebote trotz steigender Infektionszahlen aufrechterhalten zu können und Bibliotheken, Labo-

re und sonstige Hochschuleinrichtungen sowie Einrichtungen des Studierendenwerks Thüringen weiterhin offen zu halten, haben die Hochschulen und das Studierendenwerk Thüringen durch organisatorische Maßnahmen für die Einhaltung der allgemeinen Infektionsschutzmaßnahmen Sorge zu tragen. Zur Unterstützung wird in § 9 eine Regelung neu aufgenommen, die es den Hochschulen und dem Studierendenwerk Thüringen ermöglicht, Daten von Hochschulmitgliedern und -angehörigen sowie Besuchern und Gästen zur Kontaktnachverfolgung zu erheben und den unteren Gesundheitsbehörden im Falle eines lokalen Ausbruchs der Krankheit zur Verfügung stellen zu können. Die Regelung ist aufgrund der Besonderheiten im Hochschulbereich erforderlich, da § 3 der Zweiten Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung vom 7. Juli 2020 (GVBl. S. 349) in der jeweils geltenden Fassung auf die Hochschulen und das Studierendenwerk nur teilweise Anwendung findet. Sie dient der effektiven Nachverfolgung und Eindämmung von Infektionsketten und damit auch dem Gesundheitsschutz der Studierenden, Lehrenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen und des Studierendenwerks Thüringen.

Absatz 1 ermächtigt die Hochschulen zur Erfassung der für den Fall der Kontaktnachverfolgung erforderlichen Daten. Die Art der Datenerhebung (papierbasiert oder elektronische Datenerfassung) bleibt den Hochschulen überlassen.

Absatz 2 Satz 1 stellt sicher, dass eine Auswertung der Daten nur durch die Gesundheitsbehörden erfolgt und an diese ausschließlich zum Zwecke der Kontaktnachverfolgung zu übermitteln ist. Aus Datenschutzgründen bedarf es dazu einschränkender Regelungen zur Aufbewahrung, Schutz, Übermittlung und Löschung der nach Absatz 1 erhobenen Daten. Satz 2 bestimmt, dass die Daten nur zu infektionsschutzrechtlichen Zwecken verarbeitet werden dürfen; eine Verarbeitung zu anderen Zwecken ist ausgeschlossen. Satz 3 stellt klar, dass datenschutzrechtliche Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Warenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) einschließlich bundes- und landesrechtlicher Regelungen daneben Gültigkeit besitzen.

Nach Absatz 3 sind die für die Hochschuleinrichtungen nach den Absätzen 1 und 2 geltenden Regelungen auf die Einrichtungen des Studierendenwerks Thüringen entsprechend anzuwenden.

Zu § 10

Die Bestimmung dient der sprachlichen Gleichstellung von Status- und Funktionsbezeichnungen.

#### **Zu Artikel 7**

In Artikel 7 werden Regelungen zur Durchführung von Prüfungen in elektronischer Form und elektronischer Kommunikation in das Thüringer Hochschulgesetz eingeführt, die die geltenden daten- und prüfungsrechtlichen Regelungen in den §§ 11 und 54 f. ThürHG ergänzen und konkretisieren. "Prüfungen in elektronischer Form" sind Prüfungen, deren Erstellung und Durchführung und/oder Auswertung computergestützt wie z. B. elektronische Klausuren erfolgt. Erfasst sind sowohl Präsenzprüfungen, d. h. Aufsichtsarbeiten, bei denen die Prüfungsleistung allein mittels elektronischer Medien erbracht wird, als auch Fernprüfun-

gen, die ortsungebunden außerhalb des Hochschulstandorts abgelegt werden. "Prüfungen in elektronischer Kommunikation" bezeichnen vor allem Prüfungen in mündlicher Form (insbesondere per Videokonferenz).

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Die Ergänzungen in § 11 Abs. 1 Nr. 1 ThürHG verfolgen den Zweck, insbesondere Prüfungen in elektronischer Form und elektronischer Kommunikation auf eine solidere datenschutzrechtliche Grundlage zu stellen. Gerade bei diesen Prüfungsformen bedarf es einer gesonderten Ermächtigungsgrundlage für die Erhebung und Verarbeitung von Daten bei der Durchführung der Prüfung. Die rechtssichere Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten ist zur Identifizierung des Prüfungsteilnehmers nicht nur vor, sondern vor allem während der Prüfung auch aus Gründen der prüfungsrechtlichen Chancengleichheit erforderlich. Die Hochschule muss sicherstellen können, dass diejenige Person, die eine elektronische Prüfung ablegt, auch mit dem Prüfungskandidaten identisch ist. Weitere, die Datenverarbeitung konkretisierende Regelungen betreffend Prüfungen in elektronischer Form und elektronischer Kommunikation sind auf der Grundlage des § 11 Abs. 5 ThürHG in der Thüringer Hochschul-Datenverarbeitungsverordnung (ThürHDatVO) vom 16. August 2019 (GVBl. S. 367) zu treffen (z. B. Regelungen für den Fall der Datenübertragung an Drittanbieter, für die elektronische Protokollierung der Prüfung und anschließende Archivierung, Löschung der Daten usw.).

Zu Buchstabe b

Mit der Änderung des § 11 Abs. 4 wird die versehentlich bei der Neufassung des Thüringer Hochschulgesetzes nicht übernommene Bezugnahme der Verordnungsermächtigung auf § 11 Abs. 2 ergänzt.

Zu Nummer 2

Die neu angefügten Regelungen für Prüfungen in elektronischer Form und elektronischer Kommunikation ergänzen den in § 55 Abs. 2 enthaltenen Regelungskatalog für die Prüfungsordnungen der Hochschulen.

Prüfungen in elektronischer Form und elektronischer Kommunikation stellen auch bisher bereits eine rechtlich zulässige Alternative zu bewährten Prüfungsformen dar. Die Hochschulen sind nach § 55 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 ThürHG befugt, die Art und Weise der Prüfungs- und Studienleistungen festzulegen; Regelungen dazu sind in den jeweiligen Prüfungsordnungen zu treffen, die eine ausreichende Rechtsgrundlage für alle Prüfungsformen bieten. Um rechtssichere Prüfungsverfahren und vergleichbare prüfungsrechtliche Regelungen zu gewährleisten werden für Prüfungen in elektronischer Form und elektronischer Kommunikation in den Sätzen 3 und 4 nunmehr Mindestregelungsinhalte für die Prüfungsordnungen festgelegt. Vorgegebenes Regelungsziel ist ein datenschutzkonformes Prüfungsverfahren. Dazu werden wesentliche Regelungsbeispiele festgelegt: Die Prüfungsordnung muss insbesondere Regelungen zur Sicherung des Datenschutzes, zur eindeutigen Identifikation der Prüfungskandidaten, zur Dokumentation des Prüfungsgeschehens, zur Sicherung der Authentizität und Unveränderlichkeit des Prüfungsergebnisses, zur Verhinderung von Missbrauchs- und Täuschungsversuchen und zum Umgang mit technischen Störungen enthalten. Wie das Wort

"insbesondere" belegt, ist der Katalog nicht abschließend, die Prüfungsordnung kann daher um weitere Regelungen ergänzt werden.

#### **Zu Artikel 8**

Durch die Regelung wird sichergestellt, dass die aufgrund des § 2 a Abs. 2 ThürStaKoFiG festgesetzten Steuerstabilisierungszuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs bei der Bemessung der Steuerkraftmesszahl ebenso berücksichtigt werden, wie dies bei den gemeindlichen Steuereinnahmen, zu deren Kompensation sie geleistet werden, erfolgen würde.

#### **Zu Artikel 9**

Absatz 1 bestimmt, dass die Regelungen des Mantelgesetzes am Tage nach der Verkündung in Kraft treten.

In Absatz 2 wird abweichend zu Absatz 1 bestimmt, dass die Regelungen der Artikel 6 und 7 erst am 1. April 2021 in Kraft treten und zu diesem Zeitpunkt die bis dahin geltenden Regelungen des Thüringer Gesetzes zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 283) ablösen.

In Absatz 3 wird bestimmt, dass die Regelungen des Artikels 6 §§ 1, 3 bis 6 und 9 mit Ablauf des 30. September 2021 außer Kraft treten; bei diesen handelt es sich um pandemiebedingte Sonderregelungen, die nur eine begrenzte Geltungsdauer haben sollen.

In Absatz 4 wird ein Außerkrafttreten des Artikels 6 § 2 erst mit Ablauf des 31. Dezember 2021 geregelt. Die Abweichung von Absatz 3 ist erforderlich, um die Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Oktober 2021 zu gewährleisten.

Im Absatz 5 wird ein Außerkrafttreten des Artikels 6 §§ 7 und 10 erst mit Ablauf des 31. Mai 2026 geregelt. Dies ist erforderlich, weil die gesetzliche Möglichkeit zur Verlängerung des Stipendiums zu dem Zeitpunkt noch in Kraft sein muss, zu dem das bewilligte Stipendium regulär enden würde. Die Förderungshöchstdauer kann einschließlich aller Verlängerungsmöglichkeiten nach § 63 Abs. 3 des ThürHG sechs Jahre betragen.

Für die Fraktion  
DIE LINKE:

Für die Fraktion  
der SPD:

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Lehmann

Henfling

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

**(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Prof. Dr. Schmidt-Jortzig, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Thüringer Lehrerverband

Hochschule Schmalkalden

Deutscher Hochschulverband, LV Thüringen

Hauptpersonalrat beim TMWWDG

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

CHE, Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH

Stadt Jena

Bauhaus-Universität Weimar

GEW Thüringen

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Fachhochschule Erfurt

IG Metall, Bezirksleitung Mitte

Technische Universität Ilmenau

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen

Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte beim Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Konferenz Thüringer Studierendenschaften

Ernst-Abbe-Hochschule Jena

Universität Erfurt

DGB Hessen-Thüringen

Thüringischer Landkreistag e.V.

Studierendenwerk Thüringen

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  
 - Drucksache 7/2285 -

1.

Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Postleitzahl, Ort

2.

Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?  
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDG)

Name

Vorname

Prof. Dr. Schmidt-Jortz

Edward

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

24105 Kiel

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Staatsrecht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Köln, 8.2.21	

CHRISTIAN-ALBRECHTS-UNIVERSITÄT ZU KIEL

Professor Dr. Edzard Schmidt-Jortzig



Juristisches Seminar der Universität Kiel · D-24098 Kiel

Thüringer Landtag  
- Innen- und Kommunalausschuss -  
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Kiel, den 08.02.2021

per Mai

THÜR. LANDTAG POST  
09.02.2021 09:44

3454/2021

#### Schriftliche Anhörung

zum Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im  
Zusammenhang mit der Corona-Pandemie“ (Drucks. 7/2285)  
und zu dem zugehörigen Änderungsantrag (Vorlage 7/1507)

Der vorgelegte Gesetzentwurf kann inhaltlich nur unter Bezugnahme auf das Erste „Thür. Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG)“ beurteilt werden. Es geht darum, ob dessen Regelungen nun vom beabsichtigten Zweiten „ThürCorPanG“ technisch ausreichend verlängert sowie sachlich angemessen ergänzt bzw. ausgeweitet werden.

Aus Kompetenzgründen äußert sich Unterzeichneter dabei lediglich zu den strukturellen Vorschriften für das Kommunal- und Hochschulrecht. Art. 5 des Gesetzentwurfs, das Thüringer Personalvertretungsrecht betreffend, bleibt unkommentiert.

I. Bezüglich der Kommunalverhältnisse fällt zunächst auf, dass sich die „erforderlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie“ auf finanz- bzw. haushaltsrechtliche Regeln beschränken. Die freilich erscheinen (immer im Zusammenhang mit dem Ersten ThürCorPanG gelesen) allesamt sachgerecht, u. zw. nicht nur bezüglich Haushaltstitelübertragbarkeit, Kassenabschluss oder Rechnungslegung, sondern auch finanzverfassungsrechtlich, d. h., was Finanzausgleichsvorgaben und Achtung der kommunalen Finanzhoheit anbetrifft. Inwieweit die nun zusätzlich angewiesenen Finanzmittel in der Höhe zielführend bzw. ausreichend sind, lässt sich dabei von hier aus nicht einschätzen; der vorgesehene Verteilungsschlüssel ist auf jeden Fall sachgerecht.

Und nach allem, was von außerhalb des Landes gesehen werden kann, erscheinen darüber hinaus auch die im Änderungsantrag (Vorlage 7/1507) angelegten Konzessionen hinsichtlich des kommunalen Haushaltssicherungskonzepts in der pandemiebedingten Sondersituation angemessen.

Überraschen will allerdings, dass die corona-bedingte Regelungsnotwendigkeit sich nicht zugleich auf organisatorische Ausnahme-, Sonder- oder Erweiterungsvorschriften erstreckt. Denn bei strengen Shutdown-Anordnungen, aber eben auch bei realem Infektionsbefall, können Gemeinderats- bzw. Kreistagssitzungen nicht mehr so wie üblich durchgeführt werden, was sich dann auch etwa auf Ladung, Anwesenheitspflicht, Beschlussfähigkeit, Abstimmungsmodus, ja, IT-Ausstattung etc. auswirkt. Das mag nun zwar nicht im Fokus des jetzigen Gesetzentwurfs stehen, ist aber mit Sicherheit etwas, was zu den „erforderlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie“ rechnen dürfte. (Und ob man bei dieser Gelegenheit die Notstandsregelung auch gleich ausweiten sollte, nämlich allgemein auf „vergleichbare außergewöhnliche Notsituationen, die eine Sitzungsteilnahme von... erschwert oder verhindert“, wäre rechtspolitisch sicher noch ein anderes Thema)

II. Bezüglich des Thüringer Hochschulrechts sind zunächst die (verschiedenen) Verlängerungen der schon vom Ersten ThürCorPanG vorgenommenen coronabedingten Sonderregelungen zweifellos richtig. Dass die Pandemie sich jedenfalls noch über das Sommersemester 2021 auswirken wird, dürfte ja leider realistisch sein. Allerdings erscheint bei Art. 9 Abs. 2 des Entwurfs missverständlich: Soll sich das gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der jetzigen Art. 6 und 7 angeordnete Außerkrafttreten des Ersten ThürCorPanG

am 1. April 2021 wirklich auf jenes gesamte Gesetz beziehen oder doch nur auf dessen den jetzigen Art. 6 und 7 entsprechenden Regelungen (dort Art. 14)?

Im Übrigen nur zwei Bemerkungen noch. Zum einen finde ich erfreulich, wie viel den Hochschulen nach Art. 6 § 1 des Entwurfs (ebenso bereits Art. 14 § 1 des Ersten ThürCorPanG) an Gestaltungsfreiheit zugebilligt wird (außerdem noch bereits Art. 14 § 6 des Ersten ThürCorPanG). Davon könnten die Hochschulen wohl auch unabhängig von Corona mehr brauchen. Und zum anderen fällt mir auf, dass (und wie) jetzt den Hochschulselbstverwaltungsgremien Online-Sitzungen ermöglicht werden, was für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane eben (s. o.) noch nicht so wichtig schien.

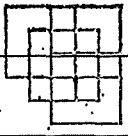
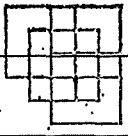
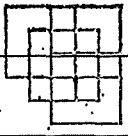
gez. Schmidt-Jortzig.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Gewerkschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>  tlw thüringer Lehrerverband </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Landesgeschäftsstelle Tschaikowskistraße 22 99096 ERFURT</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>Telefon (0361) 30 25 26 -30 Telefax (0361) 30 25 26 - 59 32</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gewerkschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	 tlw thüringer Lehrerverband	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Landesgeschäftsstelle Tschaikowskistraße 22 99096 ERFURT	Postleitzahl, Ort	Telefon (0361) 30 25 26 -30 Telefax (0361) 30 25 26 - 59 32
Name	Organisationsform										
	Gewerkschaft										
Geschäfts- oder Dienstadresse	 tlw thüringer Lehrerverband										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Landesgeschäftsstelle Tschaikowskistraße 22 99096 ERFURT										
Postleitzahl, Ort	Telefon (0361) 30 25 26 -30 Telefax (0361) 30 25 26 - 59 32										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Gewerkschaftliche Vertretung für pädagogisches Personal in Thür.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	(siehe Text unserer Stellungnahme)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

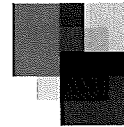
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt; 08.02.2021	

THÜR. LANDTAG POST  
11.02.2021 09:42

3663/2021



tlv  
thüringer  
lehrerverband

tlv thüringer lehrerverband Tschaikowskistr. 22, 99096 Erfurt  
via E-Mail: [poststelle@landtag-thueringen.de](mailto:poststelle@landtag-thueringen.de)

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Bildung Jugend und Sport  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

#### Landesgeschäftsstelle

Tschaikowskistraße 22  
99096 Erfurt

Telefon 0361.302526-30  
Telefax 0361.302526-5932  
[post@tlv.de](mailto:post@tlv.de)  
[www.tlv.de](http://www.tlv.de)

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen/  
meine Nachricht vom

Datum

Drs.: 7/2285

08.02.2021

### **Stellungnahme des tlv zum Zweiten Thür. Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona Pandemie – Drucksache 7/2285 –**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der tlv thüringer lehrerverband bedankt sich für die Möglichkeit der Beteiligung an o. g. Gesetzentwurf und nimmt wie folgt Stellung.

#### **Zu Art. 5:**

Der vorgeschlagenen Gesetzesänderung, hier die Änderung des ThürPersVG stimmen wir als tlv thüringer lehrerverband zu.

Leider müssen wir aber feststellen, dass die Änderungen viel zu spät kommen, da die vorangegangene VO zum 31.12.2020 ausgelaufen ist und nicht rechtzeitig verlängert wurde. So ist z.B. der Hauptpersonalrat (HPR) im Bereich des TMBJS seit 01.01.2021 nicht mehr arbeitsfähig. Gleiches gilt für die Bezirkspersonalräte (BPR) in ähnlicher Form. Somit sind z. B. theoretisch nicht einmal mehr Neueinstellungen möglich, wenn die jeweiligen Organe in voller Besetzung lt. ThürPersVG tagen sollen (pandemiebedingter Platzmangel in den Räumlichkeiten vor Ort).

*Der tlv thüringer lehrerverband ist eine Interessenvertretung aller Beschäftigten im Thüringer Bildungswesen und größte Fachgewerkschaft im tbb beamtenbund und tarifunion.*

#### **Zu Art. 6, § 6 - Nachholen Studien-Prüfungsleistungen:**

Wir befürworten den Ansatz, fragen uns allerdings, warum die Nachholungen ohne Studierendenstatus der Studierenden stattfinden soll (Studierende sind nicht schuld an dem Umstand, dass sie die Prüfung noch nicht ablegen konnten).

*Als Thüringer Landesverband im VBE Verband Bildung und Erziehung - der mit bundesweit 165.000 Mitgliedern eine der beiden großen Bildungsinteressenvertretungen und zugleich die größte Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion - ist der tlv bestens vernetzt.*

#### **Zu Art. 6, § 8 und Art. 7 - Sonderregelung bei Gebühren für Überschreitung Regelstudienzeit / Änderung des Thür. Hochschulgesetzes:**

Der vorgeschlagenen Gesetzesänderung stimmen wir als tlv thüringer lehrerverband zu. Gleiches gilt für Art. 7 Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes.

#### **Art. 9 – Inkrafttreten:**

Dieses Gesetz tritt zum Tag der Verkündung in Kraft. Dies sollte geändert werden und soll rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft treten (Begründung u.a. siehe unser o.g. Kommentar zu Art. 5).

Mit freundlichen Grüßen



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -	
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Hochschule Schmalkalden
	Organisationsform
	Körperschaft des öffentl. Rechts und staatl. Einrichtung
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Bledhammer
	Postleitzahl, Ort
	98574 Schmalkalden
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Studium, Lehre und Forschung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Gesetzesentwurf wird grundsätzlich begrüßt. Geeignete Maßnahmen, den durch die Corona - Pandemie bedingten Restriktionen zu begegnen und die Rechtssicherheit und Transparenz zu befördern.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Schmalkalden, 10.02.2021	




THÜR. LANDTAG POST  
12.02.2021 08:27

374612021

Hochschule Schmalkalden | Blechhammer | D-98574 Schmalkalden

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

**PRÄSIDENT**

Blechhammer 4-9  
D-98574 Schmalkalden

10. Februar 2021

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

**Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**– Drucksache 7/2285 –**

**dazu: - Vorlage 7/1507 -**

**hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

Ihr Schreiben vom 21.01.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem o. a. Schreiben bitten Sie darum, zu dem vorliegenden Gesetzentwurf und zu dem dazugehörigen Änderungsantrag eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Die Hochschule Schmalkalden kommt dieser Bitte gerne nach. Soweit die geplanten Regelungen zu keinerlei Bedenken Anlass geben oder für die Hochschule Schmalkalden keine Relevanz in der praktischen Umsetzung haben dürften, wird von einer Bewertung abgesehen; die vorliegende Stellungnahme – die insbesondere die Sicht der Hochschulleitung widerspiegelt - konzentriert sich somit auf die im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen, hinsichtlich deren aus Sicht der Hochschule „Positionierungsbedarf“ gesehen wird. Dies vorausgeschickt wird zum vorgelegten Gesetzentwurf wie folgt Stellung genommen:

Die Hochschule begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf grundsätzlich; die Regelungen des Art. 6 des Gesetzentwurfs (Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie – ThürCorHG), die überwiegend eine Fortschreibung der Regelungen des Art. 14 ThürCorPanG beinhalten, stellen geeignete Maßnahmen dar, den durch die Corona-Pandemie bedingten Restriktionen zu begegnen und die Rechtssicherheit und Transparenz zu befördern. Insbesondere die in Art. 6 § 1 des Gesetzentwurfs erneut vorgesehene Satzungsermächtigung ist ausdrücklich zu begrüßen, da hierdurch der Erlass hochschulspezifischer Regelungen ermöglicht wird. Dies hat sich während der bisherigen Pandemielage sehr bewährt.

Auch Art. 6 § 2 und § 3 des Gesetzentwurfs wird grundsätzlich positiv bewertet. Zum einen müssten die verlängerten Fristen nicht ausgeschöpft werden, falls die Hochschulen auch die bislang vorgegebenen Fristen halten können; zum anderen erhöhte die Fristverlängerung die (zeitlichen) Spielräume, falls im Zuge der Corona-Pandemie noch dadurch bedingte Probleme auftreten sollten.

Art. 6 § 4 des Gesetzentwurfs stellt in Fortschreibung des Art. 14 § 4 ThürCorPanG ein geeignetes Instrumentarium dar, auf etwaige pandemiebedingte Restriktionen hinsichtlich der Durchführung von Wahlen sachgerecht reagieren zu können.



Hinsichtlich Art. 6 § 5 des Gesetzentwurfs ist zu konstatieren, dass die im Sommersemester 2020 und im Wintersemester 2020/2021 gesammelten Erfahrungen gezeigt haben, dass die explizite Ermöglichung von Telefon- und Videokonferenzen sich als wertvoll für die Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Hochschulselbstverwaltung erwiesen hat.

Die im Gesetzentwurf enthaltenen Sonderregelungen zu Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung (Art. 6 § 8 des Gesetzentwurfs) werden zur Kenntnis genommen. Die Hochschule Schmalkalden hält insoweit an ihrer bereits zu den entsprechenden Regelungen des ThürCorPanG vorgenommenen kritischen Bewertung fest. Es ist nach wie vor nicht erkennbar, welchen kausalen Einfluss die mit der Corona-Pandemie verbundenen Restriktionen auf die Gebührenpflicht eines Studierenden haben sollten, der die Regelstudienzeit bereits in erheblichem Umfang überschritten hat. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die diesbezüglichen Ausführungen in unserem im Anhörungsverfahren zum ThürCorPanG gefertigten Schreiben vom 20.05.2020 verwiesen.

Auch die in Art. 7 des Gesetzentwurfs geplanten Änderungen des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) werden aus Gründen der Rechtssicherheit und der Transparenz grundsätzlich begrüßt. Insbesondere die vorgesehene Ergänzung des § 55 Abs. 2 ThürHG erscheint geeignet, dazu beizutragen, die gerade während der derzeitigen Pandemielage stärker in den Fokus rückende Abnahme von online-gestützten Prüfungen – unabhängig davon, dass eine sachgerechte und rechtssichere Ausgestaltung der satzungrechtlichen Vorschriften sich herausfordernd gestalten wird – für alle Beteiligten (Hochschulorgane, Lehrende bzw. Prüfende, Studierende) transparenter zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesverband Thüringen im Deutsche Hochschulverband</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Platzallee 18-20 53173 Bonn</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Platzallee 18-20</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>53173 Bonn</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesverband Thüringen im Deutsche Hochschulverband	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Platzallee 18-20 53173 Bonn	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Platzallee 18-20	Postleitzahl, Ort	53173 Bonn
Name	Organisationsform										
Landesverband Thüringen im Deutsche Hochschulverband	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Platzallee 18-20 53173 Bonn										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Platzallee 18-20										
Postleitzahl, Ort	53173 Bonn										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> : Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> : Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> : Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Verhelf der Interessen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die geplante Änderung werden weitergehend geprüft	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift	
Bonn 17/02/2021		

Deutscher Hochschulverband | Rheinallee 18-20 | 53173 Bonn

Thüringer Landtag

Landesverband Thüringen

Innen- und Kommunalausschuss

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
18.02.2021 08:28

4221/2021

Bonn | 17. Februar 2021

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst darf ich mich im Namen des Vorsitzenden des Landesverbands Thüringen im DHV,  
, für die Einladung zur Abgabe einer Stellungnahme zu dem oben genannten Gesetzesentwurf bedanken.

Der Landesverband Thüringen im DHV begrüßt es, dass durch diesen Gesetzesentwurf weiterhin den besonderen Bedingungen, die durch die Corona-Pandemie ausgelöst wurden, Rechnung getragen werden soll. Dies gilt insbesondere für den Umstand, dass den Hochschulen weitgehend freigestellt wird, in welcher Form sie entsprechende Regelungen umsetzen wollen.

Zu Artikel 6:

§ 1:

Der Landesverband Thüringen im DHV begrüßt ausdrücklich, dass den Hochschulen durch diese Regelung die Möglichkeit gegeben wird, von den bestehenden Satzungen abweichende Regelungen, die zur Abmilderung von Corona-Pandemie-Folgen erforderlich sind, in Rahmensatzungen eigenverantwortlich umzusetzen. Dies eröffnet den Hochschulen die Möglichkeit, individuell reagieren zu können.

§ 2/§ 3:

Diese Regelungen ergeben sich aus den durch die Corona-Pandemie ergebenden besonderen Gegebenheiten.

§ 4:

Der Landesverband Thüringen im DHV begrüßt die geplanten Regelungen zur Amtszeit der Vertreter in Organen und Gremien der Hochschule, da durch die darin enthaltene automatische Verlängerung der Amtszeiten eine Funktionsfähigkeit der einzelnen Gremien und Organe gewährleistet wird.

§ 5:

Der Landesverband Thüringen im DHV begrüßt, dass zukünftig Sitzungen und Beschlüsse von Hochschulorganen auch in elektronischer Form durchgeführt beziehungsweise herbeigeführt werden können. Dies gilt umso mehr als die Entscheidung darüber in das Ermessen der Hochschulen gestellt ist.

Die geplante Regelung sieht sowohl in Absatz 2 als auch in Absatz 3 vor, dass es ein Widerspruchsrecht der Mitglieder der jeweiligen Organe und Gremien gegen die elektronische Durchführung von Sitzungen und Abstimmungen geben soll. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Landesverband Thüringen im DHV hält es jedoch für sinnvoll, dass die in diesen Regelungen genannte „... vom Vorsitzenden zu setzende Frist ...“ deutlich ausgewiesen wird, da dies ansonsten zu Unsicherheiten im Verfahren führen wird.

§ 9:

Der Landesverband Thüringen im DHV begrüßt diese Regelung, da dadurch eindeutige Bestimmungen über Umfang und Dauer der Aufbewahrungsfristen der für die Kontaktverfolgung erhobenen Daten erlassen werden.

Zu Artikel 7:

§ 11:

Die in diesem Artikel geplanten Änderungen finden die Zustimmung des Landesverbands Thüringen im DHV.

§ 55 Abs. 2:

Grundsätzlich begrüßt der Landesverband Thüringen im DHV, dass gesetzliche Vorgaben ein datenschutzkonformes Prüfungsverfahren durch entsprechende Prüfungsordnungen gewährleisten sollen.

Im Zusammenhang mit den in dem Gesetzentwurf dargelegten Maßnahmen regt der Landesverband Thüringen im DHV an, in den Gesetzesentwurf noch eine Regelung über eine pandemiebedingte Verlängerung von Zeitbeamtenverhältnissen im Hochschulbereich aufzunehmen. Eine derartige Regelung existiert bereits im Bereich der Angestellten im Hochschulbereich. Auch für Studenten und Stipendiaten

wurden Verlängerungsmöglichkeiten geschaffen. Zeitbeamte im Hochschulbereich sind den gleichen, pandemiebedingten Schwierigkeiten ausgesetzt und müssen entsprechend gleich behandelt werden. Dies muss insbesondere auch für die Zwischenevaluation nach drei Jahren gelten.

Deshalb schlägt der Landesverband Thüringen im DHV vor, auch die Befristung bei befristeten Beamtenverhältnissen im Hochschulbereich um sechs Monate entsprechend der Regelungen der „Verordnung zur weiteren Verlängerung der zulässigen Befristungsdauer nach § 2 Absatz 1 des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes aus Anlass der COVID-19-Pandemie (WissZeitVG-Befristungsdauer-Verlängerungs-Verordnung–WissBdVV)“ vom 23. September 2020 zu verlängern.

Der Landesverband Thüringen im DHV würde sich freuen, wenn diese Gedanken in die weiteren Beratungen einfließen könnten.

Ich verbleibe mit ~~meinen~~ besten Grüßen

Landesgeschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Hauptpersonalrat beim TMWWDG</td> <td style="border: none;">Hauptpersonalrat</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">c/o Fachhochschule Erfurt</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Postfach 45 01 55</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99051 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Hauptpersonalrat beim TMWWDG	Hauptpersonalrat	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Fachhochschule Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 45 01 55	Postleitzahl, Ort	99051 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Hauptpersonalrat beim TMWWDG	Hauptpersonalrat									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Fachhochschule Erfurt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 45 01 55									
Postleitzahl, Ort	99051 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse               <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vertretung der Interessen der Beschäftigten im TMWWDG und im nachgeordneten Bereich	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- zu Artikel 5: Geltung rückwirkend zum 31.12.2020 und über den 31.12.2021 hinaus bis zum 31.03.2022 - bei virtuellen Veranstaltungsformen zu Barrierefreiheit verpflichten - befürwortet werden die zeitlich befristete Satzungsermächtigung der Hochschulen, die Änderung der Termine für Berichte und Jahresabschlüsse und eine Verlängerung der Amtszeit	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 18.02.2021	



Hauptpersonalrat

Hauptpersonalrat beim Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissen-  
schaft und Digitale Gesellschaft  
c/o Fachhochschule Erfurt, Postfach 45 01 55, 99051 Erfurt

THUR. LANDTAG POST

18.02.2021 17:14

4320121

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

18. Februar 2021

**Stellungnahme zum Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Hauptpersonalrat beim TMWWDG dankt für die Gelegenheit, zum vorliegenden Gesetzentwurf DS 7/2285 und dem Änderungsantrag DS 7/1507 Stellung zu nehmen.

Zu Art. 5

Die Verlängerung der Möglichkeit, Beschlüsse des Personalrates auch im Umlaufverfahren, in Video- oder Telefonkonferenzen zu fassen, findet unsere volle Zustimmung. Allerdings regen wir an, die Regelungen bis 31.03.2022 zu verlängern. Seit dem 01.01.2021 ist die Arbeit vieler Personalräte stark behindert, weil die für Präsenzsitzungen erforderlichen großen Räume nicht zur Verfügung stehen. Die Verlängerung der Geltung von § 37 Abs. 5 ThürPersVG schafft für die Personalräte wieder die Möglichkeit, unter Einhaltung des Infektionsschutzes förmlich korrekte Beschlüsse zu fassen. Die im Änderungsantrag vorgeschlagene rückwirkende Gültigkeit zum 31.12.2020 unterstützen wir ebenso. Sie ist erforderlich, um die in der Zeit seit dem 01.01.2021 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes weiterhin mangels geeigneter Räume im Umlaufverfahren, in Video- oder Telefonkonferenzen gefassten Beschlüsse nachträglich zu legitimieren.

Zu Art. 6

Zu § 1

Wir begrüßen die mit § 1 eröffnete Möglichkeit, durch Satzung an den Hochschulen abweichende Regelungen zu treffen, die nur so lange befristet Geltung erlangen, wie Folgen der Corona-Pandemie abzumildern sind.

Hauptpersonalrat beim Ministerium  
für Wirtschaft, Wissenschaft und  
Digitale Gesellschaft

Geschäftsstelle  
Universität Erfurt, Max-Weber-Kolleg  
Steinplatz 2, Raum 610  
99085 Erfurt

Telefon 0361 737 1400  
Telefax 0361 6700-1009

[hpr.tmwwdg@fh-erfurt.de](mailto:hpr.tmwwdg@fh-erfurt.de)

[https://wirtschaft.thueringen.de/  
ministerium/hpr/](https://wirtschaft.thueringen.de/ministerium/hpr/)

Postanschrift  
HPR beim TMWWDG  
c/o Fachhochschule Erfurt  
Postfach 45 01 55  
99051 Erfurt

#### Zu §§ 2 und 3

Die mit den §§ 2 und 3 verfolgte Absicht, die von den Hochschulen und dem Studierendenwerk vorzulegenden Berichte und Jahresabschlüsse erst zu einem späteren Zeitpunkt zu verlangen, unterstützt der Hauptpersonalrat ausdrücklich. Dadurch werden zusätzliche Belastungen vermieden und die Arbeitsbelastung der Beschäftigten, die derzeit unter erheblich erschwerten Bedingungen arbeiten, zeitlich entzerrt.

#### Zu § 4

Auch die Verlängerung der Amtszeit in § 4 findet unsere Zustimmung, wenn dadurch Wahlen in Präsenz und damit zusätzliche Infektionsgefahren vermieden werden können.

#### Zu § 5

Zur Kontaktreduzierung trägt auch die Möglichkeit bei, Gremiensitzungen als Telefon- oder Videokonferenz durchzuführen. Die Hochschulen sind zu verpflichten, die Barrierefreiheit auch in elektronischen Sitzungen, bspw. durch hybride Sitzungsformen, durch Bereitstellung von Technik, oder durch Assistenzkräfte für Teilnehmer mit entsprechendem Bedarf rechtzeitig bedarfsgerecht sicherzustellen und zu kommunizieren. Es muss gewährleistet sein, dass allen Beschäftigten mit Teilnahmerecht eine gleichberechtigte Teilhabe möglich ist. Die Verpflichtung, elektronisch durchgeführte öffentliche Gremiensitzungen durch Bild- und Tonübertragung öffentlich zu machen, mindestens aber über gefasste Beschlüsse zu informieren, unterstützen wir ebenfalls. Jedoch soll Abs. 4 dahingehend präzisiert werden, dass in Satz 2 der Begriff „Öffentlichkeit“ durch „Hochschulöffentlichkeit“ zu ersetzen ist. Alle schriftlichen oder elektronischen Veröffentlichungen sind in jedem Fall barrierefrei zu gestalten.

#### Zu § 9

Elektronische Kontaktnachverfolgung wird bereits an einigen Hochschulen auf der Grundlage von Dienstvereinbarungen praktiziert. Dies befristet an allen Hochschulen zu erlauben, unterstützen wir.

#### Zum Änderungsantrag DS 7/1507

Für die Personalräte von ganz besonderer Bedeutung ist die mit Nr. 3 des Änderungsantrages bewirkte rückwirkende Legitimation von seit dem 01.01.2021 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gefasster Beschlüssen, wenn diese wegen fehlender geeigneter Räume, in denen ein ausreichender Infektionsschutz sichergestellt werden konnte, nicht in Präsenzsitzungen gefasst wurden. Diese Änderung halten wir für außerordentlich wichtig und unterstützen sie ausdrücklich.

Zum Abschluss möchten wir noch eine Bitte äußern:

Sollte wegen des Fortbestehens der Pandemie eine Verlängerung der vorstehenden Regelungen über den 31.12.2021 notwendig werden, bitten wir um rechtzeitige Behandlung im Landtag, damit die Personalratsmitbestimmung auch unter Pandemie-Bedingungen lückenlos gewährleistet bleibt. Wegen der Landtagswahlen im September 2021 schlagen wir vor, die Gültigkeit zumindest für Art. 5 schon jetzt bis 31.03.2022 zu verlängern.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einer Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>GSTB Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GSTB Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0	Postleitzahl, Ort	Fax (0361) 2 20 50 - 50
Name	Organisationsform										
GSTB Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0										
Postleitzahl, Ort	Fax (0361) 2 20 50 - 50										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunalen Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">LKE Zentrum für Hochschulinformation gGmbH</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Verder Str. 6 33332 Gütersloh</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		LKE Zentrum für Hochschulinformation gGmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse	Verder Str. 6 33332 Gütersloh	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	LKE Zentrum für Hochschulinformation gGmbH										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Verder Str. 6 33332 Gütersloh										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	letzte politische Analysen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die vorgeschlagenen Regelungen sollten wie vorgesehen umgesetzt werden. Regelungen, die sich bewährt haben, sollten verfestigt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
frankfurt, 22.2.21	

**CHE**

Centrum für  
Hochschulentwicklung gGmbH  
Verler Straße 6  
D-33332 Gütersloh  
Postfach 105  
D-33311 Gütersloh

# **Stellungnahme des CHE zur Drucksache 7/2285**

**„Zweites Thüringer Gesetz  
zur Umsetzung erforderlicher  
Maßnahmen im Zusammenhang mit  
der Corona-Pandemie“**

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
**7/1053**

zu Drs. 7/2285

Schriftliche Stellungnahme für den  
Innen- und Kommunalausschuss des  
Thüringer Landtags

Februar 2021

**CHE**  
Centrum für  
Hochschulentwicklung

# Hintergrund

Der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht vor, zahlreiche aufgrund der Corona-Pandemie umgesetzte Sonderregelungen zu verlängern, beziehungsweise neu zu installieren. Die vorliegende Stellungnahme konzentriert sich auf ausgewählte Aspekte der vorgeschlagenen Sonderregelungen im Bereich des Hochschulrechts (Artikel 6 und 7).

## Artikel 6 (ThürCorHG)

### § 1 Satzungsermächtigung

Das CHE begrüßt die vorgesehene Möglichkeit, dass Hochschulen in einer befristeten Satzung von bestehenden Satzungen abweichende Regelungen treffen können, wenn dies dazu beiträgt, die Folgen der Corona-Pandemie abzumildern. **Ausnahmesituationen erfordern Ausnahmeregelungen** Ausnahmesituationen erfordern Ausnahmeregelungen. Der gewählte Ansatz erscheint adäquat, damit Hochschulen flexibel, jedoch nicht willkürlich auf die volatile Situation reagieren können.

Der Verzicht auf einen Genehmigungsvorbehalt des Ministeriums erscheint ebenfalls sinnvoll.

### § 4 Amtszeit der Vertreter\*innen in Organen und Gremien

Die Verlängerung der Amtszeit von Vertreter\*innen in Organen und Gremien um bis zu ein Jahr (bislang: ein halbes Jahr) bei einer Verzögerung der Wahl oder des Zusammentritts erscheint zur Sicherung der Kontinuität und Entscheidungsfähigkeit sinnvoll.

## **§ 5 Sitzungen und Beschlüsse**

Das CHE begrüßt außerordentlich die Regelung, dass Sitzungen der Organe und Gremien der Hochschulen auch elektronisch einberufen werden können und inklusive Beschlussfassung auch als Telefon- oder Videokonferenz stattfinden können (selbst dann, wenn die jeweilige Geschäftsordnung des Organs/ Gremiums das nicht explizit vorsieht).

## **§ 6 Nachholung von Studien- und Prüfungsleistungen**

Das CHE unterstützt die vorgesehene Möglichkeit, dass Studierende, die im WS 2020/21 das letzte Fachsemester ihres Studiums absolvieren oder das Studium zum SS 2021 an einer anderen Hochschule fortführen, Prüfungen bis Ende September 2021 nachholen können, wenn diese wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnten.

## **§ 7 Weitergewährung von Stipendien**

Die Weitergewährung von Stipendien der Thüringer Graduiertenförderung bei einer coronabedingten Unterbrechung des Promotionsvorhabens oder des künstlerischen Entwicklungsvorhabens (z.B. aufgrund einer Quarantäne) um bis zu sechs Monate erscheint aus CHE-Sicht sinnvoll.

## **§ 8 Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitungen**

Das Hinausschieben der Gebührenpflicht bzw. der Erlass der Gebühr nach § 4 des ThürHGEG für die Dauer des SS 2020 und des WS 2020/21 erscheint grundsätzlich nachvollziehbar.

Es ist allerdings deutlich darauf hinzuweisen, dass Langzeitgebühren aus Sicht des CHE äußerst problematisch sind. Das CHE tritt durchaus

für eine Beteiligung der Studierenden an den Kosten des Studiums ein,<sup>1</sup> Langzeitgebühren sind jedoch ein völlig ungeeignetes Instrument der Hochschulfinanzierung bzw. der Studienmotivation.

**Langzeitgebühren sind problematisch und nicht sinnvoll**

Sie erbringen außer dem Verhindern von „Scheinstudierenden“ kaum spürbare Vorteile. Der Aufwand steht in keinerlei Verhältnis zu den erwartbaren Einnahmen.

Langzeitgebühren implizieren, am alten Zerrbild des Bummelstudenten orientiert, eine einseitige Schuldzuweisung in Richtung (Langzeit-)Studierende und sie ignorieren die Tatsache, dass das Teilzeitstudium längst eine „zeitgemäße Studienform“<sup>2</sup> darstellt.

Studierende zum Abschluss anzutreiben erscheint anachronistisch im Vergleich zum Ansatz zahlreicher Hochschulen, an den heterogenen Bedürfnissen der Studierenden orientiert ein echtes Qualitätsmanagement mit hochwertigen Lehr- und Betreuungsangeboten zu betreiben.

## Artikel 7 (Thüringer Hochschulgesetz)

### Elektronische Prüfungen

Die Rechtslage zu digitalen Prüfungen („Online-Prüfungen“) hat sich als eine besondere Herausforderung für Hochschulen in der Corona-

<sup>1</sup> Vgl. zur kritischen Rückschau auf die im letzten Jahrzehnt umgesetzten Gebührenmodelle sowie zur Identifikation wesentlicher Lerneffekte und Erfolgsfaktoren Müller, Ulrich; Rischke, Melanie: As Dead as a Dodo? Student Fees in Germany, in: Dorothy Kelly, Jürgen Kohler, Livlu Matel, Terhi Nokkola, Lewis Purser, Sir Peter Scott, Pedro Telxela (Hrsg.): Journal of the European Higher Education Area 4 | 2014, Berlin, 2014, S. 33-68.

<sup>2</sup> Vgl. den entsprechenden HRK-Beschluss vom 17. November 2016: <https://www.hrk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/studieren-in-teilzeit-von-der-notloesung-zur-zeitgemaessen-studienform-4048/>.

Pandemie erwiesen. Bayern,<sup>3</sup> Baden-Württemberg<sup>4</sup> und Nordrhein-Westfalen<sup>5</sup> haben eine landesweite Verordnung umgesetzt, auch Rheinland-Pfalz ist im Begriff, eine solche zu verabschieden. Das CHE begrüßt daher die Änderung des Hochschulgesetzes, die auf eine Etablierung von Prüfungen auch in elektronischer Form und elektronischer Kommunikation abzielt, Chancengerechtigkeit sicherstellt und Rechtsicherheit schafft. Auch die gelisteten erforderlichen Regelungsbestandteile der Prüfungsordnungen erscheinen sinnvoll.

### **Verschiedene Zielsetzungen müssen abgewogen werden**

Es ist hierbei jedoch zu betonen, dass Hochschulen die Regelbestandteile bewusst sind und gerade das Zusammenspiel der unterschiedlichen Zielsetzungen als Herausforderung für die Ermöglichung digitaler Prüfungsformate empfunden wird: Wie können der Datenschutz und die Privatsphäre der Studierenden sichergestellt werden, wenn zugleich etwa durch Videoaufzeichnungen Prüfungsabläufe dokumentiert und „Schummelversuche“ verhindert werden sollen? Diese Unsicherheit führt noch sehr häufig dazu, dass Lehrende auch in der Pandemie weiterhin Präsenzklausuren schreiben lassen – auch gegen den Protest von Studierenden und unter Gefährdung von Studierenden und Personal.

Die Hochschulen brauchen also nicht nur verbindliche Regelungsbestandteile für die Prüfungsordnungen. Vielmehr benötigen Hochschulleitungen und Lehrende Richtlinien, wie die verschiedenen Aspekte in Einklang gebracht werden können. Das Land sollte daher unter Einbeziehung von Landesdatenschutzbeauftragten, Landes-IT-Beauftragten etc. gemeinsam mit den Hochschulen entsprechende Lösungsvorschläge für digitale Prüfungsszenarien erarbeiten.

### **Nicht einfach traditionelle Prüfungen online reproduzieren!**

Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass Online-Proctoring, also die Beaufsichtigung digitaler Prüfungen, nicht unbedingt eine zukunftsweisende Lösung ist, denn sie verlegt lediglich althergebrachte Prüfungsformen in den digitalen Raum. Beaufsichtigung von Prüfungen sind nur dann notwendig, wenn diese als Klausuren konzipiert sind, alternative Prüfungsformate können auf diese i.d.R.

<sup>3</sup> Fernprüfungsverordnung Bayern.

<sup>4</sup> Gesetz über die Hochschulen in Baden-Württemberg § 32 a Online-Prüfungen.

<sup>5</sup> Verordnung zur Bewältigung der durch die Coronavirus SARS-CoV-2-Epidemie an den Hochschulbetrieb gestellten Herausforderungen (Corona-Epidemie-Hochschulverordnung) vom 15.04.2020 § 6 (Fn 2) Online-Prüfungen.

verzichten.<sup>6</sup> Mittelfristig sollten daher auch Anreize und Richtlinien für kompetenzorientiertes Prüfen abseits reiner Online-Klausuren gesetzt werden. Beim kompetenzorientierten Prüfen geht es darum, Aufgaben in Prüfungen so zu gestalten, dass deren Bearbeitung erfordert, dass die Studierenden erlernte Kompetenzen anwenden, beispielsweise über Transferaufgaben oder Fallanalysen.

## Zusammenfassung

Aus Sicht des CHE überzeugen die in der Drs. 7/2285 dargelegten Vorschläge durchweg – sieht man von der Tatsache ab, dass die Langzeitgebühren in Thüringen an sich diskussionswürdig sind.

### Gute Ansätze verstetigen

Angeregt wird die Sonderregelungen dahingehend zu evaluieren, ob sie nicht zumindest in Teilen dauerhaft ins Hochschulrecht eingehen können. Zahlreiche Regelungen wären auch im Dauerbetrieb äußerst sinnvoll und hilfreich (etwa die Möglichkeit, dass Hochschulorgane und -gremien online tagen können, die Möglichkeit, per Mail zu Sitzungen laden zu können oder die Möglichkeit, Prüfungen rechtssicher und auf vergleichbare Art online durchführen zu können) – eine Verstetigung im Hochschulgesetz erscheint in diesen Fällen naheliegend.

<sup>6</sup> Rechtsfragen zu digitalen Prüfungsformaten. Hochschulforum Digitalisierung 2015, online unter [https://hochschulforumdigitalisierung.de/sites/default/files/dateien/HFD%20AP%20Nr%207\\_Rechtsfragen%20zu%20digitalen%20Lehrformaten.pdf](https://hochschulforumdigitalisierung.de/sites/default/files/dateien/HFD%20AP%20Nr%207_Rechtsfragen%20zu%20digitalen%20Lehrformaten.pdf).

# Impressum

## Herausgeber

CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung  
Verler Straße 6  
D-33332 Gütersloh

## Autor\*innen

Leiter politische Analysen  
Projektmanagerin „Hochschulforum Digitalisie-  
rung“

## Kontakt

Telefon:  
Telefax:  
E-Mail:  
Internet: [www.che.de](http://www.che.de)

Heute steht ein Studium nahezu jedem offen.

Hochschulen und Politik müssen ein erfolgreiches Studium ermöglichen. Wir bieten ihnen dafür Impulse und Lösungen.

Alle Studieninteressierten sollen das passende Angebot finden. Wir bieten ihnen die dafür nötigen Informationen und schaffen Transparenz.

## Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

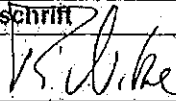
*Bitte gut lesend ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><b>Stadt Jena</b></td> <td><b>Gemeinde</b></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><b>Stadt Jena</b></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><b>Am Anger 15</b></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><b>07743 Jena</b></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<b>Stadt Jena</b>	<b>Gemeinde</b>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Stadt Jena</b>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Am Anger 15</b>	Postleitzahl, Ort	<b>07743 Jena</b>
Name	Organisationsform										
<b>Stadt Jena</b>	<b>Gemeinde</b>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Stadt Jena</b>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Am Anger 15</b>										
Postleitzahl, Ort	<b>07743 Jena</b>										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse          (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)       </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

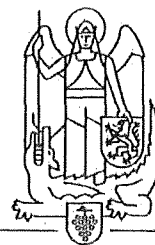
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<b>Oberbürgermeister</b>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die vorgeschlagenen Regelungen werden im Wesentlichen befürwortet. Zum Verteilungsmaßstab nach § 2a Abs. 2 ThürStaKoFiG (neu) wird eine Änderung vorgeschlagen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 23.02.2021	

Dr. Thomas Nitzsche  
Oberbürgermeister  
Stadt Jena



An den  
Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

per E-Mail an:  
poststelle@thueringer-landtag.de

THÜR. LANDTAG POST  
24.02.2021 08:45

W713/21

STADT JENA  
DER OBERBÜRGERMEISTER

Postanschrift:  
PF 100 338 · 07703 Jena

Besucheranschrift:  
Am Anger 15 · 07743 Jena

Jena, 23.02.2021

**Stellungnahme im Anhörungsverfahren nach § 79 GO des Thüringer Landtags  
zum  
Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im  
Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (Drucksache 7/2285)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen herzlich für die Gelegenheit, zum o.g. Gesetzentwurf und zum Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen Stellung zu nehmen.

Angesichts der fortdauernden Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens durch die Corona-Pandemie unterstützen wir es sehr, dass mit diesem Gesetzentwurf in Form zusätzlicher Mittel zur Kompensation von Steuerausfällen der Gemeinden, aber auch durch Erleichterungen im Haushaltsrecht die Thüringer Kommunen weiter unterstützt werden. Zu den die doppisch buchenden Kommunen betreffenden Regelungen möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

**Zur Änderung des ThürStaKoFiG (Artikel 1)**

Auch in 2021 den Gemeinden Steuerstabilisierungszuweisungen zu gewähren, ist absolut notwendig und begrüßenswert. Der Gesamtbetrag in Höhe von 80 Mio. € erreicht zwar nicht ganz den Umfang des nach Steuerschätzung November 2020 zu erwartenden Ausfalls bei Einkommens-, Umsatz- und Gewerbesteuer (netto) gegenüber der Steuerschätzung von Herbst 2019 von 114 Mio. €, aber vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Erhöhung der Schlüsselmassen im Kommunalen Finanzausgleich halten wir dies für angemessen. Wir sind überzeugt, dass eine

Steuerstabilisierung in ähnlicher Größenordnung auch mindestens 2022 noch notwendig sein wird.

Ebenso erachten wir es für sinnvoll, das Gesamteueraufkommen in den Verteilungsmaßstab einzubeziehen und nicht nur die Gewerbesteuer.

Kritisch zu sehen ist allerdings der gewählte Verteilungsmaßstab anhand des Steueraufkommens von 2019, also nur eines einzigen Jahres (§ 2a Abs. 2 ThürStaKoFig). Angesichts der starken Schwankungen im Gewerbesteueraufkommen, die häufig auf Zufälligkeiten wie die Bearbeitungsreihenfolge von Vorgängen durch die Finanzämter zurückgehen, ist der Mittelwert des Steueraufkommens mehrerer Jahre ein sinnvollerer Verteilungsmaßstab. Wir möchten daher anregen, wieder wie bei den Steuerstabilisierungszuweisungen im Jahr 2020 den Mittelwert der (Vor-Corona-)Jahre 2017 bis 2019 als Verteilungsmaßstab zu verwenden.

Insbesondere für kleine Gemeinden kann es zwischen einzelnen Jahren zu extremen Schwankungen bei der Gewerbesteuer kommen, aber auch bei Gemeinden mit über 1.000 EinwohnerInnen finden sich 14 Fälle mit Abweichungen von über 20% im Gesamteueraufkommen zwischen dem Jahr 2019 und dem Durchschnitt 2017-2019. Hierzu haben wir auf der Basis der vom Thüringer Landesamt für Statistik veröffentlichten Umlagegrundlagen<sup>1</sup> der Schlüsselzuweisungen 2021 eine Abschätzung vorgenommen.

### **Zur Änderung des ThürKDG (Artikel 3 und Vorlage 7/1507 Nr. 2)**

Die Ausnahmeregelungen von § 40 b ThürKDG auf 2021 zu verlängern, schätzen wir als sehr sinnvoll ein.

Die von den Koalitionsfraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen angestrebten neuen Absätze 3 und 4 zu § 40 b ThürKDG begrüßen wir ebenfalls sehr. Hiermit soll für Kommunen, die Corona-bedingt erstmals 2021 keine Möglichkeit zum Haushaltsausgleich haben, die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts (HSK) befristet ausgesetzt werden. Damit werden diese Kommunen in 2021 nicht dem Zwang ausgesetzt, angesichts der andauernden Coronakrise und unter erheblichem Zeitdruck ein HSK zu beschließen.

Soweit die Haushaltsprobleme auch noch über 2022 hinaus andauern, ist es mit Sicherheit angemessen und notwendig, in den Prozess der Verabschiedung, Umsetzung und Fortschreibung eines HSK einzutreten. Dies ist uns als einer der betroffenen Städte bewusst und dazu sind wir auch bereit.

Aufmerksam machen möchten wir Sie als Gesetzgeber, aber auch die Landesregierung, auf den großen Auslegungsspielraum, den der neue Absatz 3 sicherlich bietet. Insbesondere die Voraussetzung, dass zu seiner Anwendung „...im Finanzplanungszeitraum von einer ordnungsgemäßen Haushaltswirtschaft auszugehen ist“, kann von den Rechtsaufsichtsbehörden in der Praxis sehr unterschiedlich interpretiert werden.

Wir gehen davon aus, dass mit dem neuen Absatz 3 nicht nur beabsichtigt ist, den

<sup>1</sup> <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge001628>

Begriff „Haushaltssicherungskonzept“ zu vermeiden, sondern auch, materielle Erleichterungen gegenüber dem Umfang an Konsolidierungsmaßnahmen eines solchen zu erreichen (siehe Satz 1 der Begründung zu Nummer 2). Wir bitten insbesondere das TMIK darum, dies gegenüber den Rechtsaufsichtsbehörden zu kommunizieren.

Wir hoffen, dass Ihnen diese Hinweise in Ihrer weiteren Entscheidungsfindung nützlich sein können. Für weitere Rückfragen und Diskussionen stehen ich selbst, Finanzdezernent Benjamin Koppe sowie Fachdienstleiter Haushalt und Controlling Martin Berger sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie - Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Bauhaus-Universität Weimar</td> <td style="border: none;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Geschwister-Scholl-Str. 8</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bauhaus-Universität Weimar	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister-Scholl-Str. 8	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Bauhaus-Universität Weimar	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister-Scholl-Str. 8									
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	universitäre Lehre und Forschung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- Stellungnahmen erfolgten zu Artikel 5, Artikel 6 und Artikel 7 - grundsätzliche Befürwortung der Regelungen Art. 5, Art. 6 §§ 1 - 9 sowie Art. 7 - Bitte um Konkretisierung von Art. 6 § 5 - ergänzende Hinweise zu Art. 6 § 6 sowie § 9 - Ergänzend wurde die Erarbeitung einer thüringenweit einheitlichen Regelung zur Verlängerung der individuellen Regelstudienzeit insbesondere für Bafög-Empfänger erbeten. Zudem wurde die Kompensation von Mindererinnahmen erbeten (Langzeitstudiengebühren).	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Weimar, 01.04.2021	

24. Februar 2021

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST  
25.02.2021 14:47

4994/2021

Der Präsident

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie | Entwurf der Stellungnahme**  
- Drucksache 7/2285 -

Sehr geehrter Herr Stöffler,

vielen Dank für die Übersendung des Gesetzentwurfs; gern nehmen wir hierzu wie unten folgt Stellung.

Bitte erlauben Sie uns darüber hinaus, auf die Verlängerung der individuellen (Regel)Studienzeit einzugehen. Eine thüringenweite einheitliche Regelung zur Verlängerung der nach § 52 Absatz 5 ThürHG bereits möglichen Nichtanrechnung von Semestern auf die Regelstudienzeit (Fachsemester) wäre insbesondere für Bafög-Empfänger sehr zu begrüßen. Zu klären wäre außerdem, ob die Nichtanrechnung von Semestern auf die Regelstudienzeit auch für Teilzeitstudierende gelten würde. Die damit für die Hochschulen einhergehenden Mindereinnahmen in den Langzeitgebühren sollten ministerienseitig kompensiert werden.

**Artikel 5 Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes**

- Die vorgesehene Verlängerung des § 37 Abs. 5 ThürPersVG bis zum 31. Dezember 2021 wird begrüßt. Die Verlängerung ermöglicht es dem Personalrat, Beschlüsse mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung, Telefon- oder Videokonferenz zu fassen.

**Artikel 6 Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich (ThürCorHG)**

**§ 1 Satzungsermächtigung**

- Die Regelung wird begrüßt.

**§ 2 Sonderregelung zum Berichtswesen**

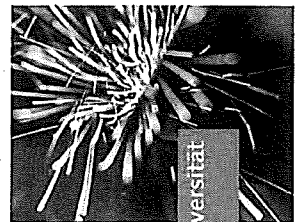
- Die Regelung wird sehr begrüßt.

**§ 3 Sonderregelung zum Jahresabschluss**

- Die Regelung wird sehr begrüßt.

**§ 4 Amtszeit der Vertreter in Organen und Gremien der Hochschule und der Studierendenschaft**

- Die Regelung wird begrüßt.



Bauhaus-Universität  
Weimar

Geschwister-Scholl-Straße 8  
99423 Weimar

Postanschrift  
99421 Weimar  
Deutschland

[www.uni-weimar.de](http://www.uni-weimar.de)

## **§ 5 Sitzungen und Beschlüsse von Hochschulorganen und -gremien**

- Die Regelung wird prinzipiell begrüßt. In Absatz 2 sollte zusätzlich klargestellt werden, dass Sitzungen auch in Mischformen zulässig sind (etwa Präsenzsitzungen mit der Möglichkeit der Zuschaltung weiterer Mitglieder per Telefon/Video).
- Absatz 4 Satz 2 sollte ebenfalls ergänzt werden. Die Entscheidungsbefugnis über den Ausschluss der jeweiligen Öffentlichkeit (z.B. Universitäts- oder Fakultätsöffentlichkeit) von der Sitzung sollte dem Vorsitzenden des jeweiligen Organs oder Gremiums bereits bei Vorbereitung der Sitzung obliegen.

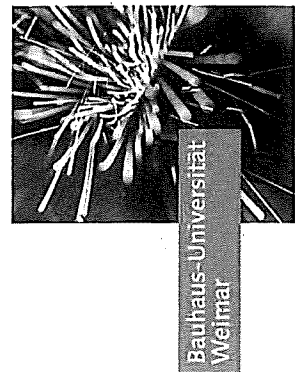
Der Präsident

## **§ 6 Nachholung von Studien- und Prüfungsleistungen**

- keine Anmerkungen

Ergänzend möchten wir auf Folgendes hinweisen:

Eine Ermächtigungsgrundlage für „Online-Prüfungen“, wie sie noch Art. 14 § 6 des Thüringer Gesetzes zur Abmilderung von Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich vom 11. Juni 2020 fixierte, ist im vorliegenden Gesetzesentwurf nicht mehr enthalten. Einer solchen Regelung bedarf es grundsätzlich nicht, sofern die Prüfungsordnungen die Durchführungen von Prüfungen auch in Online-Formaten gestatten. Online-Prüfungen sind keine eigene Prüfungsart; schriftliche, mündliche und elektronische Prüfungen können als Online-Prüfungen erfolgen. Die Prüfungsart ist primär kompetenz- und nicht formorientiert zu bestimmen. Gleichwohl ist nunmehr mangels eigengesetzlicher Rechtsgrundlage jede Hochschule aufgerufen, im Rahmen einer Einzelfallbeurteilung zu eruieren, ob dennoch gesonderte Rechtsgrundlagen erforderlich sind, etwa weil die Prüfungsordnung räumliche Anwesenheit vorsieht.



## **§ 7 Weitergewährung von Stipendien der Thüringer Graduiertenförderung**

- Die Regelungen werden prinzipiell begrüßt. Wir weisen jedoch darauf hin, dass die zusätzliche Finanzierung der Stipendien nicht gesichert ist: Die Stipendien-Mittel an der Bauhaus-Universität Weimar sind nach der Vergabeentscheidung der Stipendienkommission (März 2021) bereits für die Förderung neuer Stipendiatinnen und Stipendiaten vorgesehen. Vorgehalten wird lediglich ein geringerer Betrag für Änderungen in der Förderung wie mögliche künftige Kinderzuschläge o.ä.
- Dessen ungeachtet führen pandemiebedingte Herausforderungen (u.a. Einschränkungen bei der Nutzung universitärer Einrichtungen, Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen) zu Verlängerungsanträgen für ein 4. Förderjahr innerhalb der Möglichkeiten, die die Thüringer Graduiertenförderung bereits ungeachtet des ThürCorPanG bietet.

## **§ 8 Sonderregelungen zu Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung**

- Die Regelung wird prinzipiell begrüßt, ist jedoch hinsichtlich einer Kompensation des Einnahmenverlustes auf Seite der Universität zu konkretisieren.

Die Regelung führt zu einem fortdauernden Einnahmeverlust auf Seiten der Hochschulen; bei der Bauhaus-Universität Weimar i.H.v. 100.000,- Euro pro Jahr. Diese Einnahmen sind nach § 2 Abs. 2 ThürHGEG für die Verbesserung von Studium und Lehre einzusetzen. Die Hochschulen konnten hierfür keine Vorsorge treffen. Es wird darum gebeten, die Einnahmeverluste ministeriumsseitig zu kompensieren (Fairnessgebot und Lastenverteilung).

## **§ 9 Kontaktnachverfolgung der Hochschulen und des Thüringer Studierendenwerks**

- Die Regelungen werden prinzipiell begrüßt, da sie eine Rechtsgrundlage für die elektronische Kontaktnachverfolgung an den Thüringer Hochschulen schaffen. Da Kontaktnachverfolgungen pandemiebedingt bereits weitestgehend erfolgen, wird eine rückwirkende Inkraftsetzung dieser Regelung angeregt.

Der Präsident

## **Artikel 7 Änderung des Hochschulgesetzes**

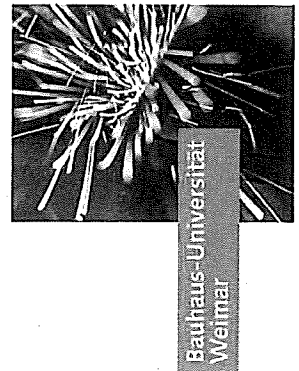
- Die Änderungen des § 11 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 5 ThürHG werden begrüßt.
- Die Regelung des Art. 7 Nr. 2, mithin die Ergänzung des § 55 Abs. 2 ThürHG, ist, sind zu konkretisieren.

Das Regelungsziel eines datenschutzkonformen Prüfungsverfahrens sollte nicht zu Lasten vergleichbarer Standards gehen. Gleichwohl lassen die Regelungen nicht erkennen, welche Mindestanforderungen der Gesetzgeber an deren Umsetzung stellt. So bleibt unklar, welche Maßnahmen zu „Missbrauchs- und Täuschungsversuchen“ der Gesetzgeber für erforderlich hält, um dem Regelungsziel eines datenschutzkonformen Prüfungsverfahrens zu entsprechen. Gleiches gilt für die doch eher pauschale Forderung von „Maßnahmen zur Sicherung des Datenschutzes“. Vergleichbare Standards könnten hier im Wege der Aufnahme von Regelbeispielen erzeugt werden.

Es wird angeregt, eine Arbeitsgruppe einzuberufen, die eine zwischen den Thüringer Hochschulen und dem TMWWDG abgestimmte Umsetzung dieser pauschalen Anforderungen erarbeitet. Neben der Vertretung aus Studium und Lehre sollten ebenso Datenschutzbeauftragte, Prüfungsrechtler und IT-Verantwortliche mitwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident



**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Gesellschaft Erziehung &amp; Wissenschaft Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>GEWS Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heinrich-Mann-Straße 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 GutsMuths</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gesellschaft Erziehung & Wissenschaft Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	GEWS Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Straße 22	Postleitzahl, Ort	99096 GutsMuths
	Name	Organisationsform									
		Gesellschaft Erziehung & Wissenschaft Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	GEWS Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Straße 22									
Postleitzahl, Ort	99096 GutsMuths										
Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
<b>3.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td style="width: 50%;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	betriebliche & quarkschafliche Inkassenverwaltung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Grundsätzliche Zustimmung, einige Änderungsanträge zur weiteren Verbesserung	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

## Anlage 4

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ghett, 25.03.2021	

// Vorsitzende //

GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Vorsitzende

Telefon:  
Telefax:  
Mobil:

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
**7/1065**

zu Drs. 7/2285

Erfurt, 25. Februar 2021

**Stellungnahme der GEW Thüringen zum Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die GEW Thüringen bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie DS 7/2285 und dem zugehörigen Änderungsantrag DS 7/1507 Stellung zu nehmen.

Die mit Art. 5 des Gesetzentwurfes bewirkte Verlängerung der Möglichkeit, wirksame Beschlüsse des Personalrates auch im Umlaufverfahren, in Video- oder Telefonkonferenzen zu fassen, findet die volle Zustimmung der GEW. Wegen der im September stattfindenden Landtagswahlen halten wir es jedoch für angeraten, die Regelung vorsorglich über den 31.12.2021 hinaus bis zum 31.03.2022 zu verlängern. Damit werden die Personalräte in die Lage versetzt, auch beim Fehlen der für Präsenzsitzungen derzeit erforderlichen großen Räume unter Einhaltung des Infektionsschutzes förmlich korrekte Beschlüsse zu fassen. Die im Änderungsantrag DS 7/1507 vorgeschlagene rückwirkende Gültigkeit zum 31.12.2020 unterstützen wir ausdrücklich. Die GEW hält dies für unbedingt erforderlich, um die durch die im Dezember unterbliebene Beschlussfassung im Landtag entstandene zeitliche Regelungslücke vom 01.01.2021 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes mangels geeigneter Räume im nicht in Präsenzsitzungen gefassten Beschlüsse nachträglich zu legitimieren.

Mit Art. 6 des Gesetzentwurfes werden zeitlich befristete Lösungen für die Abmilderung pandemiebedingter Auswirkungen ermöglicht.

Die mit § 1 eröffnete Möglichkeit, durch Satzung an den Hochschulen abweichende Regelungen zu treffen, hält die GEW für zweckdienlich. Die Dauer dieser Ausnahmeregelungen muss dabei unbedingt auf die Zeit begrenzt werden, in der Folgen der Corona-Pandemie tatsächlich nachwirken.

Dass die von den Hochschulen und dem Studierendenwerk laut ThürHG vorzulegenden Berichte und Jahresabschlüsse entsprechend den §§ 2 und 3 erst zu einem späteren Zeitpunkt verlangen werden, findet die Zustimmung der GEW. Dadurch wird eine bessere Verteilung der Arbeitslast erreicht und erleichtert die Arbeit der Beschäftigten, die derzeit unter erschwerten Bedingungen arbeiten, ohne Abstriche an der Qualität in Kauf nehmen zu müssen.

Auch die Verlängerung der Amtszeit in § 4 findet unsere Zustimmung, wenn damit zusätzliche Infektionsgefahren durch Wahlen in Präsenz vermieden werden können.

Die mit § 5 geschaffene Möglichkeit, Gremiensitzungen als Telefon- oder Videokonferenz durchzuführen, findet ebenfalls die Zustimmung der GEW. Es muss aber gewährleistet sein, dass allen Beschäftigten mit Teilnahmerecht eine gleichberechtigte Teilhabe möglich ist. Deshalb unterstützt die GEW die enthaltene Verpflichtung, elektronisch durchgeführte öffentliche Gremiensitzungen durch Bild- und Tonübertragung öffentlich zu machen, mindestens aber über gefasste Beschlüsse zu informieren. Sowohl in den übertragenen Sitzungen als auch den schriftlichen oder elektronischen Veröffentlichungen der Ergebnisse ist darauf zu achten, dass sie allen Mitgliedern der Hochschule barrierefrei zugänglich sind. Eine diesbezügliche Verpflichtung im Gesetz hält die GEW für unverzichtbar. Eine elektronische Kontaktnachverfolgung, wie sie durch § 9 ermöglicht werden soll, wird bereits an einigen Hochschulen auf der Grundlage von Dienstvereinbarungen nach dem ThürPersVG praktiziert. Grundsätzlich kann diese Regelung für den gesamten öffentlichen Dienst Anwendung finden, nicht nur an Hochschulen.

Von ganz besonderer Bedeutung ist für die Personalräte die mit Nr. 3 des Änderungsantrages DS 7/1507 bewirkte rückwirkende Legitimation von seit dem 01.01.2021 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gefasster Beschlüssen. Viele Personalräte konnten wegen fehlender geeigneter Räume, in denen ein ausreichender Infektionsschutz sichergestellt werden konnte, häufig nicht in Präsenzsitzungen zusammenkommen, mussten aber dennoch ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen und dazu Beschlüsse fassen. Sie haben deshalb auf die bereits bewährten Ausnahmeregelungen des Jahres 2020 zurückgegriffen und sollen darauf vertrauen dürfen, dass sie auch in der Zeit nach dem 31.12.2020 rechtmäßig gehandelt haben. Die GEW hält diesen Änderungsantrag für außerordentlich wichtig und unterstützt ihn ausdrücklich.

Mit freundlichen Grüßen

499312021

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

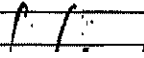
Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> <b>Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b> <b>- Drucksache 7/2285 -</b>											
1.	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Friedrich-Schiller-Universität Jena</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Fürstengraben 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Friedrich-Schiller-Universität Jena	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fürstengraben 1	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
Name	Organisationsform										
Friedrich-Schiller-Universität Jena	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fürstengraben 1										
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> : Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> : Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> : Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Wissenschaft (Forschung und Lehre)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- grundsätzliche Zustimmung - Anmerkungen zum Inkrafttreten (rückwirkendes Inkrafttreten erforderlich) - Anmerkungen zur bisher nicht festgestellten Regelstundenzulverlängerung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

# Anlage 4

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 25.2.21	

THÜR. LANDTAG POST  
25.02.2021 14:09



FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA

4979/2021

Universität Jena · Präsident · 07737 Jena

Thüringer Landtag  
- Innen- und Kommunalausschuss -  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Fürstengraben 1  
07743 Jena

Telefon: 036 41 9-401000  
Telefax: 036 41 9-401002  
E-Mail:

per E-Mail: [poststelle@landtag.thueringen.de](mailto:poststelle@landtag.thueringen.de)

Jena, 25. Februar 2021

**Anhörung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**  
*Stellungnahme der Friedrich-Schiller-Universität Jena*

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit, zu dem Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Stellung nehmen zu können, darf ich mich bedanken. Die Stellungnahme für die Friedrich-Schiller-Universität Jena bezieht sich dabei auf die Artikel 6 und 7 sowie Artikel 9 des Gesetzentwurfes.

**I. Artikel 6 - Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich (ThürCorHG)**

1. Die im Entwurf vorgeschlagenen Regelungen, mit denen die bereits mit dem Ersten Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich (ThürCorHG) eingeführten Regelungen verlängert werden, werden von der Universität Jena ausdrücklich begrüßt. Damit kann gewährleistet werden, dass insbesondere der Lehrbetrieb unter den besonderen Bedingungen der Pandemie rechtssicher durchgeführt werden kann und zudem die Arbeitsfähigkeit der Universitäten weiterhin gewährleistet wird.

2. Noch nicht enthalten ist in dem Entwurf die öffentlich diskutierte Regelung zur Verlängerung der Regelstudienzeit. Sofern eine solche Änderung und Ergänzung des Entwurfs noch erfolgen soll, ist aus Sicht der Universität Jena hierzu folgendes anzumerken:

Auch wenn die praktische Bedeutung einer solchen Regelung für viele Studierende – mit Ausnahme einer notwendigen Verlängerung des Anspruchs auf BAföG, was durch die Universität Jena auch nachdrücklich unterstützt wird – möglicherweise eher gering sind, auch da bestehende Nachteile durch die von der Universität bereits erlassenen Satzungsregelungen umfänglich ausgeglichen werden können, erkennt die Universität Jena das nachvollziehbare Bedürfnis der Studierenden an, dass die pandemiebedingten Nachteile so gering wie möglich gehalten werden. Die Verlängerung der individuellen Regelstudienzeit kann hierzu einen Beitrag leisten.

Unabhängig davon ist an geeigneter Stelle klarzustellen, dass die in den einzelnen Ordnungen der Hochschulen satzungsrechtlich festgelegten und in den amtlichen Statistiken nach dem Hochschulstatistikgesetz geführten Regelstudienzeiten der einzelnen Studiengänge hiervon



unberührt bleiben und kapazitätsrechtliche Auswirkungen vermieden werden. Nur für den einzelnen Studierenden, der in dem jeweiligen Semester immatrikuliert ist, gilt eine davon abweichende „individuell verlängerte“ Regelstudienzeit. Die konkrete administrative Umsetzung ist dabei den Hochschulen zu überlassen.

Schließlich ist zu vermeiden, dass es – im Zusammenspiel mit dem bereits vorgesehenen Hinausschieben der Gebührenpflicht bei Regelstudienzeitüberschreitung – hierdurch zu einer Doppel-Berücksichtigung kommt.

## II. Artikel 7 – Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes

Die – dauerhafte – Aufnahme einer Ermächtigungsgrundlage für die Durchführung von elektronischen Prüfungen („Prüfungen in elektronischer Form und in elektronischer Kommunikation“) in das Hochschulgesetz wird ausdrücklich begrüßt. Aufgrund der in den letzten beiden Semestern gewonnenen praktischen Erfahrungen, Prüfungen auch im Online-Modus durchzuführen, ist davon auszugehen, dass zukünftig auch unabhängig von den Pandemiebedingungen hiervon im Rahmen der digitalen Hochschulen verstärkt Gebrauch gemacht werden wird. Mit der Neuregelung wird dies ermöglicht.

Zutreffend sollten auch die näheren Regelungen zur datenschutzkonformen Durchführung in den jeweiligen Prüfungsordnungen der Hochschulen getroffen werden.

## III. Artikel 9 – Inkrafttreten/ Außerkrafttreten

Nach Absatz 2 soll Artikel 6 am 1. April 2021 in Kraft treten. Damit würde jedoch hinsichtlich der Regelungen für die Gebührenpflicht bei Regelstudienzeitüberschreitung für das Wintersemester 2020/21 eine rechtliche Unsicherheit entstehen.

Nachdem bereits das Erste Corona-Mantelgesetz in Artikel 14 § 9 vorsah, dass die Zahlungspflicht um ein Semester hinausgeschoben wird und Studierende, die im Sommersemester 2020 gebührenpflichtig waren, einen Anspruch auf Erlass (und damit auf Erstattung) hatten, ist eine vergleichbare Regelung nunmehr für das Wintersemester 2020/21 vorgesehen. Während jedoch die den Hochschulbereich betreffenden Regelungen (und damit auch die zu den Langzeitstudiengebühren) im Ersten Corona-Mantelgesetz gemäß Artikel 19 Abs. 2 rückwirkend zum 1. April 2020 und damit zu Beginn des Sommersemester 2020, in dem die Regelung gelten soll, in Kraft traten, ist dies für das 2. Corona-Mantelgesetz nicht vorgesehen. Um für die Studierenden die notwendige Rechtssicherheit hinsichtlich des Hinausschiebens der Gebührenpflicht sowie des Erlasses zu schaffen, müsste nach Auffassung der Universität zumindest Artikel 6 § 8 rückwirkend zum 1. Oktober 2020 in Kraft treten.

Für Rückfragen und ergänzende Auskünfte stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

25 7/1087

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  
- Drucksache 7/2285 -

1. Haben Sie sich als **juristische Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

FH ERFURT

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Postleitzahl, Ort

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	REKTOR, FHE	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	1. Ablehnung der Aussetzung der Lernst- studiengebühren 2. Ablehnung der individuellen Regelstudienzeit- regelungen 3. Reduktionelles	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte transparenten Dokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Elberfeld 11.03.21</i>	

Erfurt, 24.02.2021

---

## **Stellungnahme zum Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Sehr geehrter

die Hochschule ist aufgefordert bis zum 25.02.2021 zu dem oben genannten Gesetz Stellung zu nehmen.

### **I. Artikel 6**

#### **1. § 6 Nachholung von Studien- und Prüfungsleistungen**

Die Hochschule empfiehlt den Passus „sofern die Zulassung zu den entsprechenden Lehrveranstaltungen im Wintersemester 2020/21 fristgerecht erfolgt ist“ durch folgende Formulierung zu ersetzen „sofern die Zulassung zu den entsprechenden **Prüfungen** im Wintersemester 2020/21 fristgerecht erfolgt ist“

Das Prüfungsrechtsverhältnis beginnt mit Anmeldung und Zulassung zur Prüfung. Dies ist nicht zwingend gleichlaufend mit der Zulassung zu einer Lehrveranstaltung.

#### **2. § 8 Regelungen zu Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung**

Die Hochschule spricht sich gegen eine Verlängerung von Artikel 6 § 8 Sonderregelungen zu Gebühren bei Regelzeitüberschreitung aus.

Die nochmalige Aussetzung der Langzeitstudiengebühren würde erneut zu erheblichen Verwaltungsaufwand sowie Einnahmefehlern bei der Hochschule führen. Für das gesamte Jahr 2020 würden der Fachhochschule ca. 220.000 € fehlen. Die Ausfälle haben in erster Linie Auswirkungen auf die Angebote zur Verbesserung des Studiums, da gerade die Einnahmen aus der Regelzeitüberschreitung zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden sollen. Eine fehlende Kompensation durch das Land wird sich somit nachteilig auf die Studienbedingungen auswirken.

In § 4 Abs. 6 ThürHGEG befindet sich zudem eine Regelung, die der Corona-Pandemie hinreichend Rechnung trägt. Sofern ein\*e Studierende\*r die Regelstudienzeit inkl. Toleranzsemester aufgrund der Corona-Pandemie überschreitet, kann die Gebühr auf Antrag aufgrund unbilliger Härte erlassen werden. Eine weitergehende Regelung ist nicht notwendig.

### **II. Artikel 7**

In dem Gesetzentwurf werden prüfungsrechtliche Begrifflichkeiten vermischt. Dies sollte im Gesetzestext als auch in der Begründung klargestellt werden. Eine elektronische Prüfung ist kein Synonym für eine Online-Prüfung, sondern eine eigene Prüfungsart, bei der die Prüfungsantwort am Computer mittels eines Prüfprogramms unmittelbar in ein Datenverarbeitungssystem der Prüfungsbehörde eingegeben wird. Eine Online-Prüfung ist dagegen eine Prüfung mit elektronischen Informations- und Kommunikationsmitteln, bei der Prüfer und Prüfling sich in unterschiedlichen, nicht offiziellen Prüfungsräume befinden. Die Hochschule empfiehlt für Online-Prüfungen besser die Begrifflichkeiten „Fernprüfung“ oder „Distanzprüfung“ zu verwenden.

Auch stellt die Regelung aus Sicht der Hochschule keine hinreichende Ermächtigungsgrundlage für die Datenverarbeitung dar. Insbesondere das Problem der Freiwilligkeit einer datenschutzrechtlichen Einwilligung in einem bestehenden Machtverhältnis wird mit der Regelung nicht gelöst. Hier sollte vom Land ein einheitlicher Rahmen für alle Hochschulen vorgegeben werden. Die Sicherstellung des Datenschutzes auf die Hochschulen zu übertragen, ist hier nicht sachgerecht.

### **III. Individuelle Regelstudienzeit**

Minister Tiefensee hat mit einer Pressemitteilung am 08.02.2021 bekannt gegeben, dass das Land eine individuelle Regelstudienzeit für Studierende ermöglichen will.

Dabei geht wahrscheinlich nicht um die Verlängerung der Regelstudienzeit, die untrennbar mit einem Studiengang verbunden ist, sondern um die nach § 52 Absatz 5 ThürHG schon jetzt mögliche Nichtanrechnung von Semestern auf die Regelstudienzeit. Dies würde insbesondere den BAföG-Empfängern eine verlängerte Förderung ermöglichen, was sehr begrüßenswert wäre. Sofern dies allerdings der einzige Grund für solch eine Regelung ist, könnten man dieses Ziel auch auf anderem Weg erreichen als mit einer Regelung zur individuellen Regelstudienzeit.

Praktisch würde die Regelung bedeuten, dass Hochschulsemester, die chronologisch zählen, weiterlaufen, die Fachsemester jedoch nicht. Sie würden – wie bei Urlaubssemestern – für das Semester eingefroren.

Bei einer solchen Regelung stellt sich die Fragen inwieweit diese Auswirkungen auf die Hochschulstatistik und die Anwendung des Parameters Regelstudienzeit plus 2 auf die ZLV hat. Durch die faktische Reduzierung der Fachsemester würde die Langzeitgebührenpflicht – neben der jetzt aufgrund von Corona bereits ausgesetzten Gebühren wegen Regelstudienzeit-Überschreitung – langfristig weiter hinausgeschoben und führte damit auch zukünftig zu weiteren Einnahmeausfällen als bereits oben beschrieben.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN.		
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	IG Metall, Bezirksleitung Mitte	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wilhelm-Leuschner-Straße 93
	Postleitzahl, Ort	60329 Frankfurt am Main
<b>2.</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>

25 7/1089

## Formblatt zur Datenerhebung

## nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  
- Drucksache 7/2285 -

1. Haben Sie sich als **Vertreter einer juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

IK Immenau

ZI Thür HG  
Körperschaft öR. + statische Einigung

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Elweitzgsm. 25

Postleitzahl, Ort

98684 Immenau

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kanzler	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Gesetz begreift klare Unterscheidung in Prüfungsrecht aufgeführt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
München, 10.05.21	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>TBB. BEAMTENBLIND UND TABIFUNION THÜRINGEN</td> <td>ZIV. (VERBAND)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>ECHARDTSTEDTER STR. 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFTURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB. BEAMTENBLIND UND TABIFUNION THÜRINGEN	ZIV. (VERBAND)	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	ECHARDTSTEDTER STR. 3	Postleitzahl, Ort	99084 ERFTURT		
Name	Organisationsform												
TBB. BEAMTENBLIND UND TABIFUNION THÜRINGEN	ZIV. (VERBAND)												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	ECHARDTSTEDTER STR. 3												
Postleitzahl, Ort	99084 ERFTURT												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND i.S. § 85 THÜR BG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Empfehlung, Beschlüsse des PR jetzt in Parlamentarischer Form per Umkleid zu ergreifen ist wichtig und überfällig.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 6 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

#### Anlage 4

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidoK)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 26.02.2021	



**tbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

**Landesvorsitzender**

Per E-Mail

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Ministerialrat Stöffler  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
26.02.2021 14:23

5162/21

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften  
und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9  
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521

Telefax: 0361.6547522

E-Mail: [post@dbbth.de](mailto:post@dbbth.de)

[www.thueringer-beamtenbund.de](http://www.thueringer-beamtenbund.de)

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom  
21. Januar 2021

Datum  
26. Februar 2021

## **Zweites Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Anhörungsverfahren gemäß § 79 GO Thüringer Landtag

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme.

Mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.12.2020, sollte die befristete Sonderregelung in § 37 Abs. 5 ThürPersVG zeitlich lückenlos für das Jahr 2021 verlängert werden. Klar geworden ist zwischenzeitlich, dass die Regelung des § 37 Abs. 5 ThürPersVG zum Jahresschluss 2020 keine Änderung erfuhr. So sind nach unserer Auffassung seit dem 01.01.2021 im Personalrat keine Umlaufbeschlüsse mehr möglich gewesen. Die Personalräte mussten Beschlüsse wieder in Präsenzsitzungen fassen. Nach allgemeiner Auffassung kann die Beschlussfassung nur in einer (ordnungsgemäß einberufenen und durchgeführten) Sitzung des Personalrats erfolgen, was sich aus einem Zusammenspiel der Formulierung "anwesend" in § 37 Abs. 1 Satz 1 ThürPersVG und aus dem Fehlen einer Ausnahmeregelung, ergibt. Beschlüsse, die nicht auf diese Weise zustande kommen, leiden an einem Formfehler und sind „schwebend unwirksam“. Dies hat in der Personalräten zu großer Unruhe geführt, da neben der Diskussion über die Notwendigkeit der Beschlussfassung in Präsenz auch vielfach keine Einigung mit den Dienststellen darüber erzielt werden konnte, sich nicht auf die Fehlerhaftigkeit nicht in Präsenzsitzungen gefasster Beschlüsse zu berufen und so gegebenenfalls eine spätere Heilung des Formmangels zu ermöglichen.

### **Zu Artikel 5**

Hier heißt es: „Dem § 37 des Thüringer Personalvertretungsgesetzes in der Fassung vom 23. Januar 2020 (GVBl. S. 1, 111) wird folgender Absatz 5 angefügt: „(5) Bis zum Ablauf des 31. Dezember 2021 (alt 2020) können Beschlüsse des Personalrats ausnahmsweise

auch mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung oder Telefon- oder Videokonferenz erfolgen."

#### Anmerkungen und Hinweise

Grundsätzlich ist die Möglichkeit von Umlaufbeschlüssen zu begrüßen. Um eine schnelle Handlungsfähigkeit und Beschlussfassung zu gewährleisten, können so Beschlüsse im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren gefasst werden. Auf diese Weise können eine große Anzahl der Fälle unter Beachtung des Gesundheitsschutzes der Personalratsmitglieder behandelt werden.

1) Die **Regelung** der erforderlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zum Thüringer Personalvertretungsgesetz sind aus unserer Sicht **nicht ausreichend**. Zum einen ist die im § 37 Absatz 5 ThürPersVG eingefügte Regelung sehr allgemein. Hier müssen die Bestimmungen konkretisiert werden. Es reicht eine einfache Änderung des Datums der Gültigkeit auf das Jahr „2021“ nicht aus.

2) In den im § 37 Abs. 5 ThürPersVG getroffenen Regelung ist nicht ersichtlich, welche **Einrichtungen für die Videokonferenzen** genutzt werden sollen. Hier könne auf die zur dienstlichen Nutzung freigegeben vorhandenen Einrichtungen verwiesen werden. Grundsätzlich sollte auch unter den Pandemiebedingungen eine reine Telefonkonferenz abgelehnt werden. Problematisch bei einer reinen Telefonkonferenz ist die Feststellung der teilnehmenden Personen und die Einhaltung des Nichtöffentlichkeitsgebot.

3) Weiterhin sollte die Thematik der **Wahlvorstände** ebenfalls Berücksichtigung finden. Auch außerhalb der regelmäßigen Wahlzeiträume müssen (aufgrund gerichtlicher Entscheidungen, Auflösungen/Neubildungen/Umorganisationen etc. von Verwaltungen und Betrieben des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Landkreise und sonstiger Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie in den Gerichten) Wahlen von verfahrensmäßig demokratisch legitimierten Personalvertretungen gewährleistet werden. Es muss insbesondere darum gehen, personalratslose Zeiten zu vermeiden. Das heißt, dass auch in der jetzigen Krise die Wahlvorstände weiterhin für die Durchführung der Wahl verantwortlich sein müssen. Gem. § 1 ThürPersVWO werden alle wahlleitenden Entscheidungen vom Wahlvorstand als Gremium getroffen.

Es muss sichergestellt sein, dass die Wahlvorstände selbst handlungsfähig bleiben. Dafür sollte in der ThürPersVWO eine Regelung aufgenommen werden, dass die Sitzungen des Wahlvorstandes ebenso wie die Sitzungen des Personalrates bei Bedarf mit audiovisueller Kommunikation (Videokonferenz) durchgeführt werden dürfen und die Beschlüsse mittels Umlaufbeschluss bzw. elektronischer Abstimmung gefasst werden dürfen. Erforderlich ist diese Regelung, damit auch den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften die Möglichkeit der Teilnahme an den Sitzungen des Wahlvorstandes garantiert wird.

Folgender Wortlaut sollte in den v. g. Artikel 5 des Gesetzes mit einfließen:

*Dem § 1 der Wahlordnung zum Thüringer Personalvertretungsgesetz (ThürPersVWO) in der Fassung vom 08. Juni 2019 (GVBl. S. 123, 135) wird folgender Absatz 5 angefügt: „(5) Bis zum Ablauf des 31. Dezember 2021 können Beschlüsse des Wahlvorstandes ausnahmsweise auch mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung oder Videokonferenz erfolgen.“*

**Zu Art. 6**

**Zu § 6 - Nachholen Studien-Prüfungsleistungen:**

Wir befürworten den Ansatz, fragen uns allerdings, warum die Nachholungen ohne Studierendenstatus der Studierenden stattfinden soll (Studierende sind nicht schuld an dem Umstand, dass sie die Prüfung noch nicht ablegen konnten).

**Zu Artikel 9**

Hier empfehlen wir die Aufnahme eines weiteren Absatzes, der ein In-Kraft-Treten für Artikel 5 zum 01.01.2021 vorsieht. Der tbb findet diese Vorgehensweise des rückwirkenden In-Kraft-Tretens von Gesetzen zu bereits abgeschlossenen Maßnahmen nicht richtig, in diesem Fall jedoch als pragmatisch notwendig. Einige Personalräte haben auf diesen Prozess vertrauend Beschlüsse gefasst außerhalb von Präsenzsitzungen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unseren Hinweisen und Anregungen folgen würden. Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">ARGE-HPR-Vorsitzender</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Werner-Seelenbinder-Straße 8 99096 Erfurt</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		ARGE-HPR-Vorsitzender	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Straße 8 99096 Erfurt	Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		ARGE-HPR-Vorsitzender									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Straße 8 99096 Erfurt									
Postleitzahl, Ort											
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Umsetzung und Anwendung der Regelungen des Thür PersVG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Zustimmung zur Verlängerung der Regelung Beschlüsse und mittels Unlaufverfahren bis 31.12.21 nach § 37 (5) Thür PersVG Übertragung der Regelung auf Wahlvorbereitungen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	U
Erfurt, 26.02.2021	

Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft  
Postfach 90 03 62 · 99106 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
26.02.2021 11:16

509312021

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen  
im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN – Drucksache 7/2285

Unser Zeichen  
(bitte bei Antwort angeben)  
DS 7/2285 – Corona-Pandemie

Erfurt, 26. Februar 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte (ARGE HPR) bedankt sich  
für die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme zu o. g. Gesetzentwurf.

Die ARGE HPR nimmt wie folgt zum Artikel 5 „Änderung des Thüringer  
Personalvertretungsgesetz (ThürPersVG)“ Stellung:

Die Verlängerung der Möglichkeit, Beschlüsse des Personalrates nach §  
37 Absatz 5 ThürPersVG auch mittels Umlaufverfahren, elektronischer Ab-  
stimmung oder Telefon- oder Videokonferenz bis zum 31.12.2021, wird  
ausdrücklich befürwortet. Das (sollte das Artikelgesetz so beschlossen wer-  
den) verspätete Inkrafttreten der Regelung wird ausdrücklich gerügt!

Durch das verspätete Inkrafttreten und die rechtsunsichere Regelung in der  
Übergangszeit, wurde fahrlässig mit der Gesundheit und der Arbeitsfähig-  
keit der Personalratsmitglieder umgegangen. Wenn eine unterbrechungs-  
freie Regelung im ThürPersVG zur Anwendung gekommen wäre, hätten  
Präsenzsitzungen unter dem Pandemiegeschehen in den ersten Monaten  
des Jahres 2021 vermieden werden können. In anderen Personalvertre-  
tungsgesetzen der Länder ist die Möglichkeit Beschlüsse, in der o. g. Form  
zu fassen, frühzeitig eröffnet und verlängert worden.

Weiterhin sollte die Thematik der Wahlvorstände ebenfalls Berücksichti-  
gung finden. Folgender Wortlaut sollte in den v. g. Artikel 5 des Gesetzes  
mit einfließen:

Dem § 1 der Wahlordnung zum Thüringer Personalvertretungsgesetz  
(ThürPersVWO) in der Fassung vom 8. Juni 2019 (GVBl. S. 123, 135) wird  
folgender Absatz 5 angefügt:

Thüringer Ministerium für  
Infrastruktur und Landwirtschaft  
Telefon 0361 3791-000  
Telefax 0361 3791-099  
poststelle@tmil.thueringen.de  
www.tmil.info

Dienstgebäude 1  
Abt. „Zentralabteilung“  
Abt. „Städte- und Wohnungsbau,  
Staatlicher Hochbau“  
Abt. „Verkehr“  
Werner-Seelenbinder-Straße 8  
99096 Erfurt

Dienstgebäude 2  
Abt. „Strategische Landesentwick-  
lung, Kataster- und Vermessungs-  
wesen“, „Serviceagentur Demografi-  
scher Wandel“  
Abt. „Ländlicher Raum, Forsten“  
Max-Reger-Straße 4-8  
99096 Erfurt

Dienstgebäude 3  
Abt. „Landwirtschaft, Markt, Ernäh-  
rung“  
Beethovenstraße 3  
99096 Erfurt

(5) Bis zum Ablauf des 31. Dezember 2021 können Beschlüsse des Wahlvorstandes ausnahmsweise auch mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung sowie Telefon- oder Videokonferenz erfolgen.

Begründung:

Auch außerhalb der regelmäßigen Wahlzeiträume müssen (aufgrund gerichtlicher Entscheidungen, Auflösungen/Neubildungen/Umorganisationen etc. von Verwaltungen und Betrieben des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Landkreise und sonstiger Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie in den Gerichten) Wahlen von verfahrensmäßig demokratisch legitimierten Personalvertretungen gewährleistet werden. Es muss insbesondere darum gehen, personalratslose Zeiten zu vermeiden. Das heißt, dass auch in der jetzigen Krise die Wahlvorstände weiterhin für die Durchführung der Wahl verantwortlich sein müssen. Gem. § 1 ThürPersVWO werden alle wahlleitenden Entscheidungen vom Wahlvorstand als Gremium getroffen.

Es muss sichergestellt sein, dass die Wahlvorstände selbst handlungsfähig bleiben. Dafür sollte in der ThürPersVWO v. g. Regelung aufgenommen werden, dass die Sitzungen des Wahlvorstandes ebenso wie die Sitzungen des Personalrates bei Bedarf mit audiovisueller Kommunikation (Telefon- oder Videokonferenz) durchgeführt und die Beschlüsse mittels Umlaufbeschluss bzw. elektronischer Abstimmung gefasst werden dürfen. Erforderlich ist zudem diese Regelung, damit auch den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften die Möglichkeit der Teilnahme an den Sitzungen des Wahlvorstandes garantiert wird.

Wir fordern ein zeitnahes Inkrafttreten der Übergangsregelung und Berücksichtigung unseres Vorschlages.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Konferenz Thüringer Studierendenschaften,</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Carl-Zeiss-Straße 3</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07745 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Konferenz Thüringer Studierendenschaften,		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Carl-Zeiss-Straße 3	Postleitzahl, Ort	07745 Jena
	Name	Organisationsform									
	Konferenz Thüringer Studierendenschaften,										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Carl-Zeiss-Straße 3									
Postleitzahl, Ort	07745 Jena										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der verfassten Studierendenschaften der Hochschulen des Landes Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Stellungnahme dreht sich hauptsächlich um die Artikel 6 und 7 des Gesetzentwurfs. Während viele Regelungen grundsätzlich befürwortet werden, fordern wir darüber hinaus nachdrücklich die Verlängerung der Regelstudienzeit um mind. drei Semester, außerdem eine weitere Aussetzung der Langzeitstudiengebühren auch für das SoSe 2021. Weiterhin fordern wir die Satzungsermächtigung gem. Art. 6 § 1 auch für Studierendenschaften, die Verlängerung der Frist für die Erstellung des Jahresabschlusses der Studierendenschaften gem. Art. 6 § 3, die Gewährung der Nachholung von Studien- und Prüfungsleistungen gem. Art. 6 § 6 auch für das SoSe 2021 und die Streichung der Änderungen in § 55 Abs. 2 ThürHG gem. Art. 7 Punkt 2.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 28.02.2021	

An den  
Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Zeichen:

Datum:  
28.02.2021

## Stellungnahme der Konferenz Thüringer Studierendenschaften zum Entwurf des Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie - Drucksache 7/2285

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit nehmen wir Stellung zu dem Entwurf des Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie - Drucksache 7/2285, insbesondere zu den Artikeln 6, 7 und 9.

Zu den drei Artikeln gibt die Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS) folgende Stellungnahme ab:

### **Zu Art. 6 Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich (ThürCorHG), § 1 Satzungsermächtigung**

Die KTS begrüßt die Satzungsermächtigung der Hochschulen, um kurzfristig auf Folgen der Corona-Pandemie reagieren zu können.

Wir möchten jedoch betonen, dass der Weg von Beschlussfassungen innerhalb der Hochschulen nicht verkürzt werden sollte und alle Statusgruppen im Rahmen ihrer Vertretung in den hochschulinternen Gremien (insb. Senat, Fakultätsräte) an der Abstimmung solcher befristeten Satzungen beteiligt werden müssen. Diese Mitarbeit ist auch durch Öffnung der „Corona-Krisenstäbe“ an den einzelnen Hochschulen, wenn vorhanden, sicherzustellen.

Die Satzungsermächtigung sollte außerdem ergänzend auch für die Organe und Gremien der Studierendenschaften eingeführt werden, um ihnen eine Abweichung von bestehenden Satzungen für den Zeitraum der Pandemie zu ermöglichen.

### **Zu Art. 6, § 3 Sonderregelungen zum Jahresabschluss**

Die KTS fordert, dass analog zu den Absätzen 1 - 3 ein Absatz (4) eingefügt wird: „Abweichend von § 15 Abs. 1 ThürStudFVo ist der Jahresabschluss innerhalb von 12 Wochen zu erstellen.“

### **Zu Art. 6, § 4 Amtszeit der Vertreter in Organen und Gremien der Hochschule und der Studierendenschaft**

Die Amtszeitverlängerung ist eine einfache Möglichkeit, die Vertretung der einzelnen Statusgruppen in Organen und Gremien weiterhin sicherzustellen. Jedoch sollte nach einem Jahr der Pandemie und eventuell bereits einjähriger Verlängerung der Amtszeiten einzelner Gremien dafür Sorge getragen werden, dass Vertreter\*innen nicht nur auf dem Papier im Amt sind, sondern sich tatsächlich nach wie vor beteiligen können. Sollte dies einzelnen Vertreter\*innen nicht mehr

möglich sein und sind keine Nachrücker\*innen vorhanden oder sieht dies die Satzung oder Ordnung nicht vor, sind Nach- oder Neuwahlen unter Berücksichtigung der Hygienemaßnahmen anzuberaumen.

#### **Zu Art. 6, § 5 Sitzungen und Beschlüsse von Hochschulorganen und -gremien**

Die KTS begrüßt die Anpassungen für Sitzungen und Beschlüsse von Hochschulorganen und -gremien, da sich so auch Angehörige einer Risikogruppe weiterhin sicher einbringen können und der übliche Sitzungsrhythmus weitgehend beibehalten werden kann.

Die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze (frei, gleich, geheim etc.) sollte jedoch auch hier gewährleistet werden, weswegen für eine Wahl im Rahmen einer Sitzung hierfür geeignete Varianten verwendet werden sollten.

#### **Zu Art. 6, § 6 Nachholung von Studien- und Prüfungsleistungen**

Die KTS begrüßt die Wiederaufnahme dieser Möglichkeit des Nachholens von Studien- und Prüfungsleistungen in das Gesetz. Wir möchten jedoch anmerken, dass dieses Gesetz zum 01.04.2021 in Kraft tritt, was bedeutet, dass Studierende, die in einer derartigen Situation sind, wohl in den seltensten Fällen davon profitieren können, da ihnen bis zum Beginn des Sommersemesters keine Rechtssicherheit garantiert wird.

Wer demnach zu Beginn des Wintersemesters damit geplant hatte, das Studium im Wintersemester abzuschließen oder ggf. im Sommersemester ein Studium an einer anderen Hochschule aufzunehmen und aufgrund der Corona-Pandemie noch Leistungen offen hat, wird sich zum Sommersemester ebenfalls wieder an der derzeitigen Hochschule zurückgemeldet haben, da die Regelung schlichtweg zu spät kommt. Die Regelung greift außerdem nur, wenn die Zulassung zu den entsprechenden Lehrveranstaltungen im Wintersemester 20/21 fristgerecht erfolgt ist. Sollten sich Studierende aufgrund der erwartbaren und eingetretenen Einschränkungen in der Lehre präventiv nicht zu Veranstaltungen angemeldet haben, so müssen sie sich trotz dieser Nachhol-Regelung im Sommersemester nochmals immatrikulieren.

Die KTS fordert, den Paragraphen vorausschauend auch auf das Sommersemester 2021 auszudehnen und so auch Studierenden, die im Sommersemester das letzte Fachsemester ihres Studiums absolvieren oder das Studium zum kommenden Wintersemester 2021/22 an einer anderen Hochschule fortführen, diese Nachholung (bis zum 31.03.2022) zu ermöglichen. Aus der zuvor geschilderten Terminproblematik ergibt sich die Notwendigkeit, diese Regelung ebenfalls zum jetzigen Zeitpunkt zu verankern.

#### **Zu Art. 6, § 8 Sonderregelungen zu Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung**

Die KTS begrüßt die Hinausschiebung bzw. den Erlass der Langzeitstudiengebühren für das vergangene Sommer- und das aktuell noch laufende Wintersemester, fordert jedoch gleichzeitig nachdrücklich, die Gebührenpflicht vorausschauend, mindestens auch für das Sommersemester 2021, zu erlassen/hinauszuschieben. Außerdem fordert die KTS eine Verordnungsermächtigung für eine mögliche Ausdehnung der Regelung auf Folgesemester. Ein Ende der Pandemie ist nicht in Sicht, auch das Sommersemester 2021 wird mit Einschränkungen und Verzögerungen behaftet sein. Hinzu kommen die Belastungen der ersten beiden Pandemiesemester, insbesondere auch finanzieller Art, die sich nun seit über einem Jahr aufsummieren. Erschwerend kommt hinzu, dass die durch die Pandemie weggefallenen studentischen Jobs zeitnah nicht wieder angeboten werden können, so dass hier eine Entlastung zwingend notwendig ist.

Als KTS sprechen wir uns generell für eine Abschaffung der Langzeitstudiengebühren aus. An einzelnen Hochschulen werden Langzeitstudiengebühren offen als das betitelt, was sie sind: erzieherische, strafende Maßnahmen für Studierende, die sich nicht in das Korsett des verschulten Bachelor-Master-Systems zwingen lassen wollen oder zwingen lassen können. Studierende leben in prekären Verhältnissen und haben begrenzte Erwerbsmöglichkeiten in Verbindung mit einem Vollzeitstudium. Die angeblichen Vorteile des Studierendenstatus überwiegen bei Weitem nicht die Kosten und Aufwendungen bei der Aufrechterhaltung desselben. Langzeitstudiengebühren bestrafen demnach nicht etwa Nutznießer eines Systems, sondern Studierende, die als (verdende) Eltern, als Personen mit Pflegeaufgaben oder als Kinder aus einkommensschwachen Schichten studieren. Sie benachteiligen darüber hinaus junge Erwachsene, die sich ausprobieren möchten und den perfekten Studiengang nicht auf Anhieb finden, sowie die Studierenden, die das studentische Leben auf dem Campus und in der Hochschule durch ihre Arbeit in Organen und Gremien maßgeblich mitgestalten. Zudem fördern sie eher Studienabbrüche als erfolgreich beendete Abschlüsse, da der finanzielle Druck, dem viele „Langzeitstudierenden“ ausgesetzt sind, durch die Gebühren zusätzlich steigt. Die KTS möchte deshalb an dieser Stelle noch einmal nachdrücklich fordern, die Langzeitstudiengebühren als veraltetes und nicht zielführendes erzieherisches Mittel endlich komplett abzuschaffen.

#### **Zu Artikel 7 Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes**

Die KTS begrüßt elektronische Prüfungen, lehnt aber Methoden des Proctorings, Formen der Audio- und Videoüberwachung, insbesondere mit Eingriff in die Privatsphäre, entschieden ab. Es ist nicht ersichtlich, weswegen über die Anpassung des § 11 ThürHG hinaus weitere Anpassungen in § 55 ThürHG vorgenommen werden müssen.

Die Einhaltung des Datenschutzes und die Schaffung von vergleichbaren Bedingungen sollten bei allen Prüfungsformen, egal ob elektronisch oder nicht, gegeben und beachtet werden. Darüber hinaus bedeuten die Einführung der in § 55 Absatz 2 Satz 4 Nr. 1 bis 6 genannten Regelungen teils umfangreiche Eingriffe in die Privatsphäre der Studierenden und auf ihren privaten Geräten. Es ist nicht ersichtlich, was die Maximalauslegung von § 55 Absatz 2 Satz 4 Nr. 2 sein kann. § 55 Absatz 2 Satz 4 Nr. 3 und 5 ermöglichen die Nutzung von überaus invasiver Proctoring-Software, darüber hinaus bedeutet § 55 Abs. 2 Satz 4 Nr. 5 eine Abkehr von der bisher gängigen Praxis, nur bereits erfolgte Täuschungsversuche zu ahnden. Hier wird explizit eine Prävention von Täuschungsversuchen gefordert, die zum einen umfangreiche elektronische Überwachungsmaßnahmen (sog. Proctoring) erfordert, zum anderen den Studierenden grundsätzliches Misstrauen entgegenbringt. Bei § 55 Absatz 2 Satz 4 Nr. 6 fehlt darüber hinaus die Vorgabe, dass mit technischen Störungen nicht nur umgegangen werden muss, sondern dass sie den Studierenden nicht zum Nachteil gereichen dürfen.

Die nicht nur für die Dauer der Corona-Pandemie vorgeschlagenen permanenten Änderungen am ThürHG versuchen die Bedingungen von Präsenzprüfungen möglichst präzise auf digitale Prüfungen zu übertragen. Die Chance, den besonderen Bedingungen und Möglichkeiten einer digitalen Prüfung durch eine innovative Prüfungsform, die auch für die Zeit nach der Pandemie geeignet ist, gerecht zu werden, wird besonders durch die in § 55 Abs. 2 Satz 4 Nr. 3 und 5 formulierten Anforderungen vertan.

Die KTS fordert deshalb, die Änderung unter Punkt 2 im Artikel 7 ersatzlos zu streichen.

#### **Zu Artikel 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Artikel 6 § 4 sollte tatsächlich erst nach einem Jahr außer Kraft treten, nämlich am 31.03.2022.

Artikel 6 § 6 sollte entsprechend der Forderung zu Art. 6 § 6 ebenfalls erst am 31.03.2022 außer Kraft treten.

### **Verlängerung der Regelstudienzeit**

Vollkommen vermisst wird im vorliegenden Entwurf ein Paragraph zur Verlängerung der Regelstudienzeit aufgrund der Pandemie. Eine solche Verlängerung fordert die KTS nun schon seit fast einem Jahr und leider ist sie nach wie vor nicht vorgesehen. Aus Pressemeldungen und aus der TLPK wissen wir, dass über eine solche Verlängerung nun auch endlich in Thüringen nachgedacht wird. Wir fordern den Landtag nachdrücklich auf, eine derartige Regelung in das Gesetz aufzunehmen.

Dabei möchten wir ausdrücklich der Auffassung des TMWWDG widersprechen, eine einsemestrige Verlängerung würde reichen! Wir befinden uns im zweiten Pandemiesemester. Auch das Sommersemester wird mindestens hybrid, im Hinblick auf die Mutationsentwicklungen vermutlich wieder vornehmlich digital ablaufen. Studierende (und Lehrende) sind seit zwei Semestern enormem Druck ausgesetzt. Durch die Verschiebungen im Sommersemester 2020 und die gerade laufende, lange Prüfungsphase, welche auch der Tatsache geschuldet ist, dass nach wie vor Präsenzprüfungen nicht verboten sind, sondern stattdessen in einen infektionstechnisch unsicheren März hinein verlagert wurden, bleibt keine Zeit, um in der vorlesungsfreien Zeit zu Kräften zu kommen.

Das Argument, man würde durch eine Regelstudienzeitverlängerung den Druck auf die Hochschulen, genügend Lehrveranstaltungen anzubieten, verringern, weisen wir zurück. Die Hochschulen sind aufgrund ihrer Prüfungs- und Studienordnungen verpflichtet, die Lehrveranstaltungen in einem festgelegten Takt anzubieten. Die Wahrheit ist, dass man *ohne* die Verlängerung der Regelstudienzeit den Druck auf die Studierenden unnötig erhöht – in einer Zeit, in der die negativen psychischen und physischen Auswirkungen bereits sehr hoch sind.

Eine einsemestrige Verlängerung halten wir vor dem Hintergrund von bereits zwei Pandemie-Semestern und der sicheren Aussicht auf mindestens ein weiteres für nicht ausreichend. **Wir fordern, dass jedes Pandemie-Semester eine zusätzliche Verlängerung der Regelstudienzeit nach sich zieht, sodass mit dem aktuellen Gesetzentwurf drei Semester Verlängerung beschlossen werden müssen.** Eine Verordnungsermächtigung für kommende Semester (ab dem WiSe 2021/22) darüber hinaus begrüßen wir ausdrücklich, da somit schnell und flexibel auf die Weiterentwicklung der Situation reagiert werden kann. Eine solche Regelung per Verordnung sollte aber explizit erst für das WiSe 2021/22 möglich sein, für das jetzt kommende Sommersemester 2021 muss die Verlängerung im jetzt zu beschließenden Gesetz stehen. Wenn wieder erst während oder eher nach dem entsprechenden Semester (im schlimmsten Fall ein halbes Jahr nach Beendigung des Semesters!) Klarheit über die Anrechnung des Semesters geschaffen wird, setzt man Studierende unnötiger Unsicherheit aus. Ein Studium ist so nicht planbar.

Zudem gibt die Festschreibung der Verlängerung um drei Semester auch dem Studierendenwerk als BAföG-Amt die Rechtssicherheit für die nun zu bearbeitenden Anträge zum Sommersemester 2021 und die dann kommenden Anträge zum Wintersemester 2021/22. Wird das Sommersemester 2021 wieder erst nachträglich behandelt, entsteht unnötiger Verwaltungsaufwand – Verwaltungsaufwand, der für das Sommersemester 2020 und das aktuelle Wintersemester 2020/21 übrigens hätte verhindert werden können, hätte man sich rechtzeitig mit den Forderungen der Studierenden befasst.

Nach Durchsicht der Gesetze, Gesetzesänderungen und Verordnungen der anderen Länder weist die KTS darauf hin, dass außerdem zwei Sachverhalte beachtet werden müssen:

1. Der Paragraph zur Verlängerung der Regelstudienzeit darf nicht oder erst sehr spät außer Kraft treten, da sich sonst nach dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens niemand mehr auf die verlängerte individuelle Regelstudienzeit berufen kann (vgl. als Negativ-Beispiele: Hamburg, NRW).
2. Des Weiteren muss beachtet werden, dass durch eine Verlängerung der Regelstudienzeit die „Gesamtregelstudienzeit“ verlängert wird und nicht nur die Regelstudienzeit einzelner Programme, da dies sonst keine Auswirkungen auf die Förderungshöchstdauer gem. BAföG hat und BAföG-Empfänger\*innen zwar zunächst länger BAföG beziehen können, dann aber im Masterstudium ggf. auf Probleme stoßen, wenn sich die Gesamtregelstudienzeit von 10 Semestern nicht erhöht. Eine praktikable und mit dem BAföG vereinbare Regelung scheint u.a. der Passus aus Baden-Württemberg darzustellen (LHG § 29 Abs. 3a), eine solche Vereinbarkeit ist bei der Ausformulierung zu prüfen.

#### **Unsere Forderungen zusammengefasst:**

1. Verlängerung der Regelstudienzeit: Pro Pandemie-Semester ein Semester Verlängerung der individuellen Regelstudienzeit, mind. drei Semester jetzt im Gesetz verankern, mit der Option auf weitere Verlängerungen durch eine ebenfalls im Gesetz verankerte Verordnungsermächtigung des Landes.
2. Zu Art. 6 § 8: Weitere Aussetzung der Langzeitstudiengebühren: Mindestens auch für das Sommersemester 2021, mit Verordnungsermächtigung des Landes für weitere Pandemie-Semester. Die KTS spricht sich unabhängig davon generell für die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren aus.
3. Zu Art. 6 § 1: Satzungsermächtigung auch für Studierendenschaften, um von bestehenden Satzungen abweichende Regelungen befristet umzusetzen.
4. Zu Art. 6 § 3: Verlängerung der Frist für die Erstellung des Jahresabschlusses der Studierendenschaften auf 12 Wochen.
5. Zu Art. 6 § 5: Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze bei Sitzungen von Hochschulorganen und -gremien.
6. Zu Art. 6 § 6: Gewährung der Nachholung von Studien- und Prüfungsleistungen für Studierende, die im Sommersemester 2021 das letzte Fachsemester ihres Studiums absolvieren, bis zum 31. März 2022 ohne Studierendenstatus (Ausdehnung der Regelung auf ein weiteres Semester).
7. Zu Art. 7 Punkt 2: Streichung der Änderungen in § 55 Abs. 2 ThürHG zu elektronischen Prüfungen.

Wir hoffen, dass unsere Forderungen nicht nur gehört, sondern auch diskutiert und umgesetzt werden und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sprecherin der KTS

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Erst-Abteilungsstelle Jena</td> <td>Landesbehörde und Körperschaft d. ö. R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Carl-Zeiss-Platz 2</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07745 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Erst-Abteilungsstelle Jena	Landesbehörde und Körperschaft d. ö. R.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Carl-Zeiss-Platz 2	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	07745 Jena
	Name	Organisationsform									
	Erst-Abteilungsstelle Jena	Landesbehörde und Körperschaft d. ö. R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Carl-Zeiss-Platz 2									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	07745 Jena										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Y.</td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	Y.		<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	Y.										
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Fortbildung, Lehre, Weiter- u. Fortbildung, Wissensaustausch, Selbstverwirklichung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- interne Umsetzung mit IT-basierten Bauablaufverfolgung war behördenübergreifend besser möglich - Datenschutz für Online-Prüfungen im Thür-ASP anbauen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Klein, 29.03.21	

Ernst-Abbe-Hochschule Jena · Postfach 10 03 14 · 07703 Jena

**Thüringer Landtag**  
**Innen- und Kommunalausschuss**  
**Jürgen-Fuchs-Straße 1**  
**99096 Erfurt**

THÜR. LANDTAG POST  
26.02.2021 09:00

505/1/2021

Jena, den 24.02.2021

**Gesetzesentwurf zur Novellierung des ThürCorPanG**  
**Stellungnahme der Ernst-Abbe-Hochschule Jena**

Die Ernst-Abbe-Hochschule (nachfolgend Hochschule) bedankt sich für die Möglichkeit, zum laufenden Gesetzesverfahren Stellung nehmen zu können. Insgesamt darf insoweit einleitend mitgeteilt werden, dass sich die Regelungen des ThürCorPanG grundsätzlich bewährt haben. Der veränderte Gremien-, Studien- bzw. Prüfungsbetrieb war zwar mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden, verlief rechtlich aber weitgehend frei von Komplikationen. Positiv bewertet wird seitens der Hochschule auch die Überführung der Regelung zu online-Prüfungen in das ThürHG – damit wird die aktuelle Entwicklungslinie nachvollzogen und verstetigt.

In der bisherigen dienstlichen Korrespondenz war daneben die Rede von einer generellen Regelung in der Novelle zur individuellen Befreiung der Studierenden von der Anrechnung bestimmter Studienzeiten auf die Regelstudienzeit. Auch diese Neuerung begrüßt die Hochschule grundsätzlich und freut sich über eine baldmögliche Information im Detail, um gegebenenfalls erforderliche Ausgestaltungen in der Corona-Rahmensatzung rechtzeitig nachvollziehen zu können.

Die Hochschule sieht an zwei Stellen offene Fragen im Gesetzesentwurf.

**1. Art. 6 § 9**

In Absatz 1 der Regelung wird angeregt,

- statt des Begriffs „erfassen“ den datenschutzrechtlichen Zentralbegriff „verarbeiten“ zu verwenden und
- an einer geeigneten Stelle, beispielsweise in Satz 2 Nr. 1, zu ermöglichen, dass für Studierende aus Gründen der Datensparsamkeit anstelle von Name und Vorname die Matrikelnummer verarbeitet werden kann.

Zu Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 wird darum gebeten, den Beginn der Aufbewahrungsfrist zu definieren und gleichzeitig angeregt, diesen mit dem Ablauf des letzten Tages des planmäßigen Aufenthalts der betreffenden Person an der Hochschule festzusetzen.

**2. Art. 7**

Die geplante Neufassung von Art. 7 wirft jeweils einen prüfungsrechtlichen und einen datenschutzrechtlichen Fragenkomplex auf.

#### a. Prüfungsrecht

Zu begrüßen ist zunächst, dass der Entwurf die Kammersetzung „(online-Prüfung)“ aus Art. 14 § 6 ThürCorPanG auflösen möchte. Denn dadurch wird es wieder möglich, die Prüfungsformen der elektronischen Prüfung („in elektronischer Form“) und der online-Prüfung („in elektronischer Kommunikation“) als das zu erfassen, was sie sind, nämlich selbständig nebeneinander stehende Gestaltungsmöglichkeiten einer Prüfung. Der Entwurf ermöglicht diese Deutung aber bislang nur, verdeutlicht sie aber noch nicht zweifelsfrei. Daraus ergeben sich zwei Interpretationsmöglichkeiten mit entsprechenden Folgen:

- Soll die Passage „Prüfungen in elektronischer Form oder in elektronischer Kommunikation“ (§ 55 Abs. 2 Satz 3 ThürHG-E) tatsächlich die beiden Prüfungsformen der elektronischen Prüfung und der online-Prüfung nebeneinander erfassen und für diese beiden Prüfungstypen einen gemeinsamen Regelungsbereich schaffen? Das würde seitens der Hochschule grundsätzlich, nicht aber im Detail begrüßt. Sinnvoll an dieser Struktur wäre, die bestehende gemeinsame Schnittmenge der beiden Prüfungsformen auch gemeinsam zu erfassen, z. B. die Themen des Datenschutzes (Nr. 1) und der Authentizität (Nr. 4). Vor allem elektronische Prüfungen in der Gestaltung als Präsenzprüfung werfen im Vergleich zu schriftlichen Präsenzprüfungen dagegen mit Blick auf die Identitätskontrolle (Nr. 2) oder die Dokumentation (Nr. 3) sowie wohl nur in seltenen Ausnahmefällen in Bezug auf technische Störungen (Nr. 6) Besonderheiten auf, die eine gesonderte Regelung, wie sie im Entwurf vorgesehen ist, als erforderlich erscheinen lassen. Die systematische Trennung der Prüfungsgestaltungen sollte deshalb aus Sicht der Hochschule sinnvollerweise nur teilweise einen gemeinsamen Regelungsbereich nach sich ziehen.
- Oder soll auch nach dem neuen Verständnis die online-Prüfung aus den beiden disjunktiven Elementen der elektronischen Form oder der elektronischen Kommunikation bestehen? Dann würde erstens um Wiederaufnahme des klarstellenden Klammerzusatzes aus dem ThürCorPanG gebeten und zweitens angeregt, ob statt der Formulierung „in elektronischer Form“ eine andere, bedeutungsadäquate Beschreibung gefunden werden könnte, um die definitorischen Verwässerungspotenziale im Verhältnis zur elektronischen Prüfung auszuschließen.

In rein formeller Hinsicht wird zudem angeregt, die für § 55 Abs. 2 ThürHG-E geplante Neuregelung in einen neuen Absatz 2 a zu überführen, da der bisherige Absatz 2 bereits sehr lang ist.

#### b. Datenschutzrecht

Die offenen Fragen zum Datenschutzrecht betreffen die verfassungsrechtlichen Anforderungen an Wesentlichkeit und Bestimmtheit bezüglich der Regelungsvorschläge in § 55 Abs. 2 Satz 4 Nr. 1 ThürHG-E (Datenschutz) und Nr. 2 (Identität).

Die Hochschule bittet um Überprüfung, ob der vorgeschlagene bloße Verweis auf Regelungen zum „Datenschutz“ oder „Identifikation der Prüfungskandidaten“ dem Wesentlichkeitsgrundsatz genügt, wonach alle grundrechtsrelevanten Angelegenheiten im Parlamentsgesetz selbst geregelt müssen und nicht auf Satzungen delegiert werden können. Online-Prüfungen bringen insoweit das Erfordernis für Abwägungen der betroffenen Interessen und Grundrechte mit Bezug zu ganz neuen Datenkategorien hervor, etwa für IP-Adressen oder für sog. biometrische Daten nach Art. 4 Nr. 14 DSGVO, beispielsweise Gesicht oder Stimme. Speziell für letztere Datenkategorien erscheint eine neue Grundrechtsabwägung erforderlich. Dies allein deshalb, weil die DSGVO in Art. 35 Abs. 3 b) in Verbindung mit Art. 9 Abs. 1 den besonderen Schutzmechanismus der Datenschutz-Folgenabschätzung für die umfangreiche Verarbeitung biometrischer Daten vorsieht, der für den Einsatz von Software zur Begleitung von online-Prüfungen auch regelmäßig zur Anwendung kommt. Allein daraus folgt eine rechtliche Aufwertung biometrischer Daten. Aber auch nach

allgemeinen verfassungsrechtlichen Grundsätzen bewirkt das herausragende Identifikations- bzw. Missbrauchspotenzial von Daten wie Gesicht oder Stimme eine erhöhte Wertigkeit online-bezogener, insbesondere biometrischer Daten. Die wesentlichen zu regelnden Fragestellungen betreffen hierbei weniger die – überwiegend durch die DSGVO determinierten – Standards, sondern die konkrete, insbesondere verfahrensrechtliche Ausgestaltung des Grundrechtsschutzes.

Es soll daher vorgeschlagen werden, in § 55 Abs. 2 (a) ThürHG-E eine weitere Passage mit folgendem Wortlaut anzufügen: *„In Bezug auf die Sicherung von Datenschutz und Identifikation haben die Hochschulen dabei das bei vertretbarem Aufwand größtmögliche Maß an technischem Schutz sowie an Transparenz mit Blick auf die Benennung der verarbeiteten personenbezogenen Daten, den Nachweis der diesbezüglichen Information und die sich daraus ergebenden Rechte zu gewährleisten. Insbesondere ist sicherzustellen, dass die Prüfungskandidaten vor der Prüfung die Kenntnisnahme der entsprechenden Datenschutzinformationen bestätigen.“*

Hinsichtlich der Anforderungen einer Regelung an die Bestimmtheit erscheint der bloße Bezug auf breite Themengebiete wie „Datenschutz“ und „Identitätskontrolle“ sehr weitläufig. Jeder Aspekt hat hier sicherlich nicht ausgeführt zu werden. Die Benennung der wesentlichen online-bezogenen Datenkategorien sowie deren besonderen Schutzbedürfnisse erscheint aber erforderlich, um diese besondere neue Dimension regelungstechnisch zu erfassen. Für den Datenschutz betrifft das den Grundrechtsschutz durch Verfahren, für die Identitätskontrolle zusätzlich den strafrechtlichen Schutz der Verwendung unzutreffender Ausweisdokumente.

Es wird deshalb angeregt, entweder in § 11 ThürHG-E oder in § 55 Abs. 2 (a) ThürHG-E an geeigneter Stelle die Passage zu ergänzen: *„unter Berücksichtigung der inhaltlichen, rechtlichen und verfahrensbezogenen Besonderheiten der für diese online-Prüfungen typischen Arten personenbezogener Daten, insbesondere biometrischer Daten und IP-Adressen“.*

Die Absicherung von Wesentlichkeitsgrundsatz und Bestimmtheitsgebot ist gerade jetzt im Gesetzgebungsverfahren besonders essenziell, weil die Hochschulen diese Anforderungen an die Landesgesetzgebung in ihren Satzungsregelungen nicht zu kompensieren vermögen. Die Aufgabenerfüllung der Hochschulen speziell mit Bezug zu online-Prüfungen würde sich deshalb auch bei vollständig rechtmäßigem eigenem Handeln in der Gefahr einer Rechtswidrigkeit bewegen. Es wird deshalb darum gebeten, online-Prüfungen auf allen Ebenen rechtlich abzusichern.

Mit freundlichen Grüßen

Rektor

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Gesetz-entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/2285 -		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
bei juristischen Personen	Name	
	Organisationsform	
	Universität Erfurt	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	Nordhäuser Straße 63
	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person	
	siehe Aufgaben gemäß Thüringer Hochschulgesetz	

4.	<b>Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags</b> grds. Befürwortung des Gesetzentwurfs unter Anregung einheitlicher Umsetzungsvorgaben bezogen auf eine im Gesetzgebungsverfahren zu erwartende Regelung zu einer „individuellen Regelstudienzeiterhöhung“ sowie der Verlängerung der Geltungsdauer der für die Universität als Hochschule relevanten Regelungen.	
5.	<b>nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative</b> Anlass der Stellungnahme      Form der Stellungnahme <input type="checkbox"/> schriftlich <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
6.	<b>nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers</b>      	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.  <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Erfurt, 01.03.2021	Unterschrift  
----------------------------------	----------------------

Der Präsident

UNIVERSITÄT  
ERFURT

Universität Erfurt | Postfach 900221 | 99105 Erfurt

An den  
Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
02.03.2021 07:15

5337121

- nur per E-Mail an [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de) -

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/2285 -**  
hier: schriftliches Anhörungsverfahren

Ihr Schreiben vom  
21.01.2021

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum  
01.03.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Stöffler,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. Januar 2021, mit dem Sie der Universität Gelegenheit zur Äußerung zum o.g. Gesetzentwurf geben.

Der Entwurf wird von der Universität Erfurt hinsichtlich der sie betreffenden Regelungen grundsätzlich befürwortet.

Aus einschlägigen Pressemitteilungen o.g. Gesetzentwurf sowie aus Beratungen mit dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft ist zu entnehmen, dass eine im Gesetzentwurf derzeit noch nicht enthaltene Regelung, während des Gesetzgebungsverfahrens ergänzt werden soll.

Danach soll eine „individuelle Erhöhung der Regelstudienzeit“ es den Studierenden, welche in einem Pandemiesemester studieren, ermöglichen, die geforderten Studien- und Prüfungsleistungen ihres Studienganges mit der festgelegten Regelstudienzeit X in X + 1 Semester ablegen zu dürfen.

Da die Regelstudienzeit eines Studienganges bei dessen Einrichtung festzulegen ist, wird diese dem Studiengang zugeordnet. Demgegenüber stehen die Hochschul- und Fachsemester, die die Studierenden in dem gewählten Studiengang studieren.

Die Universität Erfurt regt an, dass, bevor eine Formulierung zu einer „individuelle Regelstudienzeiterhöhung“ gefasst wird, einheitliche Umsetzungsvorgaben festgelegt werden, die insbesondere die Bundesstatistikvorgaben und die Auswirkungen des Kapazitätsrechtes berücksichtigen.

Darüber hinaus wäre eine längere Geltungsdauer der einschlägigen Regelungen des Artikel 6 des Gesetzentwurfs wünschenswert (hinsichtlich der §§ 1, 3-6 und 9 bis zum 31.03.2022 und hinsichtlich § 2 bis zum 31.12.2022), da mit bis zu diesem Zeitpunkt anhaltenden Auswirkungen der Corona-Pandemie gerechnet wird.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in Drs. 7/2285 und Vorlage 7/1507	
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen
	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Schillerstraße 44
	Postleitzahl, Ort
99096 Erfurt	
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <span style="margin-left: 100px;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<p>Die DGB Hessen-Thüringen und die Gewerkschaft ver.di stimmen dem vorlegten Artikelgesetz sowie dem Änderungsantrag dazu grundsätzlich zu.</p> <p>Der DGB begrüßt die finanzielle Stärkung der Kommunen wie auch die geplante Veränderung des kommunalen Haushaltsrechts. Die Änderungen sollten über die Pandemiesituation hinaus beibehalten werden. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist durch die Abschaffung der Schuldenbremse die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Land und Kommunen dauerhaft zu sichern.</p> <p>Der Verlängerung der Möglichkeit, für die Dauer der pandemischen Lage Personalratsbeschlüsse per Video- oder Telefonkonferenz, elektronisch oder im Umlauf zu fassen, wird begrüßt.</p> <p>Das Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich und die Änderungen im Thüringer Hochschulgesetz, die die pandemiebedingten Nachteile für Studierenden und Stipendiat*innen ausgeglichen sollen, werden ebenfalls begrüßt. Es sollten aber weitergehende Erleichterungen für diejenigen, deren Studium oder deren Forschungsvorhaben sich durch pandemiebedingte Einschränkungen verlängert oder verzögert, aufgenommen werden.</p> <p>Der Änderungsantrag hat zentral ein rückwirkendes Inkrafttreten von Regelungen zum Inhalt. Dies sollte unbedingt beschlossen werden.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)

	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 28.02.2021	

Deutscher Gewerkschaftsbund  
**DGB Hessen-Thüringen**

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

**Thüringer Landtag**  
**Innen- und Kommunalausschuss**

- Versand per Mail -

THÜR. LANDTAG POST  
02.03.2021 07:19

5338/21

**Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen und ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen** zum Zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in Drs. 7/2285 und Vorlage 7/1507

28. Februar 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Öffentlicher Dienst/  
Beamtinnen- und Beamtenpolitik

im Namen des DGB Hessen-Thüringen bedanke ich mich für die Anhörung zu o.g. Gesetzentwurf und nehme im Folgenden zugleich auch im Namen unserer Mitgliedsgewerkschaft ver.di Stellung.

Wirtschaftspolitik

**Zu Art. 1 „Änderung des Thüringer Gesetzes zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen“, Art. 2 „Änderung der Thüringer Kommunalordnung“, Art. 3 Änderung des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik“, Art. 4 „Änderung der Thüringer Gemeindehausverordnung“**

Der DGB und ver.di stimmen den vorgesehen Änderungen zu.

Schillerstraße 44  
99096 Erfurt

Zur Begründung:

hessen-thueringen.dgb.de

Vorgesehen ist in Art. 1 ein Einnahmenverlustausgleich in Höhe von 80 Mio. € für die Thüringer Kommunen im Jahr 2021. Die nachhaltige Handlungsfähigkeit der Thüringen Kommunen ist für die DGB-Gewerkschaften ein wichtiges Anliegen. Somit ist diese Stärkung ein wichtiges Signal. Es fällt allerdings auf, dass den Thüringen Kommunen im Jahr 2020 erheblich höhere Beträge als Ersatz für Einnahmeausfälle, pandemiebedingte Mehrausgaben und im Rahmen der Investitionsförderprogramme des Bundes zugewiesen worden sind. Somit bewerten wir die Gesetzesänderung in Art. 1 Nr. 1 eher als ersten Schritt, dem weitere Schritte zum Erhalt der Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Kommunen folgen müssen. Vor allem muss sich die finanzielle Stärkung der Kommunen in der aktuellen Überarbeitung und Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2022 wiederfinden.

Die Verlängerung der bereits 2020 geltenden haushaltsrechtlichen Sonderregelungen in den Art. 2, 3 und 4 sind grundsätzlich zu begrüßen. Die Änderungen in § 62a ThürKO und § 40b ThürKDG sind geeignet, die Daseinsvorsorge in der Pandemie zu stärken sowie freie Träger und Leistungserbringer im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich nicht zusätzlich zu schädigen. Die Ergänzung in Art. 2 Nr. 4 in der Form des Änderungsantrags

wird ebenso wie die Ergänzung des Art. 3 um eine Nr. 3 nachdrücklich begrüßt. Kommunen in der aktuellen Lage in die Haushaltssicherung zu zwingen, wäre auch mit der Blick auf die Möglichkeit, der andauernden Krise adäquat zu begegnen, fatal.

Dass ab 2022 eine Rückkehr zum äußerst restriktiven kommunalen Haushaltsrecht erfolgen soll, ist allerdings verfehlt. Im kommenden Jahr werden voraussichtlich die Auswirkungen der pandemiebedingten wirtschaftlichen Krise stärker wahrnehmbar sein als zum jetzigen Zeitpunkt. Die in der Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung festgelegte Begrenzung der freiwilligen Leistungen auf 2% der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes schädigt die Lebensqualität sowie den sozialen Zusammenhalt und damit die Zukunftsfähigkeit der Haushaltssicherungskommunen nachhaltig.

Auch dass Kommunen, deren dauernde Leistungsfähigkeit bereits vor 2020 gefährdet war, von den rechtlichen Erleichterungen nicht profitieren, ist angesichts der auch sie treffenden Krisensituation nicht konsistent.

Die Thüringer Kommunen leiden zudem unter einer erheblichen Investitionsschwäche geführt. Die kommunale Investitionsquote hat sich seit der Jahrtausendwende von 2,4 Prozent auf einen Wert von nur noch reichlich einem Prozent mehr als halbiert. Dieselbe Investitionsschwäche zeichnete bis 2019 das Land Thüringen insgesamt aus. Die Investitionsquote des Landes ist von einem Wert in Höhe von gut 1,1 Prozent (2000) auf etwa 0,5 Prozent (2019) gesunken und hat sich damit mehr als halbiert.

Die DGB-Gewerkschaften gehen davon aus, dass öffentliche Investitionen dem Gemeinwohl dienen, weil einerseits die aktuelle und auch künftige Einwohner\*innen-Generationen von den geschaffenen Werten profitieren und indirekt durch die öffentliche Nachfrage die lokale Wirtschaft stabilisiert und gestärkt wird. Das gilt dann, wenn Vergabeentscheidungen unter Einbeziehung sozialer und umweltbezogener Kriterien verantwortlich getroffen werden. Investitionen sind dabei auf Zukunftsbereiche wie Bildung, Digitalisierung und die sozial-ökologische Transformation sowie die Daseinsvorsorge zu konzentrieren.

**Wir weisen hier einmal auf den dringlichen Änderungsbedarf in § 18 Thüringer Landeshaushaltsordnung hin.** Wer fordern grundsätzlich die Streichung der „Schuldenbremse“ § 18 Abs. 1 LHO. Hilfsweise ist zwingend die Frist nach § 18 Abs. 3 zu verlängern. Die im Dezember beschlossene Verlängerung des Zeitraums für die Rückführung der Kreditmarktschulden auf acht Jahre geht in die richtige Richtung, greift aber viel zu kurz. Wir empfehlen eine Orientierung am Tilgungsplan bspw. Nordrhein-Westfalens, der eine konjunkturgerechte Tilgung über 50 Jahre vorsieht.

Auch angesichts des – aus gewerkschaftlicher Sicht verfehlten – planmäßigen vollständigen Abbaus der Rücklagen des Landes Thüringen bis Ende 2021, ist das Hineinsparen in die Krise ab dem Haushalt 2022 ein erhebliches Risiko für die Entwicklung des Landes Thüringen, seiner Kommunen und vor allem für die Zukunftschancen seiner Einwohner\*innen.

**Der DGB und ver.di erklären nachdrücklich, dass der Verkauf öffentlichen Eigentums, das Sparen auf Kosten des Personals, Privatisierungen und der Verzicht auf notwendige Zukunftsinvestitionen keine nachhaltigen Wege aus der Krise sind. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und der Daseinsvorsorge ist ein Irrweg, der der Krisenfestigkeit des Gemeinwesens und den Einwohner\*innen schadet. In diesem Sinne ist die Schuldenbremse durch eine sinnvolle Investitionsregel zu ersetzen.**

**Zu Art. 5 „Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetz“**

Dem Entwurf in Drs. 7/2285 und dem Antrag in Vorlage 7/1507 werden ausdrücklich zugestimmt.

Zur Begründung:

In der immer noch vorherrschenden pandemischen Lage und der unklaren Weiterentwicklung des Infektionsgeschehens ist Verlängerung der Ausnahmeregelung in § 37 Abs. 5 notwendig und geboten. Es muss sichergestellt werden, dass die Möglichkeit der Beschlussfassung in einer Video- oder Telefonkonferenz sowie elektronisch und im Umlaufverfahren solange besteht, wie die pandemische Lage es erfordert. Daher ist möglicherweise eine weitere Verlängerung der Frist angezeigt.

In Praxis hat die zeitliche Lücke zwischen dem zu erwartenden Gesetzesbeschluss und dem Auslaufen der Vorgängerregelung zum 31.12.2020 erhebliche Probleme und Verunsicherung ausgelöst. Im Sinne der Rechtssicherheit bitten wir dringend um die Zustimmung zum Änderungsantrag in Vorlage 7/1507.

Wichtig ist aber auch, dass es wirklich bei einer, auf den Zeitraum in dem mit pandemiebedingten Einschränkungen zu rechnen ist, beschränkten Ausnahmeregelung bleibt. So wie gemäß der Begründung vorgesehen, sollte eine weitergehende Regelung erst nach sorgfältiger Abwägung erfolgen. Die teils sehr langen Befristungszeiträume anderer Bundesländer, bspw. im Sächsischen Personalvertretungsrecht bis zum 31. Mai 2026, lehnen wir ab.

**Zu Art. 6 „Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich“ und Art. 7 „Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes“**

Insgesamt begrüßen der DGB Hessen-Thüringen und der ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen die Fortschreibungen in den Artikeln 6 und 7.

Studierende sind wie die meisten Bürger\*innen des Landes Thüringen durch die Corona-Pandemie in ihrem Alltagsleben stark eingeschränkt. Zu diesen Einschränkungen kommt, dass sich die Studierenden in ihrer akademischen Ausbildung stark umstellen müssen, um ihre Studien- und Prüfungsleistungen erfolgreich ablegen zu können sowie die Finanzierung ihres Studiums abzusichern und zu koordinieren. Daher ist es richtig und begründet, im ThürCorHG Regelungen weiterhin festzuschreiben, um die Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich abzumildern.

Zu Art. 6, § 6 Nachholung von Studien- und Prüfungsleistungen

Der DGB und ver.di schlagen vor, dass die Regelungen der gegenwärtigen inhaltsgleichen Regelung (§ 7 ThürCorHG) insofern fortgeschrieben werden sollten, dass im neuen § 6 ThürCorHG auch Studierenden, die im Sommersemester 2020 das letzte Fachsemester absolvierten oder das Studium zum Wintersemester 2020/21 an einer anderen Hochschule fortführten, die Nachholung bis zum 31. September 2021 gestattet wird. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht absehbar, ob es in der gegenwärtigen Corona-Situation allen Studierenden möglich ist, bis zu dem Stichtag ihre Studien- und Prüfungsleistungen zu absolvieren.

Hierfür spricht jedenfalls, dass nach dem gegenwärtigen § 7 ThürCorHG eine Nachholung bis 31. März 2021 möglich ist, welche daher in einen Zeitraum fällt, für den mit dem neuen § 6 ThürCorHG eine weitere Nachholungsmöglichkeit geschaffen werden soll. Es kann folglich nicht davon ausgegangen werden, dass alle Studierende, die durch den gegenwärtigen § 7 ThürCorHG entlastet werden, bis zum genannten Stichtag ihre Studien- und Prüfungsleistungen nachholen können bzw. nachgeholt haben. Zudem werden auch im neuen § 8 ThürCorHG, der ebenfalls schon im gegenwärtigen Gesetz (§ 9 ThürCorHG) vorhanden ist, jeweils beide Zeiträume genannt. Es scheint daher erforderlich, im neu zu fassenden Gesetz den gesamten Zeitraum zu regeln, für den der Hochschulbetrieb eingeschränkt ist.

In der Gesetzesbegründung findet sich keine Aussage zu der Problematik.

#### Zu Art. 6, § 7 Weitergewährung von Stipendien der Thüringer Graduiertenförderung

Der DGB Hessen-Thüringen und ver.di begrüßen prinzipiell die Möglichkeit einer Verlängerung der Förderungsdauer von Stipendien, wenn Stipendiat\*innen aufgrund von Einschränkungen (z. B. Quarantäne, Kontaktverbot, Schließung von Forschungs- oder Rechercheeinrichtungen) im Zuge der Eindämmung der Corona-Pandemie nicht an ihrem Fördervorhaben weiterarbeiten können oder sich der Fortschritt des Fördervorhabens wegen der Einschränkungen wesentlich verzögert. Es sollte aber die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Weiterzahlung des Stipendiums und die Verlängerung des Bewilligungszeitraumes auf bis zu zwei Mal (im Entwurf: „einmalig“) ausgeweitet wird. Da nach wie vor nicht abzusehen ist, wann die Einschränkungen der Corona-Pandemie so weit gelockert werden können, sodass die Stipendiat\*innen wieder vollumfänglich ihre Forschungsvorhaben fortsetzen können, halten wir eine bis zu zweimalige Verlängerung der Weitergewährung für sinnvoll und geboten. Schließlich wird diese Regelung deshalb ins neue Gesetz übernommen, weil die pandemiebedingten Einschränkungen über einen längeren Zeitraum andauern, als dies zunächst erwartet wurde.

#### Zu Art. 6, § 9 (Kontaktnachverfolgung der Hochschulen und des Thüringer Studierendenwerks)

Der DGB und ver.di regen an, die Aufbewahrungsfrist für die erhobenen Daten auf zwei oder drei Wochen zu verkürzen. Auch der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, geht davon aus, dass Daten, die zur Kontaktverfolgung im Rahmen der Bekämpfung von Covid19 erfasst wurden, nicht länger als zwei bis drei Wochen gespeichert werden dürfen. ([https://www.tlfdi.de/mam/tlfdi/presse/200519\\_pm\\_coronalisten.pdf](https://www.tlfdi.de/mam/tlfdi/presse/200519_pm_coronalisten.pdf)).

Ausdrücklich zu begrüßen ist, dass die Regelung den Grundsatz der Datensparsamkeit beachtet und lediglich zur Kontaktverfolgung dringend benötigte Informationen gesammelt werden.

Zu Art. 7 Nr. 2 (Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes)

Mit der Änderung werden Vorgaben für Prüfungsordnungen gemacht, nach denen Prüfungen in elektronischer Form abgehalten werden können. Neben prüfungs- und datenschutzrechtlichen Fragen, sollte auch der soziale Aspekt berücksichtigt werden. Um wirtschaftlich schwächere Prüfungsteilnehmer\*innen nicht zu benachteiligen, regen DGB und ver.di an, dass die Prüfungsordnungen, die Prüfungen in elektronischer Form ermöglichen, eine Regelung enthalten, wie es Personen, die technisch nur unzureichend ausgestattet sind, ermöglicht wird, in elektronischer Form an Prüfungen teilzunehmen. Dabei geht es nicht lediglich um einen in technischer Hinsicht reibungslosen Ablauf der Prüfung, sondern auch darum diesem Personenkreis die Möglichkeit der kontaktarmen Prüfung zu ermöglichen, um damit ihr Ansteckungsrisiko zu minimieren.

Des Weiteren schließt sich der DGB den Ausführungen zu den Artikeln 6 und 7 in der Stellungnahme der GEW Thüringen an.

Für Gespräche stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -											
1.	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landkreistag	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse          (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)       </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Komm. Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung des Gesetzgebungs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 1.3.2021	

Drs. 7/2285

25.7.1103

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

**Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?**

Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN,

**1.** Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Studierendenwerk Thüringen

Anstalt des  
öffentlichen Rechts

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Philosophenweg 22

Postleitzahl, Ort

07743 Jena

**2.** Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name

Vorname

Geschäfts- oder Dienstadresse

Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.] Wirtschaftliche und soziale Betreuung der Studierenden	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.] - Zustimmung zu §§ 2, 3, 9 und Artikel 9 - Anerkennung von Studierenden als Assistentenkräfte in Kita's zu besseren Bewältigung der Aufgaben der Kita's in der Pandemie	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Jena, 12.3.21	

THÜR. LANDTAG POST  
05.03.2021 10:30

5939/2021

Geschäftsführer  
Studierendenwerk Thüringen • Philosophenweg 22 • 07743 Jena

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

studierendenwerk  
thüringen

Ihr Ansprechpartner

Bearbeiter:

Unser Zeichen:

Telefon:

Fax:

E-Mail: poststelle  
@stw-thueringen.de

Ihr Schreiben vom: 21.01.2021

Ihr Zeichen:

Datum: 25.02.2021

**Stellungnahme des Studierendenwerks Thüringen zum Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN für das Zweite Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG) Drucksache 7/2285**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum eingebrachten Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN für das Zweite Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG) Drucksache 7/2285 nehmen wir wie folgt Stellung:

Das Studierendenwerk Thüringen ist hierbei u.a. von den Regelungen in Artikel 6 und Artikel 9 betroffen.

**1. Artikel 6**

**> Zu den §§ 2 und 3**

Die in den §§ 2 und 3 vorgesehenen Verschiebungen der Fristen für die Vorlage- und Berichtspflichten zum Jahresbericht 2020 und Jahresabschluss 2020 ist aus Sicht des Studierendenwerks Thüringen sinnvoll und schafft dringende benötigte Entlastung bei der parallel laufenden Abarbeitung von Alltagsgeschäft- und Krisenmanagement.

**> Zum § 9**

Die Regelung der Kontaktnachverfolgung in § 9 schafft Rechtssicherheit für das Studierendenwerk Thüringen bei der derzeit notwendigen Erhebung von Kontaktdaten. In Anbetracht der bisherigen Erfahrungen in der Pandemiebewältigung schlagen wir aber vor, den Paragraphen dergestalt umzuformulieren, dass die Berechtigung generell an die Anordnung nach § 28a des IfSG gekoppelt wird und nicht nur an das ThürCorPanG.

## **2. Artikel 9**

Das Studierendenwerk geht davon aus, dass die Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter auch weiterhin eines der entscheidenden Werkzeuge in der Pandemiebewältigung sein wird und uns noch lange Zeiten begleiten wird. Ein Ende der Kontaktverfolgung durch das in Artikel 9 definierte außer Kraft treten des § 9 mit Ablauf des 30.09.2021 halten wir daher nicht für realistisch und empfehlen hier einen deutlich längeren Zeitraum.

## **3. Weiterer Regelungsbedarf**

Wie bereits im vergangenen Jahr in der Stellungnahme zum 1. ThürCorPanG und gegenüber dem TMBJS vorgetragen, würde es das Studierendenwerk Thüringen sehr begrüßen, wenn die Fachkräfteanerkennung für Assistenzkräfte in Thüringer Kindergärten nicht nur staatlich anerkannte Sozialassistenten und staatliche geprüfte Kinderpfleger umfassen würde, sondern auch im Rahmen einer Einzelfallanerkennung studentische Assistenzkräfte mit geeignetem Kompetenzprofil aus sozialpädagogischen oder erziehungswissenschaftlichen Studiengängen.

In anderen Bereichen wurden in der Vergangenheit praktikable Lösungen bei prekären Personalbedarfen realisiert. Zum Beispiel wurde einem Lehrermangel an Schulen durch Seiteneinsteiger entgegengewirkt, oder wegen der Folgen der Corona-Pandemie unterstützen Studierende der Fachrichtung Medizin ebenso die Gesundheitseinrichtungen im Freistaat.

Die Regelung soll vor allem mit Blick auf einen in der Zukunft wieder möglichen eingeschränkten Regelbetrieb dazu dienen, die Einschränkungen und Belastungen für Eltern so gering wie möglich zu halten. Gleichzeitig bietet sie Studierenden in den genannten in den aktuellen wirtschaftlich schwierigen Zeiten Möglichkeiten eines Hinzuverdienstes und der Erlangung von praktischen Erfahrungen zu ihrem Studium.

Für Rückfragen zu unserer Stellungnahme oder einer Erläuterung unserer Bedenken in Parlament- oder Fraktionskreisen stehen ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen

StudierendenKonvent der Bauhaus-Universität Weimar

Hauptschwerbehindertenvertretung beim TMWWDG

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

1785/2021

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

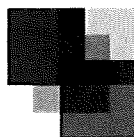
Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -													
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>TBB BEAMTEN BUND UND TARIFUNION THÜRINGEN</td> <td>e.V. (VERBAND)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>SCHMIDTSTEDTER STR. 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTEN BUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	e.V. (VERBAND)	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 9	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT		
Name	Organisationsform												
TBB BEAMTEN BUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	e.V. (VERBAND)												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 9												
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT												
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Beschlussfassung zu Artikel 5 mit Rückwirkung zum 01.01.2021 zu ermöglichen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Seit 01.01.2021 sind im Personalrat keine Urlaubbeschlüsse mehr mögl. Übergangsregelung lief zum 31.12.2020 aus.	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 12.01.2021	



**tbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

**Landesvorsitzender**

Thüringer Landtag  
Landtagspräsidentin  
Frau Birgit Keller  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
05.01.2021 14:58

220/2021

Schmidtstedter Str. 9  
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521  
Telefax: 0361.6547522  
E-Mail: [post@dbbth.de](mailto:post@dbbth.de)  
[www.thueringer-beamtenbund.de](http://www.thueringer-beamtenbund.de)

Aktenzeichen  
Schö/Jäk

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datum  
05. Januar 2021

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammen-  
hang mit der Corona-Pandemie (Drs. 7/2285)**  
Artikel 5 Änderung ThürPersVG

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

seit dem 1.1.2021 sind im Personalrat keine Umlaufbeschlüsse mehr möglich. Die Übergangsregelung in § 37 Absatz 5 ThürPersVG lief zum Jahresende aus und wurde noch nicht verlängert. Der § 37 Absatz 5 ThürPersVG regelte bislang: „Bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 können Beschlüsse des Personalrats ausnahmsweise auch mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung oder Telefon- oder Videokonferenz erfolgen.“

Eine Verlängerung um 1 Jahr auf den 31.12.2021 ist als Artikel 5 Teil des Gesetzentwurfs „Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (Drs. 7/2285)“. Auf der Sitzung des Thüringer Landtags am 18. Dezember 2020 wurde das Gesetz zur Beratung in den Innenausschuss überwiesen.

Wir bitten Sie darum, bei einer Beschlussfassung zu Artikel 5 des o.g. Gesetzes eine Rückwirkung zum 1.1.2021 zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

6904/2021

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

K 71286  
(Eigeninitiative)

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  
- Drucksache 7/2285 -

1. Haben Sie sich als **juristische Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
Studierendenkonvent Bauhaus-Universität Weimar	Teilkörperschaft der Bauhaus-Universität Weimar
Geschäfts- oder Dienstadresse	Marienstr. 18 99623 Weimar, Deutschland
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
Postleitzahl, Ort	

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung der Studierendenschaft der Bauhaus-Universität Weimar.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Befürwortung einer Anrechnung von separaten "Corona-Semestern"	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 12.03.21	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligententransparenzgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligententransparenzgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligententransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
<b>Zweites Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2285 -	
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Hauptschwerbehindertenvertretung
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Friedrich-Schiller-Universität Jena
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Carl-Zeiß-Straße 3
	Postleitzahl, Ort
	07743 Jena
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Hauptvertrauensperson schwerbehinderter Beschäftigter beim TMWWDG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Fehlende Berücksichtigung der Interessen schwerbehinderter Menschen im zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, im Hinblick auf gleichberechtigte Teilhabe. Sicherstellung einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung durch geeignete Maßnahmen, auch in der Pandemiesituation.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Siehe Punkt 4	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 01.03.2021	

THÜR. LANDTAG POST  
03.03.2021 13:48

56641 2021

Hauptschwerbehindertenvertretung beim Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft  
c/o Friedrich-Schiller-Universität Jena

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt



**Hauptschwerbehinderten-  
vertretung**

**Ihr/e Ansprechpartner/in:**

**Ihr Zeichen:**

**Unser Zeichen:**  
(bitte bei Antwort angeben)

Jena  
01. März 2021

**Stellungnahme der Hauptschwerbehindertenvertretung (HSBV)  
des TMWWDG zum zweiten Thüringer Gesetz zur Umsetzung er-  
forderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pan-  
demie**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bedauern müssen wir feststellen, dass die HSBV im Verteiler der vorliegenden Anhörung nicht berücksichtigt wurde und damit die Interessen unserer behinderten Mitarbeiter/-innen offensichtlich nicht berücksichtigt werden sollen.

Wir senden Ihnen in Erwartung einer zukünftig besseren Zusammenar-  
beit unsere Anmerkungen zum Entwurf des Mantelgesetzes.

**Grundsätzliches zum Gesetz / zur Problematik:**

Man gewinnt den Eindruck, dass bei der pandemiebedingten Anpassung des Gesetzes Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen vergessen wurden.

Digitale Sitzungen, Veranstaltung, Lehrformate und Prüfungen können für Mitarbeiter und Studierende mit Behinderung ein großes Problem/Hindernis darstellen. Eine gleichberechtigte Teilhabe ist hier oft nicht möglich.

**Kontakt Daten:**

Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Hauptschwerbehindertenvertre-  
tung beim Ministerium für Wirt-  
schaft  
Wissenschaft und Digitale Gesell-  
schaft  
Carl-Zeiss-Straße 3  
07743 Jena

Ministerium  
für Wirtschaft, Wissenschaft und  
Digitale Gesellschaft  
Max-Reger-Str. 4 – 8  
99096 Erfurt

[www.thueringer-wirtschaftsministe-  
rium.de](http://www.thueringer-wirtschaftsministerium.de)

## **Regelungsbedarf:**

Im Gesetz müssen Regelungen aufgenommen werden, damit auch Menschen mit Behinderung gleichberechtigt **in der Pandemiesituation** am Arbeits- und Studienbetrieb teilhaben können.

Bei Erfordernis müssen individuelle und geeignete Möglichkeiten und Maßnahmen gefunden werden, wenn bspw. bei Sitzungen, Veranstaltung, Lehrformaten oder Prüfungen Menschen mit Behinderungen teilnehmen und ein bestimmtes Format (z. B. das Online-Format) für sie ungeeignet ist.

Wichtig: Es darf niemand benachteiligt oder ausgeschlossen werden! Eine gleichberechtigte Teilhabe muss auf jeden Fall sichergestellt sein.

## **Konkreter Anpassungsbedarf**

Gleich auf der ersten Seite im Punkt **A. Problem und Regelungsbedürfnis** sollte ein prinzipieller Hinweis erfolgen, dass in jedem Fall auf die Belange behinderter Personen Rücksicht genommen werden muss und eine gleichberechtigte Teilhabe mit geeigneten Maßnahmen sicherzustellen ist. Es dürfen auch in der Pandemiesituation keine Nachteile für Menschen mit Behinderungen entstehen.

## Artikel 6

### **Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Corona-Pandemie im Hochschulbereich (ThürCorHG)**

#### § 5 Sitzungen und Beschlüsse von Hochschulorganen und -gremien

##### § 5 Abs. 1, Satz 2

„Ladungsfristen können in besonders dringlichen Fällen auf bis zu 48 Stunden verkürzt werden; ...“

Ergänzung § 5 Abs. 1 Satz 2 Bei einer geplanten Fristverkürzung müssen die Belange von Menschen mit Behinderung vorrangig und rechtzeitig berücksichtigt werden.

##### § 5 Abs. 2, Satz 1

„Sitzungen der Organe und Gremien der Hochschulen können als Telefon- oder Video-konferenz stattfinden, sofern nicht die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder oder innerhalb einer vom Vorsitzenden zu setzenden Frist widerspricht.“

Ergänzung § 5 Abs. 2 Satz 1 oder ein stimmberechtigtes bzw. teilnahmeberechtigtes Mitglied behinderungsbedingte Nachteile durch die Wahl der Veranstaltungsform anzeigt. Die Sitzungsform ist so zu wählen, dass keine behindertenbedingten Nachteile entstehen.

#### § 5 Abs. 3 Satz 1

„Eine Beschlussfassung auch im Zusammenhang mit einer Wahl ist schriftlich, elektronisch oder per Telefon- oder Videokonferenz möglich, auch wenn dies in der Geschäftsordnung des jeweiligen Organs oder Gremiums oder in den sonstigen Satzungen der Hochschule nicht ausdrücklich zugelassen ist, sofern nicht die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder innerhalb einer vom Vorsitzenden zu setzenden Frist widerspricht.“

Ergänzung § 5 Abs. 3 Satz 1 oder ein Mitglied behinderungsbedingt Nachteile bei einer Beschlussfassung oder einer Wahl anzeigt.

#### § 5 Abs. 4

„Die Bild- und Tonübertragung von öffentlichen Sitzungen der Organe und Gremien ist zulässig. Sofern eine solche nicht möglich ist, sichert die Hochschule durch geeignete Maßnahmen, dass die Öffentlichkeit über den Sitzungsinhalt und Beschlüsse in geeigneter Weise informiert wird“.

Ergänzung § 5 Abs. 4 Satz 1 Es sind in jedem Fall Maßnahmen zur Barrierefreiheit der Veröffentlichung zu treffen.

#### Artikel 7

#### **Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes**

„§ 11 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 1 wird nach den Worten „Zulassung zu“ die Worte „und Durchführung von“ sowie nach dem Wort „Prüfungen“ die Worte „auch in elektronischer Form und elektronischer Kommunikation“ eingefügt.“

Ergänzung § 11 Abs 1 Nr. 1 Bei der Wahl der Prüfungsform ist eine gleichberechtigte Teilhabe sicherzustellen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende der Hauptschwerbehindertenvertretung

## **5. Weitere Beiträge**

**(Keine Dokumente vorhanden)**

## **6. Diskussionsforum**

**Gesetzentwurf**

der Fraktion der AfD

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes - Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer**

**A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Der Anteil der Nicht-EU-Studenten hat sich seit 2000 in Thüringen mehr als vervierfacht. Von knapp 1300 solcher Studenten im Jahre 2000 stieg die Zahl bis 2020 auf circa 5800. Gleichzeitig ging die Gesamtzahl der Studenten in Thüringen seit 2011 zurück, von circa 36.600 auf etwas über 32.000. Trotz seit 2011 rückläufiger Studentenzahlen stiegen die Landeszuschüsse für Hochschulen von rund 360 Mio. EUR im Jahr 2012 auf bis zu rund 465 Mio. EUR im Jahr 2020 deutlich an, also um circa ein Drittel. Thüringen liegt bei den Grundmitteln seit Jahren an der Spitze der laufenden Ausgaben für Lehre und Forschung (2018: 9.700€ pro Jahr und Student, Bundesdurchschnitt 7.300€). Hinzu kommen Zuschüsse für das Studentenwerk und andere öffentliche Ausgaben außerhalb der Hochschule wie beispielsweise Wohnraumförderung, welche ähnlich hoch ausfallen wie die Grundmittel.

Der Anteil der Nicht-EU-Ausländer an der Gesamtzahl der Studenten an Thüringer Hochschulen liegt aktuell bei durchschnittlich 35 %. In bestimmten Studiengängen beträgt der Anteil an ausländischen Studenten jedoch bis zu 71 %. Der höchste Anteil von Nicht-EU-Studenten findet sich in Thüringen gerade in kostenintensiven Studiengängen. Im Studiengang Klavier etwa, bei dem Thüringer und Deutsche Studieninteressenten mit starker Konkurrenz von nicht-EU-Ausländern zu rechnen haben, fallen Kosten von bis zu 158.000 EUR pro Studienplatz an. 2015 betrugen die durchschnittlichen Investitionen in die Hochschulausbildung eines ausländischen Absolventen deutschlandweit etwa 134.200 Euro, für einen deutschen rund 45.500 Euro.

Die Landesregierung verpflichtet die Hochschulen indes zwar zur Mindestquote bei ausländischen Studenten, und koppelt auch die Hochschulfinanzierung an diese Quote. Eine Obergrenze bei dieser Quote lehnt sie jedoch weiterhin ab.

Nach Angaben des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft sowie des DAAD ergaben sich 2015 für die gesamte Bundesrepublik bei ausländischen Studenten derweil hohe Abbruchquoten von 41%, sowie niedrige Verbleibquoten von bis zu 44 %. Die Investition in Höhe der durchschnittlichen Kosten einer Hochschulausbildung, die bei einer ähnlichen Vergütung und entsprechenden Steuerzahlungen wie bei deutschen Arbeitnehmern erst nach einer durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit von etwa 10 Jahren durch entsprechende Steuereinnahmen kompensiert werden, gilt somit bei einem bedeutenden Anteil der ausländischen Studenten als verloren.

Nicht zuletzt der Thüringer Rechnungshof stellt aus diesen Gründen das Landesinteresse an einer weiteren Zurverfügungstellung von Studienplätzen an Thüringer Hochschulen an nicht-EU-Ausländer ohne Eigenbeteiligung der Betroffenen in Frage. Die legitime Frage danach, ob die Thüringer Steuerzahler für die hohen, in vielen Fällen verlorenen Kosten ausländischer Studenten aufkommen müssen, wird gleichwohl ignoriert. Die Landesregierung ist auf ausländische Studenten angewiesen, um die Immatrikulationszahlen der Thüringer Hochschulen auf dem erreichten Niveau zu halten.

#### B. Lösung

Erhebung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer, wie es beispielsweise in Baden-Württemberg, an der Hochschule für Musik und Theater »Felix Mendelssohn Bartholdy« Leipzig, in Österreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Polen, Slowenien, Kroatien, Ungarn, Rumänien und Zypern der Fall ist.

#### C. Alternative

Eine Beibehaltung der derzeitigen Rechtslage stellt eine zunehmende finanzielle Belastung des Thüringer Steuerzahler dar, ohne dass erkennbare nachhaltige positive Effekte für den Freistaat Thüringen zu erzielt würden.

#### D. Kosten

Keine, da die Verwaltung solcher Gebühren durch die bestehenden Strukturen zu den bereits bestehenden sog. „Langzeitstudiengebühren“ erfolgen kann. Den Hochschulen entstehen Mehreinnahmen von insgesamt etwa 17 Millionen Euro.

#### E. Zuständigkeit

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft.

### **Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1**

Das Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Dezember 2006, zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 284), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des zweiten Abschnitts wird wie folgt gefasst:  
„Gebührenerhebung“

2. Nach § 5 wird ein neuer § 6 eingefügt:

„§ 6 – Gebührenpflicht für Studenten, die nicht Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union sind

(1) Die Hochschulen erheben von Studenten, die selbst oder deren Familienangehörige, zu denen der Zuzug erfolgte, einen Aufenthaltstitel nach Abschnitt 3 oder 4 des Aufenthaltsgesetzes besitzen und nicht Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder Staatsangehörige eines anderen Staates der Europäischen Freihandelsassoziation sind (ausländische Studenten), Gebühren für jedes Semester eines Studiengangs, der zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt, oder eines Bachelor- und konsekutiven Masterstudiengangs. Ausgenommen von der Erhebung nach Satz 1 sind ausländische Studenten, welche über eine Niederlassungserlaubnis verfügen.

(2) Die Studiengebühr für ausländische Studenten beträgt pro Semester 1.500 Euro. Die Studiengebühr ist mit Erlass des Gebührenbescheides fällig, sofern dieser die Fälligkeit nicht abweichend bestimmt. Bei einer Exmatrikulation wird der Gebührenbescheid ganz oder für den noch ausstehenden Teil des Semesters gegenstandslos. Bei einer Exmatrikulation binnen eines Monats nach Beginn der Vorlesungszeit ist die bereits bezahlte Gebühr zu erstatten.

(3) Bei gleichzeitiger Immatrikulation in zwei oder mehreren Studiengängen ist die Gebühr nur einmal zu entrichten, und zwar an die Hochschule, bei welcher der Schwerpunkt des Lehrangebots liegt.

3. Nach § 6 wird ein neuer § 7 eingefügt:

„§ 7 – Befreiung und Ausnahmen von der Gebührenpflicht

(1) Tritt ein Staat aus der Europäischen Union oder der Europäischen Freihandelsassoziation aus und würden dadurch Angehörige dieses Staates nach § 6 gebührenpflichtig, so können Angehörige dieses Staates ihr Studium in ihrem Studiengang für zwei Semester gebührenfrei fortführen. Bei ausländischen Studenten, welche bereits seit fünf Semestern in Thüringen immatrikuliert sind, kann das Studium binnen der Regelstudienzeit gebührenfrei zum Abschluss geführt werden.“

(2) Ausländische Studenten, die im Rahmen von Vereinbarungen auf Landes-, Bundes- oder internationaler Ebene, die Abgabefreiheit garantieren, immatrikuliert sind, sind von der Gebührenpflicht nach § 6 befreit. Im Rahmen einer Hochschulvereinbarung können die Hochschulen ausländische Studenten einer ausländischen Partnerhochschule, die in einem internationalen Kooperationsstudiengang immatrikuliert sind, von der Gebührenpflicht nach § 6 befreien, wenn der gemeinsame Studiengang verpflichtend Studienaufenthalte an der Partnerhochschule oder den Partnerhochschulen vorsieht und zu einem gemeinsamen Abschluss oder je einem Abschluss der beteiligten Hochschulen führt; die Gebührenfreiheit ist auf Gegenseitigkeit zu vereinbaren. Im Übrigen sind ausländische Studenten, die im Rahmen von Hochschulvereinbarungen immatrikuliert sind, nur dann befreit, wenn sie im Rahmen eines Austauschabkommens mit der Partnerhochschule für in der Regel zwei Semester und ohne die Absicht, einen Hochschulgrad in Thüringen zu erwerben, an die Hochschule kommen und die Gebührenfreiheit auf Gegenseitigkeit vereinbart wurde.

Bei einem Überschreiten der vorgesehenen Semesteranzahl fallen die Studiengebühren ab dem dann aktuellen Semester an.

- (3) Die Gebührenpflicht nach § 6 besteht nicht für Zeiten einer Beurlaubung, Semestern, in denen das Praktische Jahr der Approbationsordnung für Ärzte absolviert wird, oder während anderer praktischer Studiensemester.
- (4) Die Hochschulen können in einer Satzung für ausländischen Studenten, die sie für besonders begabt erachten, eine vollständige oder teilweise Befreiung von der Studiengebühr vorsehen. Diese Befreiungsmöglichkeiten sind begrenzt auf maximal zehn Prozent der ausländischen Studenten der Hochschule. Das Nähere zu Voraussetzungen und Umfang der Befreiung sowie zum Verfahren zur Feststellung der besonderen Begabung regelt die Satzung, in der auch soziale Kriterien zu regeln sind. Bei diesen Kriterien sind auch Studenten zu berücksichtigen, deren Behinderung im Sinne des § 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch erheblich studienschwerend auswirkt.
4. Nach § 7 wird ein neuer § 8 eingefügt:

#### „§ 8 Erlass und Stundung der Gebühren

Geraten ausländische Studenten unverschuldet in eine Notlage, werden Opfer eines Verbrechens oder Unfalls, woraus eine längere Erkrankung oder Verhinderung entsteht, aufgrund derer sie die Gebühren nicht bezahlen können, kann die Hochschule die Gebühren ganz oder teilweise stunden.“

5. Nach § 8 wird ein neuer § 9 eingefügt

#### § 9 Auskunftspflicht

Bewerber um einen Studienplatz sowie Studenten sind verpflichtet, Erklärungen und Informationen zur Prüfung der Voraussetzungen nach § 6 abzugeben. Auf Verlangen der Hochschule sind hierfür geeignete Unterlagen vorzulegen. Die Hochschulen sind berechtigt, die in diesem Zusammenhang für diese Zwecke erhobenen Daten zu verarbeiten.

6. Die bisherigen Paragraphen 6 bis 16 werden zu den Paragraphen 10 bis 20.

## Artikel 2

### Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt zum 01. Oktober 2021 in Kraft.

## Begründung

### Allgemein

Überlegungen zur Einführung von Studiengebühren für nicht-EU-ausländische Studenten bestehen etwa angesichts der Praxis anderer EU-Staaten bereits seit einigen Jahren. Ihre Erhebung ist sinnvoll und geboten, weil nicht-EU-ausländische Studenten keinen gefestigten Inlandsbezug haben, also Thüringen bzw. Deutschland nach absolviertem Studium meist

wieder verlassen und nicht Teil der inländischen Solidargemeinschaft sind, die die Kosten des universitären Bildungssystems im Wesentlichen trägt. Baden-Württemberg führte solche Gebühren ein. Der Freistaat Sachsen ermöglicht die Gebührenerhebung.

Der möglicherweise erhobene Einwand, dass Studiengebühren zum Ansehens- und Attraktivitätsverlust den Wissenschaftsstandort beitragen könnten, wird dadurch entkräftet, dass Studiengebühren auch in diversen anderen EU-Ländern für Nicht-EU-Studenten eher die Norm als die Ausnahme sind. Es erscheint sogar plausibel, dass nicht-EU-ausländische Studenten sich auch deshalb für ein Studium in Deutschland entscheiden, weil dies kostengünstiger ist, als in ihrem Heimatland. In China oder Indien können Studiengebühren umgerechnet bis zu 10.000 Euro jährlich betragen. Die eigentliche Motivation eines Auslandsstudiums, von der auch das Gastgeberland profitieren könnte – kultureller Austausch oder eine nachhaltige Integration ausländischer Fachkräfte in den hiesigen Arbeitsmarkt – bleibt hinter ökonomischen Erwägungen des einzelnen zurück. Eine nennenswerte Anzahl ausländischer Studenten kehrt nicht nur Thüringen, sondern Deutschland und Europa nach erfolgter, weitestgehend kostenloser Ausbildung den Rücken.

Seit Einführung der Studiengebühren in Baden-Württemberg sind im Übrigen keine rückläufigen Immatrikulationszahlen festzustellen. Tatsächlich konnte vielmehr beobachtet werden, dass Nicht-EU-Studenten sich bewusster für bestimmte Hochschulstandorte entscheiden, wenn sie dort eine höhere Qualität des Studiums erwarten. Die Erhebung der Studiengebühren kann in diesem Lichte betrachtet zu einer Steigerung der Qualität führen. Zudem ermöglichen Ausnahmeregelungen die Berücksichtigung besonderer individueller Umstände, wodurch soziale Härtefälle vermieden werden.

#### **Zu Artikel 1**

**Zu Nummer 1 bis 2:**

Hier wird der Zweck des Gesetzes, der Anwendungsbereich und die Gebührenhöhe festgelegt. Es wird festgelegt, dass Ausländer mit einem gefestigten Inlandsbezug nicht unter den Anwendungsbereich fallen.

Eine Diskriminierung von Ausländern liegt nicht vor, weil die Studiengebühren weder außerordentlich hoch sind, noch die Verhältnismäßigkeit verletzt würde. Es findet ein Ausgleich statt zwischen der Kostenbeteiligung von ausländischen Studenten (externe Nutzer) und dem Erhalt des Hochschulwesens (durch inländische Steuerzahler). Ein Ausschluss vom Studium liegt dadurch nicht vor. Hier wird dem Beispiel vieler EU-Länder und Baden-Württembergs gefolgt, um die Ausgaben und Einnahmen der Thüringer Hochschulen sowie die Belastung des Steuerzahlers in ein angemessenes Verhältnis zu bringen.

**Zu Nummer 3:**

In § 7 wird der Vertrauensschutz der aktuell immatrikulierten Studenten sichergestellt. Ferner wird geregelt, dass es aufgrund von konkreten Verträgen zwischen Hochschulen und Ländern konkrete Abweichungen vom Gesetz geben kann. Bei praktischen Studiensemestern liegt keine weitere Nutzung der Hochschule und Lehre vor, weshalb von einer Gebührenzahlung abzusehen ist.

Darüber hinaus soll eine Förderung über Stipendien bzw. durch Gebührenerlass möglich sein. Hier gilt es zum einen, begabte potentielle Fachkräfte zu fördern und zum anderen soziale Aspekte zu berücksichtigen.

**Zu Nummer 4:**

Hier werden besondere Ausnahmesituationen und unvorhergesehene oder nicht erwartbare Härtefälle berücksichtigt. Zuständig für die Entscheidung über Ausnahmen und Befreiungen ist die aufnehmende Hochschule.

Zu Nummer 5:

Hier werden die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Gebührenerhebung der Hochschulen berücksichtigt.


Zu Nummer 6.:

Redaktionelle Anpassung.

**Zu Artikel 2**

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes.

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Bräutigam', written over a horizontal line.

Braga